

## Politikberatung als Handeln unter widersprüchlichen Anforderungen

---

In diesem Kapitel soll also das theoretische Konzept der Arbeit entwickelt werden. Im ersten Schritt wird dafür versucht zu klären, inwieweit Beratung als eine dyadische Beziehung<sup>1</sup> beschrieben werden kann, die eine eigenlogische Strukturbildung darstellt. Diese Strukturbildung entsteht immer dann – so wird argumentiert werden –, wenn Beratung in der Kommunikation nachgefragt oder angeboten wird, und die Kommunikation unter diesem Gesichtspunkt zu laufen beginnt (Abschnitt 1).

Im zweiten Schritt wird soziologische Forschung zu Beratungsarrangements in unterschiedlichen Kontexten herangezogen. Aus diesen Forschungen wird versucht zu destillieren, was Beratung typischerweise auszeichnet. Was wird erwartet, wenn um Beratung gebeten wird, und in welche Formen findet der Beratungsprozess typischerweise statt? Es wird also der Frage nachgegangen, welche spezifischen Strukturen Beratungsbeziehungen auszeichnen, die Beratungsinteraktionen erst als solche erkennbar machen.

Diesen Ausführungen folgend, werden die Strukturen der Beratungsbeziehungen als Erwartungen rekonstruiert, mit denen Berater und Beratener konfrontiert sind und denen sie in der Beratungsinteraktion Rechnung tragen müssen. Dies ist nicht in dem Sinne gemeint, dass die Akteure in ihrem Verhalten nicht von den Erwartungen abweichen könnten. Dies ist immer möglich. Angenommen wird nur, dass, wenn dies passiert, die Interaktion in andere Formen der Interaktion hinüber gleitet, wie z.B. Therapie oder Betreuung. Derartige Abweichungen können auch, wie gezeigt wird, zu Konflikten führen. Oder aber sie ha-

---

1 Vgl.: Bora 2007.

ben zur Folge, dass die Beratung dadurch völlig wirkungslos bleibt (Abschnitt 2).

Diese allgemeinen Überlegungen zu Beratungsbeziehungen werden daran anschließend auf den hier im Fokus stehenden Fall von Beratung, nämlich der wissenschaftlichen Politikberatung, bezogen. Diese findet nicht nur in der Form von informeller Interaktion unter Anwesenden statt, sondern auch mittels schriftlicher Kommunikation oder mittels organisierten Interaktionen in Kommissionen. Es muss geklärt werden, inwieweit und in welchen Hinsichten für diese Formen der wissenschaftlichen Beratung der allgemeine Beratungsbegriff spezifiziert werden muss. Ziel der Ausführungen ist insgesamt, einen scharfen Begriff von wissenschaftlicher Politikberatung zu bilden (Abschnitt 3).

Im Anschluss an diese Überlegungen wird der Frage nachgegangen, ob es sich bei den rekonstruierten Strukturmerkmalen der wissenschaftlichen Politikberatung in einem gewissen Maße um kontingente Strukturen handelt, die beispielweise historisch leicht wandelbar sind. Oder aber ist eventuell die Annahme zu belegen, dass es sich um Strukturmerkmale handelt, die sich immer zeigen, wenn aufgrund von wissenschaftlichem Wissen eine Beratung geleistet werden soll?

Zur Beantwortung dieser Frage wird die Professionssoziologie herangezogen. Die Wahl fällt auf diesen Teil der soziologischen Theoriebildung, weil auch Professionelle oft ihre Leistung erbringen, indem sie beraten.<sup>2</sup> Weiterhin sind Ähnlichkeiten zwischen Anforderungen in Beratungssituationen und denen, die in professioneller Praxis auftreten, zu verzeichnen. Dies wird in dem betreffenden Kapitel genauer ausgeführt. Wenn sich diese Ähnlichkeiten schlüssig nachweisen lassen, dann liegt der Schluss nahe, dass die Anforderungen, die in Beratungssituationen zu identifizieren sind, nicht kontingent sind, sondern sich, wie bei der professionellen Praxis, aus der spezifischen Aufgabe ergeben, die Professionelle und auch in noch zu spezifizierender Weise wissenschaftliche Berater zu erfüllen haben (Abschnitt 4).

Aus der gesamten Argumentation wird eine Konzeption einer Beschreibung von wissenschaftlicher Politikberatung folgen, die analytisch genutzt werden kann. Gerade die Fundierung in der Professionssoziologie wird es erlauben, Probleme der wissenschaftlichen Politikberatung entweder als Folgen der strukturellen Spannungen zu interpretieren, unter denen die Praxis des wissenschaftlichen Beratens immer steht, oder aber aus dem Umstand, dass es nicht gelingt, mit den Spannungen und Anforderungen an das Handeln von Berater und Beratenem, die sich aus

---

2 Therapie, Bildung und Beratung sieht Kurtz als die primären Interventionsformen von Professionellen an. Siehe dazu: Kurtz 2005: 160.

den Spannungen ergeben, umzugehen. Zusammenfassend gesagt, soll in diesem Kapitel ein Begriff von Beratung entwickelt werden, der es ermöglicht die Praxis wissenschaftlicher Politikberatung zu analysieren. Dafür wird im folgenden Kapitel mit der Rekonstruktion von Beratung als sozialer Beziehung begonnen.

## 1. BERATUNG ALS SOZIALE BEZIEHUNG

Eingang ist festzuhalten, dass in der soziologischen Literatur über Beratung keine Theorie der Beratung oder Theorie über Beratung zu finden ist.<sup>3</sup> Es lassen sich lediglich unterschiedlichste Definitionsversuche von Beratung finden,<sup>4</sup> oder Diskussionen über die Frage, ob es einen Bedarf an soziologischer Beratung gibt (Blättel-Mink/Katz 2004). Einzelne Ansätze versuchen Beratung mit allgemeinen soziologischen Theorien zu interpretieren, um Beratung begrifflich in den Griff zu bekommen und vor allem, um die Rolle von Beratung in der Gesellschaft zu bestimmen.<sup>5</sup>

Einen derartigen Versuch unternehmen ebenfalls Autoren wie Peter Fuchs (1999, 2004; Fuchs/Mahler 2000) und Dirk Baecker (2003), die Beratung mittels soziologischer Systemtheorie beschreiben. An diesen Überlegungen kann in einem ersten Zugriff angeknüpft werden. Die Wahl fällt auf diese Ansätze, weil Beratung sich ausschließlich mittels sprachlicher und schriftlicher Kommunikation vollzieht. Die Systemtheorie basiert unter Anderem exakt auf der Annahme, dass Sozialität sich nur mittels Kommunikation vollzieht (Luhmann 1996: 191f). Selbst wenn dieser weit reichenden Annahme nicht zugestimmt werden würde, bliebe diese Theorie für den Gegenstand Beratung eine naheliegende Wahl, weil sie durch die Fokussierung auf Kommunikation Begriffe und Konzepte anbietet, um kommunikative Beziehungen, wie sie Beratung darstellt, zu analysieren.<sup>6</sup>

Mit der Systemtheorie ist es möglich, die soziale Beziehung, die Beratung eröffnet, als ein soziales System zu beschreiben. Dann ist es möglich, die Begriffe anzuwenden, die die Systemtheorie zur Beschreibung von sozialen Systemen entwickelt hat. Es lassen sich vor allem die Begriffe nutzen, die die Frage beantworten, wie soziale Systeme sich selbst stabilisieren und auf Dauer stellen. Damit ist nicht gemeint, dass nur solche Beratungsbeziehungen thematisiert werden sollen, die über eine lange Zeit bestehen, sondern es geht auch um kurze Interaktion zwi-

---

3 Vgl.: Schützeichel/Brüsemeister 2004: 8f; Bora 2007.

4 Diese Literatur wird im folgenden Kapitel genauer ausgewertet.

5 Siehe z.B.: Tiefel 2004: 110-112.

6 Ähnlich argumentiert: Großmaß 2000: 85f.

schen einem Berater und einem Beratenen, die die Form eines kurzlebigen sozialen Systems annehmen.

Wenn den Ausführungen Fuchs' (Fuchs 1999: 84) gefolgt wird, kann angenommen werden, dass immer ein Drittsystem entsteht, wenn zwei Systeme sich treffen und miteinander Kontakt aufnehmen. Wenn mehr als nur ein Kurzkontakt wie etwa ein Zuruf erreicht werden soll, bildet sich ein drittes System neben den beiden Systemen.

Derartige Systeme entstehen, weil sie das Problem der doppelten Kontingenz bearbeiten können. Das Problem der doppelten Kontingenz entsteht in Situationen, in denen sich zwei personale Systeme begegnen und in Kontakt treten, es aber keine vorgegebene Situationsdefinition gibt (Luhmann 1996: 148-151). Die beiden Systeme haben in diesen Fällen noch keine Erwartungen über das jeweils andere gebildet und auch die Situation, in der sich die Systeme treffen, gibt keine Erwartungen vor.

In Situationen wie diesen geht es um die Herstellung von Transparenz. Allerdings kann sie nicht durch direkten Kontakt der beiden Systeme erreicht werden, sondern nur durch Systembildung mittels Kommunikation (Luhmann 1996: 158f). Die beiden Systeme können nicht beobachten, was intern im Gegenüber vorgeht und können auf diese Weise auch keine Erwartungen über das Verhalten des Gegenübers bilden. Systembildung löst das Problem, dass beide Systeme wechselseitig nicht wissen, wie sich das jeweils andere System verhalten wird (Luhmann 1996: 167).

Die Lösung dieses Problem gelingt, indem das erste Verhalten eines der beiden Systeme, das wahrnehmbar für das andere ist, als Kommunikation<sup>7</sup> beobachtet wird und damit als Mitteilungsverhalten eines Systems. An diesem Mitteilungsverhalten können die ersten Erwartungen im gerade anlaufenden System gebildet werden. Solche Erwartungen können wiederum vom ersten System an der Anschlusskommunikation abgelesen werden, mit der auf seine Äußerung reagiert wird. Darauf kann es wieder reagieren, indem es eine Äußerung abgibt, die als Kommunikation verstanden wird.

Unabhängig von dem, was die beteiligten Systeme »wirklich« denken oder was für Absichten sie haben, bilden sich in der Kommunikation auf diese Weise Erwartungen, die von den Systemen beobachtet werden. Einige der Erwartungen werden durch Kommunikation stabilisiert, die sie bestätigt und manche werden modifiziert, indem ihnen nicht entsprochen wird oder indem sie abgelehnt werden. Wenn in der Kommunikati-

---

7 Siehe dazu den Kommunikationsbegriff Luhmanns, der Kommunikation als eine Einheit der drei Komponenten Information, Mitteilung und Verstehen konzipiert: Luhmann 1996: 194-196.

on deutlich wird, dass die Erwartungen erwartet werden, also dass die – sich jetzt in der Kommunikation gebildeten – Urheber und Adressen der Kommunikation an Erwartungen orientiert haben, sind Strukturen im System etabliert.<sup>8</sup>

Personale Systeme können mittel der Beobachtung der Strukturen abschätzen, welche Beiträge im Drittsystem als passend beobachtet werden und welche wahrscheinlich nicht. Ob sie mit dieser Einschätzung richtig liegen, entscheidet sich allerdings immer erst in der folgenden Kommunikation. Auf diese Weise etabliert sich ein soziales System neben den beiden personalen Systemen, das den sozialen Kontakt der beiden personalen Systeme darstellt.<sup>9</sup>

Systeme dieser Art können sehr instabil und kurzlebig sein. Sie können nur durch eine kurze Interaktion zwischen zwei personalen Systemen gebildet worden sein. Sie müssen ebenfalls nicht notwendig entstehen, wenn zwei personale Systeme sich treffen. Die beiden Systeme können blind für einander sein oder sich gegenseitig als abwesend behandeln. Wenn aber eine Äußerung stattfindet und andere Äußerungen daran anschließen, so dass Kommunikation in Gang kommt, dann ist ein Interaktionssystem<sup>10</sup> etabliert.

Die hier beschriebene Situation der doppelten Kontingenz ist insofern eine hypothetische Situation, als es in jeder Gesellschaft immer basale Regeln für den Umgang mit Unbekannten oder Fremden gibt.<sup>11</sup> »Reine« doppelte Kontingenz gibt es also fast nie, aber es gibt Situationen, die diesen nahe kommen. Etwa wäre an den Fall zu denken, in dem ein Reisender in einem Land, in dem er die Umgangsformen gar nicht kennt, einen Einheimischen trifft und mit diesen in Kontakt treten möchte.

Im Regelfall nutzen Interaktionsysteme Vorgaben über Anschlusskommunikation. Sie nehmen mögliche oder legitime Themen, Situationsdeutungen und Regeln richtigen Verhaltens in den jeweiligen Situationen in Anspruch, um das interne Kommunikationsgeschehen zu strukturieren (Luhmann 1996: 571). So ist in einem Seminar an der Universität nicht weiter begründungsbedürftig, dass in diesem Kontext wissenschaftliche Kommunikation im Fokus steht und Ziel der Praxis die Erziehung von Studierenden ist. Die Sprecherrollen sind in Seminaren

8 Siehe zum Strukturbegriff: Luhmann 1996: 411f.

9 Siehe zur Theoriefigur der doppelten Kontingenz auch die Darstellung von Schneider in: Schneider 1994: 149-163.

10 Siehe zu Interaktionssystemen: Luhmann 1996: 560-566.

11 Siehe zum Verhältnis von Interaktion und Gesellschaft: Luhmann 1996: 568f; Luhmann 1997: 824ff.

meistens ebenfalls klar verteilt, so dass Dozent und Studierende unterschiedliche Rederechte besitzen.

Diese und weitere Einschränkungen, wie die wissenschaftliche Disziplin, ermöglichen, dass zwischen unterschiedlichen wissenschaftlichen Themen und Texten gewählt werden kann und diese diskutiert werden können, ohne dass jemand der Anwesenden dagegen legitim Einspruch erheben kann. Es kann also gewählt werden, und es können Anschlüsse schnell gelingen, weil Vorgaben nicht erst in der Interaktion geschaffen werden müssen und weil nicht immer die ganze »Weltkontingenz« (Luhmann 1996: 571) zur Auswahl steht, sondern ein vergleichsweise kleiner strukturierter Bereich.

Luhmann führt diese Überlegungen zur doppelten Kontingenz vor allem an, um zu zeigen, warum Systembildung sich gleichsam autokatalytisch aus der Situation der doppelten Kontingenz ereignet. Er benötigt diese Argumentation, um zu zeigen, wie sich die emergente Ebene des Sozialen aus der einfachen Situation der Unbestimmtheit und dem Umstand entsteht, dass die personalen Systeme füreinander intransparent sind.

Diese emergente Ebene des Sozialen, die in der Form von Systemen vorhanden ist, die aus der Aneinanderschließung von Kommunikation an Kommunikation »bestehen«, kann nicht mehr aus den Eigenschaften der personalen Systeme erklärt werden. Vielmehr haben die Systeme eigene Reproduktionsbedingungen und bilden eigene Strukturen (Luhmann 2005c: 26). Es geht Luhmann letztlich darum zu begründen, dass soziale Ordnungsbildung als eigenlogische Ebene aufgefasst werden kann und muss, um sie mittels der Systemtheorie zu analysieren.

Es ist möglich diese theoretischen Überlegungen für das Thema Beratung fruchtbar zu machen. Dies geschieht auf die Weise, die oben schon mit Verweis auf Fuchs angedeutet wurde. Beratung soll also als ein Drittsystem verstanden werden, das entsteht, wenn zwei Systeme in Kontakt treten und eines das andere um Rat fragt beziehungsweise ein System einem anderen Rat gibt. Diese Annahme muss erläutert und begründet werden.

Beginnen lässt sich diese Aufgabe, indem die Systeme näher spezifiziert werden, die sich bei der Beratung treffen. Die Ausführungen zur doppelten Kontingenz Luhmanns gehen von personalen Systemen aus. Mit personalen Systemen bezeichnet Luhmann psychische Systeme, die von anderen psychischen Systemen oder sozialen Systemen beobachtet werden (Luhmann 1996: 155). Diese psychischen Systeme können sich gegenseitig beobachten und sie können sich selbst beobachten (Luhmann 2005b: 139). Außerdem verfügen sie über die Möglichkeit, sich mittels des Organismus, dem sie angehören, sprachlich zu äußern und

damit Beiträge zu Kommunikation zu leisten.<sup>12</sup> In der Kommunikation in Interaktionssystemen kondensieren anhand der Beiträge Erwartungen über die Urheber der Beiträge, und so entsteht eine Person als soziale Adresse.<sup>13</sup>

Die theoretischen Überlegungen Luhmanns beziehen sich auf Interaktionen unter Anwesenden und die Interaktionssysteme, die sich ergeben, wenn körperlich in einem Raum Anwesende in Kontakt treten und sich somit gegenseitig als anwesend behandeln. Es besteht allerdings die Möglichkeit, dass nicht alle körperlich Anwesenden auch als in der Interaktion und für die Interaktion relevante Anwesende behandelt werden (Kieserling 1999: 67). Auf einer Party ist es beispielsweise möglich, in einer Gruppe zusammenzustehen und andere Gruppen als abwesend zu behandeln.

Für die hier verfolgten Zwecke muss die Idee, dass Drittsysteme das Problem der doppelten Kontingenz lösen, welches anfällt, wenn zwei füreinander intransparente Systeme sich treffen, von der Ebene der Interaktion unter Anwesenden abstrahiert werden. Zwar findet Beratung in vielen Fällen mittels Interaktionssystemen unter Bedingung der Anwesenheit statt, aber nicht jede Beratungsbeziehung ist als eine Interaktion unter Anwesenden beschreibbar. Daher soll erst einmal von einem allgemeinen Verständnis von Beratungsbeziehungen ausgegangen werden. Diese Beratung kann sich als Drittsystem in den Systemformen Interaktionssystem, Interaktionssystem in einer Organisation<sup>14</sup>, als Organisation, aber auch als schriftliche Kommunikation zwischen Organisationen vollziehen.

Es erscheint gerechtfertigt von der Ebene der Interaktion unter Anwesenden und den personalen Systemen zu abstrahieren, weil die Situation der doppelten Kontingenz nur erfordert, dass sich Systeme begegnen, die füreinander »black boxes« darstellen. Beide bestimmen ihr eigenes Verhalten durch eigene Strukturen und Operationen innerhalb ihrer eigenen Grenzen. Beide unterstellen dieses Eigenverhalten auch dem jeweiligen anderen System. Diese »black boxes« können psychische oder soziale Systeme sein (Luhmann 1996: 156). Es kann sich somit auch um Organisationen handeln.

12 Dies ist ungenau dargelegt, kann aber für die Zwecke hier auch vernachlässigt werden, da gleich von diesem speziellen Fall der psychischen Systeme abstrahiert werden soll. Siehe für genauere Ausführungen Luhmanns zu dem Verhältnis von psychischen und sozialen Systemen und ihrer Kopplung über Sprache: Luhmann 2005.

13 Siehe dazu im Einzelnen: Luhmann 2005b: 143f.

14 Auch Organisation wird hier als soziales System aufgefasst, das sich aufgrund der Verkettung von Entscheidungen mit Entscheidungen reproduziert. Siehe: Luhmann 2000a: 39-80.

Es ist also möglich, Fuchs' Aussage zu folgen und festzuhalten, dass immer Drittsysteme entstehen, wenn psychische Systeme oder Organisationen miteinander in Kontakt treten, die das Problem der doppelten Kontingenz bearbeiten. Dieses Problem muss in Situationen nicht eklatant werden, die wohl definierte Vorgaben haben, wie z.B. eine Operation im Krankenhaus. Allerdings ist es immer latent vorhanden, da die Systeme nie wissen können, ob das Gegenüber sich an die Vorgaben hält, sich also erwartungsgemäß verhält. Auch in diesen Situationen können die Systeme nur Informationen über das Gegenüber gewinnen, indem sie die Kommunikation des dritten Systems beobachten, das durch den Kontakt zwischen den Systemen entstanden ist.

Es könnte vermutet werden, dass ebenfalls Drittsysteme entstehen, wenn Funktionssysteme miteinander in Kontakt treten. Aber die Funktionssysteme können nicht in Kontakt treten. Mit »in Kontakt treten« ist gemeint, dass Systeme Kommunikation nach außen richten, wobei sie für das System als Ganzes sprechen und damit ein anderes System adressieren, welches wiederum in eigenem Namen Kommunikation nach außen richten kann. Genau dies können Funktionssysteme aber nicht. Sie haben keine Stelle, die das ganze System repräsentieren und für es sprechen könnte. Ein Arbeitgeberverband kann nur für eine Menge von Mitgliedsunternehmen sprechen und nicht für das ganze Wirtschaftssystem.

Organisationen sind die sozialen Systeme, die Kommunikation nach außen richten können und für sich selbst als System sprechen können (Luhmann 2000: 388). Nicht nur Funktionssysteme auch Interaktionen können dies nicht. Interaktionssysteme müssten, um eine derartige Kommunikationsfähigkeit zu erreichen, dafür sorgen, dass sich die beteiligten Anwesenden oft genug wieder treffen. Sie müssten klären, wer für es spricht und sie müssten sich eine Adresse schaffen. Alles dies würde die Interaktion mehr oder weniger zu einer Organisation machen (Luhmann 2005e: 40).

Bezogen auf Beratung bedeutet dies: Wenn Personen oder Organisationen miteinander in Kontakt treten, um Beratung zu erhalten, beziehungsweise zu erteilen, dann bildet sich ein drittes System zwischen diesen beiden Systemen, das Beratungssystem.<sup>15</sup> Dieses Beratungssystem kann sich unterschiedlich ausbilden.

Erstens kann es ein Interaktionssystem unter Anwesenden bilden, wenn eine Person eine andere um Rat fragt, beispielsweise ein Politiker

---

15 Siehe mit einer ähnlichen Konzeption bezogen auf psychosoziale Beratung: Großmaß 2000: 92.



einen Wissenschaftler um Rat fragt.<sup>16</sup> Zweitens kann eine Organisation einen Berater beauftragen, dann kann sich die Beratung in Interaktionssystemen mit Repräsentanten der Organisation beziehungsweise den Mitgliedern der Abteilung, die beraten werden soll, vollziehen.<sup>17</sup> Bei derartigen Interaktionssystemen können die Entscheidungsprämissen, also Strukturen, der beratenen Organisation stark zur Geltung kommen. Besonders diese Fälle sind hier gemeint. Ein Parlament kann z. B. eine Anhörung anberaumen und Wissenschaftler bitten zu einem Thema Abgeordneten ihren Rat zu geben. Für Anhörungen dieser Art gibt es Regeln, die die parlamentarischen Ausschüsse entwickeln und die die Beratungssysteme stark prägen.

Drittens kann eine Organisation eine andere beauftragen sie zu beraten. Diese Beratung kann sich durch Treffen von Repräsentanten der beiden Organisationen vollziehen. Ein Ministerium gibt beispielsweise einem Forschungsinstitut einen Auftrag, eine politische Maßnahme zu evaluieren und Verbesserungsvorschläge zu liefern. Die Ergebnisse können von Mitarbeitern des Forschungsinstituts Beamten des Ministeriums in einem Treffen mitgeteilt werden. Die Beratung kann aber auch nur schriftlich zwischen den Organisationen stattfinden. Eine Organisation vergibt den Auftrag für ein Gutachten zu einem Thema und erhält dieses Gutachten mit Empfehlungen. Hier müssen nicht unbedingt Interaktionen unter Anwesenden stattfinden. Allerdings gibt es im Vorfeld derartiger Aufträge oft persönliche Treffen zwischen Beamten der Ministerien und Mitgliedern der Forschungsinstitute, wie zumindest für Wirtschaftsforschungsinstitute gezeigt wurde (Wilts 1999: 61f).

Viertens können von einer Organisation, wenn sie dauerhaft beraten werden soll, Beiräte oder Kommissionen eingerichtet werden. Dies ist nötig, um wiederkehrende Interaktionssysteme unter den ausgewählten Beratern zu organisieren.<sup>18</sup> Mittels dieser organisierten Interaktionssysteme ist es möglich, dauerhaft beziehungsweise wiederkehrend zu einem Thema beraten zu werden, wie z. B. zur »gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« oder zu unterschiedlichen Themen in einem Politikfeld wie Umweltpolitik (Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU)), oder es können sehr spezialisierte Aufträge vergeben werden, wie z. B.

16 Auch Kessler beschreibt solche persönlichen Beratungen als Interaktionssysteme unter Anwesenden. Siehe: Kessler 2007: 124.

17 Siehe zum Verhältnis von Interaktionssystemen und Organisationen: Kieserling 1999: 335-390.

18 So entstehen Interaktionszusammenhänge, die in der Interaktion in Rechnung gestellt werden können und in der Kommunikation der Organisation vorkommen, die diese Zusammenhänge organisiert. Siehe Kieserling 1999: 221.

die Risikobeurteilung von gentechnisch veränderten Pflanzen (Zentrale Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS)).

Diese Gremien können von begrenzter Dauer sein, wie Enquete Kommissionen, oder dauerhaft eingerichtet werden, wie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Auch die Besetzung variiert in dauerhaft organisierten Beratungsinteraktionssystemen. In einigen sind die Adressaten der Beratung selbst stark vertreten und das Beratungsergebnis, das meist in schriftlicher Form an die auftraggebende Organisation gehen soll, ist stark von diesen Vertretern mit beeinflusst, wie bei Enquete Kommissionen. In anderen sind die Berater fast ausschließlich unter sich, wie im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR).

Es gibt also vier Arten, Beratung als System zu vollziehen:

- I. Interaktionssystem unter Anwesenheit von Berater und Beratenem.
- II. Interaktionssystem bei einer Organisation unter Anwesenheit von Beratern und Repräsentanten der Organisation.
- III. Schriftliche Abwicklung von Beratungsaufträgen zwischen Organisationen mit möglichen gelegentlichen Interaktionssystemen unter Anwesenheit von Repräsentanten der beratenden Organisation und der beratenen Organisationen.
- IV. Dauerhaft wiederkehrende und deshalb organisierte Interaktionssysteme unter Anwesenheit von Beratern und unter mehr oder weniger großer Beteiligung von Repräsentanten der beratenen Organisation.

Typ zwei und vier scheinen sich auf den ersten Blick sehr zu ähneln. Sie unterscheiden sich aber auf den zweiten Blick insofern sehr stark, als bei Typ vier in vielen Fällen eine fast eigenständige Organisation ausdifferenziert wird, beziehungsweise die Organisation von diesen Interaktionssystemen anderen Organisationen als den auftraggebenden Organisationen überlassen wird. Gremien dieser Art sind deshalb meistens relativ autonom bei der Interpretation ihres Beratungsauftrags.

Bei Typ drei wird nur sehr sporadisch ein Interaktionssystem zum Vollzug der Beratung in Anspruch genommen. Beratung per Gutachten kann sehr unverbindlich sein. Die Gutachten verschwinden häufig in der sprichwörtlichen Schublade. Es kann vermutet werden, der Grund dafür liegt in dem Umstand, dass kaum eine nennenswerte Beratungsbeziehung per Interaktionssystem ausgebildet wurde. In Interaktionen ist die Entscheidung über das Annehmen oder Ablehnen einer Kommunikation kaum aufzuschieben. Wenn eine Mitteilung schriftlich verfasst wird,

kann genau diese Entscheidung vertagt und eventuell gar nicht reagiert werden (Kieserling 1999: 58).

Es wird hier also nicht von einem eigenständigen Beratungssystem in der Art eines Funktionssystems ausgegangen, sondern es wird davon ausgegangen, dass Beratung sich mittels der Systeme Interaktion und Organisation vollzieht. Diese Systeme bilden sich aber nicht rein zufällig und mit wenigen Vorgaben, wie beispielsweise kurze Interaktionen auf einer Party.

Die sozialen Beziehungen, um die es hier geht, etablieren sich dadurch, dass Beratung nachgefragt oder angeboten wird. Wenn dies geschieht, ist vieles in dem System, das dann entsteht, nicht mehr möglich. Eine Beratungsleistung anzubieten, erfordert sehr viele Spezifikationen, damit potentiell Beratungsbedürftige erkennen können, ob sie die richtige Stelle für Beratung aufsuchen. Eine Person muss erkennen können, ob sie sich in genetische Beratung<sup>19</sup> begibt oder in psychosoziale Beratung.<sup>20</sup> Dies ist besonders notwendig, wenn Beratung einem unspezifischen Publikum angeboten wird. Hier muss genau festgelegt werden, in welchen Bereichen Beratung angeboten wird, für welche Probleme und wer potentiell die Klientel sein könnte.

Der Begriff Beratung ist in der Alltagssprache so selbstverständlich geworden, dass er kaum mehr erläutert werden muss. Beratung kann auch als ein Schema der Kommunikation begriffen werden, das relativ frei verfügbar ist und in vielen unterschiedlichen Situationen angewählt werden kann (Fuchs/Mahler 2000: 359). Beratung ist also nicht einem Funktionssystem vorbehalten, sondern ist jenseits der Kommunikation, die sich an den Codes der Funktionssysteme orientiert, verfügbar. Dies heißt aber natürlich nicht, dass sich Kommunikation in der Beratungsinteraktion nicht auch auf die Codes der Funktionssysteme beziehen und diese damit auch reproduzieren kann. Rechtsberatung kann als eine Beratungsinteraktion eingeordnet werden, die die Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht aktualisiert.

Obwohl in der alltäglichen Interaktion unstrittig zu sein scheint, was mit Beratung gemeint ist, muss hier genau geklärt werden, was unter Beratung zu verstehen ist. Dies ist nötig, damit deutlich wird, was in Interaktionen unterstellt wird, wenn sie sich selbst als Beratung auszeichnet. Daher wird versucht zu rekonstruieren, was typischerweise nur mit Beratung gemeint sein kann, wenn sich Kommunikation so ausflagt. Anders formuliert: Es wird versucht zu klären, welche Erwartungen in der

---

19 Siehe zur genetischen Beratung: Pfadenhauer 2003: 70ff.

20 Siehe dazu für den Fall der psychosozialen Beratung: Großmaß 2000: 90.

Kommunikation aufgerufen werden, wenn eine Interaktion sich selbst als Beratung versteht.

Ein erster Zugang ist über die sprachliche Bedeutung des Wortes Beratung zu gewinnen. Das Wort »beraten« kann in der deutschen Sprache sowohl transitiv als auch reflexiv verstanden werden. In dem reflexiven Verständnis wird es als ein »sich beraten« gebraucht. Dies meint, dass Beratung eine bestimmte Kommunikation einer Gruppe darstellt, die zu einer gemeinsam akzeptierten Handlungsentscheidung finden oder sich über die Bestimmung oder Beurteilung eines Sachverhalts einigen will.

Die transitive Bedeutung von beraten ist »jemanden beraten«. Es meint Kommunikation, in der ein Rat gegeben oder ein Handlungsvorschlag gemacht wird, der aber unverbindlich ist. Die Rat gebende Person kann nicht mit Sanktionen drohen, wenn der Empfehlung nicht gefolgt wird (Dewe/Scherr 1990: 488f). Es ist leicht zu sehen, dass es hier um die transitive Bedeutung von Beratung gehen muss. Es geht um den Fall, in dem sich ein Akteur von einem anderen beraten lässt und nicht um Gruppen, die versuchen sich über eine Handlung oder ähnliches zu einigen.

Bei wissenschaftlicher Politikberatung geht es genau darum, dass Politiker oder politische Organisationen sich von Wissenschaftlern beraten lassen. Es geht nicht darum, die internen Verhandlungen und Debatten von Politikern zu analysieren. An diesen mögen manchmal Wissenschaftler teilnehmen. Dann sind diese aber nur von Interesse, wenn die Wissenschaftler in diesen Verhandlungen aufgrund ihres wissenschaftlichen Wissens Rat geben, nicht wenn die Wissenschaftler gleichsam selbst als politische Akteure mit eigenen Interessen auftreten.

Die Grenzen können im Einzelfall fließend sein, wie für internationale Expertengruppen gezeigt wurde (Müller 2007: 236). Das regelmäßige Treffen der Bundesministerin mit den Leitern der großen deutschen Forschungseinrichtungen, der Präsidentenkreis, ist ein Beispiel, bei dem die Wissenschaftler eher als Vertreter ihrer eigenen Interessen anzusehen sind, denn als wissenschaftliche Berater. Daher ist dieses Gremium als Verhandlungsgremium einzuordnen (Patzwaldt/Buchholz 2006: 463). Derartige Verhandlungsgremien, die bezüglich ihrer Gestalt unter den oben beschriebenen Typ vier fallen, sind also besondere Fälle von Beratung, die hier ausgeklammert werden, um einen klaren Begriff von der Grundsituation von Beratung im transitiven Sinne zu gewinnen. Der Begriff ermöglicht dann Situationen, in denen Wissenschaftler aufgrund ihres überlegenen Wissens einen hilfreichen Rat geben, von Situationen abzugrenzen, in denen Wissenschaftler mittels ihres überlegenen Wissens für eigene Interessen oder die dritter Parteien »Überzeugungsarbeit« leisten.

Wenn Beratung als ein Schema der Kommunikation verstanden wird, das in Interaktionssystemen und Organisationen genutzt werden kann, dann ruft dieses Schema immer die Unterscheidung von Rat und Tat auf (Fuchs/Mahler 2000: 350ff). Von Beraten kann nur sinnvoll gesprochen werden, wenn diese Unterscheidung zugrunde gelegt wird. Es muss unterstellt werden, dass es eine Tat oder eine Handlung gibt, die nicht umstandslos erfolgen kann oder sich einfach ereignet. Dann läge nur einfaches Verhalten vor. Es muss also eine Situation unterstellt werden, in der vor dem Hintergrund unterschiedlicher eigener und fremder Erwartungen ein Verhalten gewählt werden muss. Es muss also eine Entscheidung getroffen werden.<sup>21</sup> Um Hilfe bei der Wahl des Verhaltens zu erhalten, wird ein Rat eingeholt.<sup>22</sup>

All dies wird schon unterstellt, wenn nur in der Kommunikation markiert wird, dass es um Beratung geht. Das Schema Beratung unterstellt weiterhin die beiden Positionen Berater und Beratener (Fuchs 2004: 254). Damit es eine zu wählende Tat geben kann, muss in der Kommunikation eine Adresse geben, der man Kommunikations- und Handlungsfähigkeit unterstellen kann der Beratene. Dies können nur Personen oder Organisationen sein. Wie bereits angedeutet, kann nur diesen Adressen ein Mittelungsverhalten und Kommunikationsfähigkeit unterstellt werden.

Auch der Berater muss in der Kommunikation als Adresse, der man Handlungen zuschreiben kann, unterstellt werden, wenn Beratung in der Kommunikation angewählt wird. Um den Rat von Information abzugrenzen, muss angenommen werden, dass der Ratschlag selbst eine Auswahl aus möglichen Ratschlägen ist. Diese Selektivität, also ein Mitteilungsverhalten, kann aber auch nur Personen oder Organisationen unterstellt werden. Sie muss einem Ratgeber zugeschrieben werden, weil unterstellt wird, dass dieser besser selektieren kann als der Beratene selbst, sonst müsste kein Ratschlag eingeholt werden.

Die Anwahl des Schemas Beratung produziert also immer die beiden Adressen Berater und Beratener, die von Personen oder Organisationen eingenommen werden können.<sup>23</sup> So kann ein Gremium ein Beratungsprodukt, z. B. ein Gutachten, erarbeiten und der Organisation, die dieses

---

21 Siehe zu diesem Entscheidungsbegriff: Luhmann 1999: 278.

22 Siehe zu diesen Ausführungen auch Kusche 2007: 3 und Schützeichel 2004: 276, die sich aber ebenfalls im Wesentlichen auf Fuchs/Mahler 2000 stützen. Auch Dewe/Scherr 1990: S. 488 beschreiben die Grundsituation von Beratung aus einer ganz anderen theoretischen Perspektive ähnlich.

23 Siehe ähnlich, bezogen auf die soziale Situation, die das Geben eines Ratschlages konstituiert: Paris 2005: 355.

in Auftrag gegeben hat, übergeben. Dann ist das gesamte Gremium der Berater. Es ist möglich, im Gremium intern die Differenz zwischen Ratgeber und Beratenen noch einmal zu wiederholen, indem Repräsentanten der beratenen Organisation an den Sitzungen des Gremiums teilnehmen. Diese können dann eventuell befragt werden, in welchen Hinsichten beraten werden soll.

Weiterhin wird in dieser Zuweisung der Rollen dem Ratgeber unterstellt, er verfüge über mehr oder besseres Wissen in dem Bereich, in dem er gefragt wird, als der Ratsuchende (Schützeichel 2004: 276). Dies ist aber nicht alles. Ihm wird auch unterstellt, er verfüge über die Kompetenz, das Problem, für dessen Lösung er konsultiert wird, so zu beurteilen, dass er überhaupt einen oder einen besseren Lösungsweg findet als der Ratsuchende (Paris 2005: 357).<sup>24</sup> Die Beziehung zwischen Ratgeber und Ratsuchenden ist also asymmetrisch, was Kompetenz- und Wissenszuschreibungen angeht.

Der Ratsuchende findet sich in einer Position wieder, der zugeschrieben wird, dass es ihr an Wissen und Kompetenz fehle, Verhalten vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erwartungen selbstständig zu wählen. Es ist ihm aber möglich, dieses zu sehen und er sucht sich deshalb einen Rat. Dadurch dass dies so ausdrücklich – und vielleicht etwas zu pointiert – formuliert wird, deutet sich an, dass der Grad der Freiwilligkeit, mit der ein Rat nachgefragt wird, die Beratungsbeziehung in hohem Masse prägt. Die Rolle des Beratenen ist nur schwer akzeptabel, wenn sie nicht freiwillig gewählt wurde (Paris 2005: 356).

Ein Ratsuchender kann trotz dieser Positionierung riskieren, eine derart herabgesetzte Position freiwillig einzugehen, weil er am Ende der Beratung die Entscheidung darüber treffen kann, ob er den Rat annimmt und welches Verhalten er jetzt wählt (Schützeichel 2004: 277). Dies unterscheidet Beratung von anderen Kommunikationsformen, wie etwa Betreuung und Belehrung. Bei diesen Formen werden ebenfalls Entscheidungsprobleme bearbeitet, und es besteht die Aufgabe, andere Sichtweisen zu vermitteln. Allerdings wird dem Adressaten der Belehrung oder Betreuung nicht frei gestellt, im Falle der Belehrung neue Sichtweisen zu übernehmen oder, im Falle der Betreuung, Entscheidungen selbstständig zu treffen (Schützeichel 2004: 279).

Der Ratsuchende ist nicht gezwungen, den Rat anzunehmen, aber er kann dies riskieren, wenn er dem Ratgeber unterstellt, dass dieser hilfreichen Rat gibt und verantwortlich mit seiner Rolle als Ratgeber um-

---

24 Es sei hier schon darauf hingewiesen, dass die Kompetenz, basierend auf besserem Wissen und Erfahrung Probleme von Klienten lösen zu können, genau die Eigenschaft ist, die für Parsons Professionelle auszeichnet. Siehe: Klatetzki 2005: 267; Parsons/ Platt 1990: 302; Stock 2005: 323f.

geht. Würde der Ratsuchende dies dem Ratgeber – zumindest am Anfang der Beratung – nicht unterstellen, hätte er keine Veranlassung diesen Berater um Rat zu bitten.

Die Kommunikation, die beinhaltet, dass ein Rat gegeben oder nachgefragt wird, produziert also nicht nur eine Interaktion beziehungsweise mehrere Interaktionen, bei denen es thematisch um verschiedene Entscheidungsoptionen geht und durch die die Entscheidung selbst zeitlich aufgeschoben wird, sondern es entstehen zwei Rollen. In einem Interaktionssystem unter Anwesenden ergibt sich damit, dass es einen Berater und einen Beratenen gibt.

An diese beiden Rollen stellt nun der Umstand, dass es jetzt um Beratung geht, spezifische Anforderungen. Wenn die Kommunikation bei Beratung bleibt und nicht in andere Interaktionsformen abgeleitet und wenn die Beratung erfolgreich sein soll, gibt es ein Bündel von Anforderungen, die über die schon angesprochenen Zuschreibungen hinausgehen. Mit diesen sehen sich die Personen konfrontiert, die in der Interaktion die Rollen Berater und Beratener »spielen«. Welche spezifischen Anforderungen dies sind, und was mit dem Erfolg von Beratung gemeint ist, wird im Folgenden thematisiert.

Bevor dies möglich ist, sind noch einige Anmerkungen zum Rollenbegriff notwendig, da er wichtig für das Folgende ist. Weiterhin sind die Erläuterungen nötig, weil Rolle hier als Erwartungsstruktur der Beratungssysteme verstanden werden soll. Diese Struktur legt das Handeln der Rolleninhaber zwar nicht fest, trotzdem kann von dieser nicht beliebig abgewichen werden, ohne dass die Beziehung Gefahr läuft, in andere Interaktionsformen wie z.B. Konflikt überzugehen. Derartige Annahmen müssen kurz erläutert werden.

Darüber hinaus muss auch noch das Verhältnis von Interaktionssystemen und Gesellschaft dargestellt werden, da davon ausgegangen wird, dass die Systeme, die Beratung vollziehen, gesellschaftlich institutionalisierte Vorgaben, über das was Beratung ist, übernehmen. Wenn aber von operativ geschlossenen Systemen ausgegangen wird, wie es hier mit der Übernahme der Theorie der Interaktionssysteme getan wird, muss geklärt werden, wie diese Übernahme trotzdem plausibel gedacht werden kann.

Es erscheint wiederum sinnvoll, erst einmal von Interaktionssystemen auszugehen, um später die Besonderheiten der organisierten Beratungsbeziehungen zu thematisieren. Oben wurde schon angemerkt, dass in Interaktionen mögliche Vorgaben, die die Kontingenz der möglichen Anschlüsse an Kommunikation einschränken, gleichsam dankbar angenommen werden. Wenn beständig sehr viele Möglichkeiten aktualisiert

werden können, wird sich nur schwerlich ein stabiles Interaktionssystem ausbilden.

Als Strukturvorgaben können die erste Selektion der ersten Äußerung in der Interaktion und die sich daran anschließende Selektionsgeschichte genutzt werden. Ermöglichende Strukturen können thematische Einschränkungen sein oder es können Rollen und Programme herangezogen werden. Interaktionssysteme sind operativ geschlossen, indem sie immer nur »Kommunikation die mitkommuniziert, dass es sich um Kommunikation unter Anwesenden handelt« (Kieserling 1999: 67) reproduzieren und sich damit selbst reproduzieren. Wie alle anderen sozialen Systeme sind sie aber genau dadurch offen für die Umwelt, die sie auf diese Weise beobachten und thematisieren können (Luhmann 1997: 93f).

Interaktionssysteme haben eine doppelte Umwelt, eine soziale und eine natürliche. Sie finden in der Gesellschaft statt und sie reproduzieren gleichzeitig die Gesellschaft (Kieserling 1999: 225). In dieser gesellschaftlichen Umwelt gibt es Themen, die z. B. von den Massenmedien verbreitet werden und in der Interaktion behandelt werden können. Es gibt aber auch Funktionssysteme, die Leistungsrollen und Publikumsrollen<sup>25</sup> vorsehen. Diese können in der Kommunikation beobachtet und die Erwartungen, die mit diesen Rollen verbunden sind, als erwartete Erwartungen – also Strukturen – der Interaktion übernommen werden. So kann in der Interaktion mit einem Arzt einigermaßen vorhergesehen werden, welches Verhalten zu erwarten ist. Es gibt allerdings neben diesen Leistungsrollen der Funktionssysteme noch viele andere Rollen, wie unterschiedliche Berufsrollen, z. B. Taxifahrer oder Briefträger.<sup>26</sup>

Wie genau Rollenerwartungen in der Interaktion Rechnung getragen wird, ist damit noch nicht abzuschätzen. Hier sind je nach Situation mehr oder weniger starke Abweichungen möglich. Unter welchen Umständen welche Rollen für die Interaktion in Betracht kommen und als Vorgaben übernommen werden, kann auch sehr stark variieren und ist von den Kontexten der Interaktion selbst abhängig. Es ist vor allem davon abhängig, ob sie sich einer Organisation zuordnet oder sich stark auf ein Funktionssystem bezieht, wie z. B. eine Rechtsberatung

Abstrakt gesagt, ist eine Rolle als ein Bündel von Erwartungen zu verstehen, die an eine Person gestellt werden kann, die eine Rolle ein-

---

25 Siehe dazu: Stichweh 1999: 60f.

26 Es gibt auch neben der codierten Kommunikation der Funktionssysteme sehr viel Kommunikation, die sich nicht den Funktionssystemen zuordnet. Siehe: Luhmann 1997: 775.



nimmt.<sup>27</sup> Erwartungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie in der Kommunikation als bekannt unterstellt werden. Zudem wird angenommen, dass diesen Erwartungen Rechnung getragen wird. Eventuelle Abweichungen können kognitiv bearbeitet werden. Es wird festgestellt, dass falsch erwartet wurde und man ändert die Erwartung. Oder die Abweichung wird normativ verarbeitet: Die Einhaltung der Erwartung wird eingeklagt.<sup>28</sup>

Rollen sind Strukturen sozialer Systeme, neben anderen wie Programmen, Personen, Semantiken und Werten und können in den unterschiedlichen Systemen – Funktionssystemen, Organisationen oder Interaktionen – erwartet werden. Allerdings können Interaktionen Rollenerwartungen kaum selbst produzieren und vor allem nicht stabilisieren (Luhmann 2005c: 33). In Interaktionen sind Erwartungen über Personen und Rollen kaum zu trennen, wenn es nicht die generalisierten Rollenmuster gäbe.

Die Erwartungen, die die Rolle eines Beraters und einem Beratenen beinhalten, sind nicht so fest umrissen, wie z.B. die Rolle eines Priesters in einer Messe, und dürften auch hinsichtlich der Art der Beratung variieren, z. B. einer sozialarbeiterischen Beratung, einer Unternehmensberatung oder einer wissenschaftlichen Beratung. Trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass es Erwartungen gibt, die relativ allgemein sind und daher in den unterschiedlichen Situationen immer auftauchen.

Diese Erwartungen dürften vor allem so beschaffen sein, dass sie Vorraussetzungen dafür sind, dass ein Rat gegeben werden kann, ohne dass die Interaktion dabei zu leicht in einen Konflikt gerät und zumindest die Aussicht darauf besteht, dass der Rat angenommen werden kann. Es werden also Erwartungen sein, die die Annahmewahrschein-

---

27 Siehe zu diesem Rollenbegriff Luhmann 1996: 430ff. Siehe auch zum Rollenbegriff die klassischen Konzepte von: Mead 1998: 301f und Parsons 1952: 25f. Für eine ähnliche Definition des Rollenbegriffs und einer Diskussion desselben siehe: Dahrendorf 1974: 33. Für einen Versuch, den Rollenbegriff in Zusammenhang mit der Entstehung und Stabilisierung von Institutionen in einer Gesellschaft zu bringen, siehe: Berger/Luckmann 1999: 77f. Die Debatten um den Rollenbegriff müssen hier nicht weiter interessieren, weil es in diesen Debatten im Wesentlichen um das Verhältnis von Individuum, verstanden als Mensch, und Gesellschaft ging. Dieses Verhältnis ist in der Systemtheorie Luhmanns gänzlich anders konzipiert, denn hier geht es nicht um Menschen und ihre Rollen, sondern um kommunikativ konstituierte Personen und Rollen, die Systeme manchmal für Personen vorsehen. Siehe für eine Einführung in die Diskussion um den Rollenbegriff: Abels 2004: 109-146.

28 Siehe zu kognitiver und normativer Verarbeitung von enttäuschten Erwartungen: Luhmann 1996: 437.

lichkeit von Kommunikation in der Beratungsinteraktion herstellen, beziehungsweise erhöhen. Darauf wird gleich zurückgekommen.

Vorher soll aber kurz angemerkt werden, dass nicht nur in Interaktionen unter Anwesenden, die zwecks Beratung entstehen und diese vollziehen, die Beratungsrollen entstehen. Auch wenn zwischen zwei Organisationen wegen einer Beratung ein Kontakt besteht, treten diese beiden Rollen auf, z. B. können die Stellen, die miteinander kommunizieren, zu den Beratungsrollen werden.

Weiterhin sehen gerade Organisationen Mitgliedschaftsrollen für ihre Mitglieder vor (Luhmann 2000: 84f). Wenn eine Organisation beraten werden soll, treten, wie schon beschrieben, die Organisation und ihr Berater oder ihre Beratungsorganisation nicht nur schriftlich, sondern auch mittels des Interaktionssystem in Kontakt. Hier sind die Personen wegen ihrer Mitgliedschaftsrolle in der Organisation die Repräsentanten ihrer Organisation und übernehmen die Rolle der Beratenen. Wenn es nicht direkt um die Beratung der Abteilung geht, deren Mitglieder in der Interaktion anwesend sind, sondern die Organisation insgesamt beraten werden soll, werden die Anwesenden Organisationsangehörigen gleichsam stellvertretend für die Organisation beraten.

Die Ergebnisse der Beratung werden nach Abschluss des Beratungsprozesses typischerweise in die Organisation zurückgetragen und dort verarbeitet. Dieser Umstand kann dazu führen, dass die Beratung »in der Schublade verschwindet«.<sup>29</sup> Auch wenn die Organisationsmitglieder persönlich den Rat angenommen haben und vielleicht ihr Verhalten ändern, kann dies geschehen. Insgesamt ist also davon auszugehen, dass auch in dem Fall, in dem Organisationen Zwecks Beratung miteinander in Kontakt treten, die Beratungsrollen entstehen und unterschiedlich »gespielt« werden.

Bevor die spezifischen Erwartungen an Beratungsrollen thematisiert werden, muss die Frage beantwortet werden, aus welchen Quellen diese Erwartungen kommen. Liegen sie in einer bestimmten Form kodifiziert vor? Dies ist nicht der Fall. Ist es denkbar, dass sie von den jeweiligen Interaktionssystemen immer neu erfunden werden? Dies kann nicht in jedem Fall vollständig geleistet werden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass soziale Systeme nicht ihre gesamten Strukturen immer wieder neu erfinden müssen.<sup>30</sup> Sie könnten dies zwar leisten, aber das

---

29 Siehe zur Beratung von und in Organisationen: Baecker 2003; Luhmann 2000a: 340f, 433ff.

30 Für Organisationen betont dies der soziologische Neo-Institutionalismus. Organisationen erfinden ihre Strukturen nicht selbst, sondern orientieren sich an Vorgaben in ihrer Umwelt, teilweise aus Zwang aber teilweise

würde jeweils nur sehr einfache Interaktionen ermöglichen. In diesen Systemen müssten sich beispielsweise Anwesende gleichsam immer wieder neu kennen lernen und Erwartungen über einander bilden. Nicht einmal ein Gespräch über das Wetter wäre möglich, weil »das Wetter« als Thema<sup>31</sup> geselliger Interaktion und die Art und Weise, wie man über es redet, um unverbindliche Kommunikation zu betreiben, in solchen Interaktionen als bekannt vorausgesetzt wird. Solche Vorgaben müssen daher in der Kommunikation der Gesellschaft vorhanden sein.<sup>32</sup>

Es wäre weiterhin kaum möglich, Interaktionen mit anspruchsvollen Aufgaben zu erreichen.<sup>33</sup> Ein Universitätsseminar wäre nicht möglich, wenn in der Interaktion nicht auf Vorgaben wie z. B. Kommunikation über wahre und unwahre Aussagen oder über Rollen wie Dozent und Studierende zurückgegriffen werden könnte. In einer Interaktion könnten schwerlich diese Strukturen alle erst einmal neu aufgebaut werden, und es kann nicht darauf vertraut werden, dass es auch gelingt.

Die Vorgaben, auf die zurückgegriffen werden kann, sind unterschiedlichster Art. So können die symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien<sup>34</sup> wie Geld oder politische Macht, deren Verwendung von den Funktionssystemen konditioniert wird, in der Interaktion genutzt werden. Deren Codes sind in der Kommunikation der Interaktion anwendbar, um Umwelt zu beobachten.

Die Sinngeneralisierungen, die die Sprache mit der Möglichkeit, Begriff zu bilden, bietet, können ebenfalls in der Kommunikation genutzt werden.<sup>35</sup> Es ist damit beispielsweise möglich, relativ leicht über Autos zu sprechen, ohne dass genau geklärt werden müsste, was jeder Anwesender unter Autos versteht. Darüber hinaus legt aber Auto bestimmte Anschlüsse nahe und macht andere, wie z. B. Blumenpflege, unwahrscheinlich, so dass die Selektion von Anschlüssen erleichtert wird. Derartige Sinngeneralisierungen können zu Themen verdichtet

---

auch, um als gute und moderne Organisation zu erscheinen. Siehe: Di-Maggio/Powell 1983.

31 Siehe zur Funktion von Themen in der Kommunikation: Luhmann 1996: 213-216.

32 Dies setzt voraus, dass die Gesellschaft ein Gedächtnis hat, das vieles vergisst und einige Formen erinnert und damit für Kommunikation bereit hält. Dies kann hier nicht weiter expliziert werden. Siehe dazu: Luhmann 1997: 583f, 587ff.

33 Für die Festlegung von Interaktionen auf spezifische Funktionen sind allerdings sehr oft noch Organisationen nötig. Siehe dazu: Kieserling 1999: 335f.

34 Siehe zu diesen Kommunikationsmedien: Luhmann 1997: 316-396.

35 Siehe zu Sinngeneralisierungen: Luhmann 1996: 137f.

werden und liegen damit, wie schon angemerkt, als mögliche Themen von Interaktion vor.

In der Kommunikation einer Interaktion kann weiterhin Wissen<sup>36</sup>, das in anderen Zusammenhängen erlangt wurde, als den Anwesenden bekannt unterstellt werden. Dieses Wissen liegt oft in der Form von Kausal- und Konditionalschemata<sup>37</sup> vor. Schließlich können, wie schon erwähnt, Mitgliedschaftsrollen von Organisationen oder Leistungsrollen der Funktionssysteme, die in der Interaktion unterstellt werden, die Interaktion strukturieren. Für diese Rollen sind manchmal recht detaillierte Programme für das Verhalten in spezifischen Interaktionen vorhanden. Zu denken wäre hier an eine medizinische Operation oder Regeln, die in einem Labor den Ablauf eines Experiments festlegen.

Im Rahmen von Luhmanns abstraktem Strukturbegriff, der Strukturen als erwartete Erwartungen begreift, sind diese Vorgaben alle als Erwartungen definiert (Luhmann 1996: 139). Hier interessieren aber vor allem solche Erwartungen, die Mitteilungsverhalten in sozialen Systemen konditionieren. Dies tun sie, indem sie im System als bekannt unterstellt werden, also erwartet werden. Beiträge zur Kommunikation dieser Systeme können in Rechnung stellen, was als passender Beitrag erwartet wird und was nicht (Luhmann 1996: 411). Die einfachen Erwartungen wie Sinngeneralisierungen eignen sich nur dazu, die Kommunikation als Prozess fortzusetzen. Erst die erwarteten Erwartungen geben dem System gleichsam eine Identität und machen manche Beiträge wahrscheinlich und entmutigen andere. Damit tragen erst diese Strukturen zu dem Aufbau und Erhalt eines spezifischen Systems bei, das über reines Fortlaufen einer Kommunikation hinausgeht.<sup>38</sup>

Wenn in einer Interaktion eine Mitteilung geschieht, sind bestimmte Erwartungen aufgerufen und zugrunde gelegt worden. Diese Erwartungen gelten, so lange es keinen Widerspruch gibt. Wenn beispielsweise ein Lehrer in eine Klasse kommt und nach den Hausarbeiten fragt, ist das komplette Set von Erwartungen aufgerufen, das die Interaktion Unterricht beinhaltet, und gilt, wenn dem nicht widersprochen wird. Der Lehrer wiederum kann auf diese Weise anfangen, weil er und die Schüler

36 Wissen wird hier Luhmann folgend als kondensierte Beobachtungen, die in der Kommunikation durch Wiederverwendung stabilisiert wurden, verstanden. Siehe: Luhmann 1992: 122f.

37 Siehe zu Kausal- und Konditionalschemata: Luhmann 1997: 110f.

38 Siehe zu diesem Verständnis von Struktur und Prozess: Luhmann 1996: 72f.

erwarten, dass nichtanwesende Dritte von ihnen erwarten, Unterricht durchzuführen.<sup>39</sup>

Analog zu diesen Überlegungen soll hier davon ausgegangen werden, dass in der gesellschaftlichen Kommunikation zumindest diffuse Erwartungen darüber gibt, was Beratung normalerweise ist. Diese können im Detail variieren, aber da die Situation des Ratgebens alltäglich massenhaft anfällt (Bergmann et al 1998: 143), soll hier davon ausgegangen werden, dass Beratung bestimmte gesellschaftliche Erwartungen aufruft, wenn Beratung angewählt wird.<sup>40</sup>

Diese Erwartungen werden in der Beratungsinteraktion unterstellt und können von Organisationen benutzt werden, wenn diese Beratung organisieren. Darüber hinaus ist über Organisationen bekannt, dass diese bei der Einrichtung ihrer Strukturen woanders abschauen. Sie können also bestehende Beratungsarrangements anderer Organisationen kopieren.<sup>41</sup> Die Organisationen können für die Interaktionen, die sie zwecks Beratung organisieren, Vorgaben machen, wie in der Interaktion Beratung geleistet werden soll. Allerdings werden in diesen Interaktionen auch gesellschaftliche Erwartungen genutzt werden. Organisationen determinieren Interaktionen selten so detailliert, dass sie alles, was in den Interaktionen geschehen soll, vorschreiben. Das wäre zu aufwendig.

## 2. ANFORDERUNGEN AN DIE BERATUNGSBEZIEHUNG

Auf der Basis der dargelegten Argumentation ist es jetzt möglich, die spezifischen Erwartungen an Berater und Beratene zu thematisieren. Es geht hier nicht darum, einen klassifizierenden Begriff der Beratung zu bilden, sondern einen analytischen. Damit geht es hier darum, die grundlegenden Erwartungen zu erschließen, die gleichsam sofort impliziert sind, wenn die Kommunikation sich selbst als Beratung auszeichnet. Diese Erwartungen allerdings sind nicht als »Checkliste« zu verstehen, mit der gesellschaftliche Kommunikation nach Beratung abgesucht wer-

39 Siehe hierzu auch die Ausführungen zur Institutionalisierung von Erwartungen Luhmanns in: Luhmann 1987: 66-71.

40 Schützeichel macht eine ähnliche Annahme, wenn er mit Rückgriff auf Luckmann Beratung als eine Art kommunikativer Gattungen beschreibt, die interne Ordnungsmuster haben und auf kommunikative Problemlagen zugeschnitten sind; beispielweise auf das Problem, wie man Abschied nimmt oder wie man sich einen Rat holt. Siehe: Schützeichel 2004: 274f.

41 Wie schon erwähnt, hat darauf der soziologische Neo-Institutionalismus hingewiesen. Zum Beispiel kopieren sich neu gründende Organisationen, die als wissenschaftlich gelten wollen, andere Organisationen, die der Wissenschaft zugerechnet werden. Siehe für ein Beispiel: Kinchy/Kleinmann 2003: 876.

den könnte. Mit so einem Vorgehen ist es lediglich möglich nach Beratung zu suchen, aber nicht, diese genauer zu analysieren.

Hier sollen typische Erwartungen von Beratungsbeziehungen rekonstruiert werden, von denen nicht angenommen wird, dass ihnen in jeder empirisch vorfindbaren Beratungssituation Rechnung getragen wird. Es kann Abweichungen geben. Es wird hier nur angenommen, dass Abweichungen in der Beratungsinteraktion die Wahrscheinlichkeit mindern können, dass die Interaktion zu einem Erfolg kommt. Wobei hier kurz unerläutert bleiben muss, was unter Erfolg verstanden werden soll.

Die gerade gewählte Formulierung »Erschließen« der Erwartungen weist schon darauf hin, dass hier funktionalistisch argumentiert werden wird. Es ist notwendig, dies ist zu erläutern, da es in der soziologischen Forschungsliteratur breite Debatten über Versuche funktionaler Analysen gibt.<sup>42</sup>

Vor allem Luhmann hält prominent an der Methode der funktionalistischen Analyse fest und hat sie mit seiner Systemtheorie verbunden.<sup>43</sup> In Luhmanns Version der funktionalen Analyse werden Grundprobleme sozialer Systemen durch die Systemtheorie bestimmt (Luhmann 1996: 86; Schneider 2004: 55). Zu diesen Problemen werden die Strukturen des Systems in Beziehung gesetzt und dahingehend analysiert, ob sie die Probleme lösen können (Luhmann 1970: 42). Der Begriff »lösen« bedeutet hier nicht, dass die Probleme damit verschwinden, sie werden nur in eine Form gebracht, mit der das System »leben« kann (Luhmann 1970: 40). Diese Lösungen sind also Strukturen, denen die Funktion zugeschrieben werden kann, Probleme zu bearbeiten. Ziel derartiger Analysen ist es nicht, das Entstehen von Strukturen mit ihrer Funktion zu erklären (Schneider 2004: 51). Dies wäre ein funktionalistischer Fehlschluss.

Der Umstand, dass eine Struktur in einem System stabilisiert wird, kann weiterhin von vielen anderen Faktoren abhängen. Trotzdem nimmt Luhmann an, dass vornehmlich die Strukturen in einem System stabilisiert werden, die eine Funktion erfüllen, also ein Problem bearbeiten (Luhmann 1996: 407). Das bedeutet aber nicht, dass eine Struktur, die eine bestimmte Funktion erfüllt, die einzig mögliche wäre. Sie muss auch nicht die beste der möglichen Lösung darstellen. Die funktionale Analyse bietet exakt die Möglichkeit, denkbare funktionale Äquivalente in den Blick zu nehmen (Luhmann 1996: 84). Die Möglichkeit von

---

42 Es ist nicht nötig, hier die Debatten nachzuzeichnen, die sich vor allem mit den Arbeiten von Parsons und Merton auseinandersetzen. Siehe dazu insgesamt: Hempel 1959; Merton 1973; Nagel 1967; Luhmann 1970, 1970b.

43 Siehe vor allem: Luhmann 1996: 83-91, 404-411.

Äquivalenten wird nur durch das konkrete System begrenzt, das in den Blick genommen wird (Luhmann 1996: 85).

Als allgemeines Grundproblem sozialer Systeme wird von Luhmann die Stabilisierung der Grenze zwischen System und Umwelt postuliert (Luhmann 1996: 86; Schneider 2004: 62). Die Grenzen der Systeme sind von dem System geschaffen (Luhmann 1996: 52) und trennen die Komplexität der Umwelt von der reduzierten Komplexität des Systems (Luhmann 1996: 50).<sup>44</sup> Bezogen auf soziale Systeme bedeutet dieser Umstand, dass Kommunikation mit Kommunikation verknüpft wird und auf diese Art das System sich von seiner Umwelt beständig unterscheidet.

Da Luhmann die Systemtheorie gleichsam dynamisiert hat, indem er auf autopoietische Reproduktion umstellt, muss ein soziales System seine Grenze dadurch stabilisieren, dass es seine Elemente, die Operationen der Kommunikation darstellen und sofort wieder »zerfallen«, durch weitere Kommunikation ersetzt (Schneider 2004: 65). Nur auf diese Weise kann ein soziales System sich von der Umwelt unterscheiden und die Differenz zwischen sich und der Umwelt aufrechterhalten. Diese Differenz stellt bei Systemen, die keine materiellen Grenzen haben, die Grenze dar.

Das Grundproblem aller sozialen Systeme ist also das Wahrscheinlichmachen der Operationen. Für das System Gesellschaft bedeutet das: Es muss hinreichend wahrscheinlich gemacht werden, dass Kommunikation mit Kommunikation verknüpft werden kann (Schneider 2004: 66).

Bei sozialen Systemen, die innerhalb der Gesellschaft ausdifferenziert werden, reicht die Spezifikation der Operationen als Kommunikation nicht aus. Da diese Systeme nicht nur eine Umwelt haben, die keine Kommunikation beinhaltet, sondern auch eine, in der andere Kommunikation vorkommt, muss die Art der Kommunikation, die die Systeme reproduziert, spezifiziert werden.

Organisationen reproduzieren sich beispielweise durch die Kommunikation von Entscheidungen und Interaktion durch Kommunikation, die Anwesenheit unterstellt. Auch Funktionssysteme sind durch spezifische Kommunikation gekennzeichnet, die die Stabilität der Grenzen garantiert. Bei der Wirtschaft sind dies Zahlungen und die Kommunikation, die sich auf Zahlungen bezieht, also den Code Zahlen/Nichtzahlen benutzt (Luhmann 1999: 52ff). Beim Politischen System ist es Kommuni-

---

44 Komplex ist nach Luhmann ein Zusammenhang, wenn nicht mehr alle möglichen Relationen zwischen Elementen hergestellt werden können. Es können nur noch selektive Verknüpfungen erreicht werden. Komplexität ist also ein Möglichkeitsüberschuss der zur Selektion zwingt (Luhmann 1996: 46f).

kation, die sich auf die Funktion der Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen bezieht und den Code Machtüberlegenheit/Machtunterlegenheit benutzt (Luhmann 2000b: 84 und 88f). Die Funktionssysteme operieren also mittels Kommunikation, die sich auf den jeweiligen Code bezieht, somit mittels codierter Kommunikation.

Alle sozialen Systeme haben das Grundproblem, ihre spezifische Kommunikation zu reproduzieren, damit sie ihr System reproduzieren und von der Umwelt abgrenzen können. Die Kommunikation eines Systems darf also nicht zu sehr Kommunikation in der Umwelt gleichen. Es wäre dann nicht mehr zu entscheiden, ob sich die Kommunikation im System oder außerhalb befindet.

Beispielweise kann ein Dozent in einem Universitätsseminar eine Unterhaltung über ein Fußballspiel vom vorherigen Tag und eine detaillierte Diskussion über den Zustand des deutschen Fußballs beginnen. Wenn er jedoch nicht irgendwann markiert, dass dieses Thema gewählt wurde, um einen Lehrinhalt zu vermitteln, läuft das Interaktionssystem Gefahr, den Kontext der Erziehung zu verlassen und in gesellige Interaktion überzugehen.

Auf ähnliche Weise laufen Interaktionen von Ärzten und Patienten in einigen Fällen Gefahr, in allgemeine Kommunikation über Privates abzudriften, vor allem wenn die beiden Interaktionspartner sich schon lange kennen. Auch für Beratung im Kontext sozialer Arbeit ist gezeigt worden, dass die Beratung leicht in betreuendes Handeln übergeht. Dieses kann das Ziel derartiger Beratungen behindern, den Klienten wieder zu selbstständiger Lebensführung zu befähigen (Kallmeyer 2000). Es gibt also Kommunikation in Interaktionen, die gleichsam die Identität wechseln und z. B. von Beiträgen zu Funktionssystemen zu uncodierter alltäglicher Kommunikation überwechseln kann.

Dieses Abdriften von Kommunikation kann teilweise vorkommen. Allerdings darf die Kommunikation, wenn das Beispiel des Seminars noch einmal herangezogen wird, in den Lehrveranstaltungen einer Universität nicht ständig abdriften. Die Universität würde damit ebenfalls ihre Struktur ändern und zu einer anderen Organisation werden oder sich sogar auflösen, weil sie nicht mehr das von ihr erwartete Ziel erfüllt. In Funktionssystemen lassen sich ebenfalls Kommunikationsereignisse beobachten, die nur noch entfernt zu den bestehenden Strukturen passen. In diesen Fällen setzen oft »Struktursicherungsoperationen« (Schneider 2004: 485) ein, die die Kommunikation als abweichenden Einzelfall markieren und dem Vergessen anheim stellen. Dies wird erreicht, indem die Kommunikation explizit als nicht den Strukturen entsprechend markiert wird und so die Strukturen trotz Abweichung als geltend bestärkt.



Drittens ist auch der Fall denkbar, dass die Strukturen geändert werden, damit die Kommunikation als passend behandelt werden kann.<sup>45</sup>

Damit ist für Beratungssysteme anzunehmen, dass auch sie sich durch Kommunikation reproduzieren, die sich, wenn auch manchmal eher implizit, auf die Aufgabe bezieht, Beratung zu leisten. Derartige Kommunikation wird nicht immer eindeutig von weiterer Kommunikation abgrenzbar sein, die ebenfalls in den Interaktionsbeziehungen von Personen oder Organisationen vorkommen kann, wenn sie zum Zwecke der Beratung in Kontakt stehen. Allerdings kann angenommen werden, dass, wenn die Art der Beziehung zwischen Berater und Beratenem sich nicht ändert, vor allem Kommunikation, die sich auf Beratung bezieht und diesem Ziel unterordnet, in dem Beratungssystem vorkommt. Wie schon erwähnt, kann dieses Beratungssystem sich mittels Interaktionssystemen und Organisationssystemen vollziehen.

Ausgehend von diesen Überlegungen lassen sich wiederum allgemein – und abstrahierend von den spezifischen Operationen der Systeme – Probleme angeben, die ihre Reproduktion wahrscheinlich macht. Damit es wahrscheinlich wird, dass die jeweilige spezifische Kommunikation der Systeme sich reproduziert, müssen drei Hindernisse überwunden werden. Es muss möglich sein, Kommunikation zu verstehen, Kommunikation muss einen Adressaten erreichen können und – der wichtigste Punkt hier – sie muss Erfolg haben. Erfolg bedeutet, sie muss angenommen werden (Luhmann 1996: 217f).

Die Erreichbarkeit wird durch Verbreitungsmedien<sup>46</sup> gewährleistet und ist bei Beratung kein eklatantes Problem, da es sich um Interaktion unter Anwesenden oder schriftliche Kommunikation handelt. Wenn Verstehen mit Luhmann so aufgefasst wird, dass Verstehen den Umstand bezeichnet, dass in einer Kommunikation die vorhergehende Kommunikation als Differenz von Information und Mitteilung beobachtet wird, dann wird auch dieses Problem in vielen Situationen leicht zu lösen sein.

Grundlegend wird dieses Problem durch Sprache bearbeitet. Wenn etwas gesagt wird, ist deutlich, dass eine Mitteilungsabsicht unterstellt werden kann. Sprachliche Äußerungen können nicht mehr als unmotiviertes Körperverhalten, das keine Kommunikation sein sollte, beobachtet werden (Luhmann 1996: 209f). Allerdings gibt es auch Missverstehen, was auch Verstehen ist, aber zu vielen Klärungen führen kann, die

---

45 Siehe zu diesen Modalitäten, wie Systeme enttäuschte Strukturen mittels Kognition oder Normativität bearbeiten: Luhmann 1996: 437.

46 Diese sind zuerst Schrift, dann Buchdruck und heute die elektronischen Medien. Siehe: Luhmann 1998: 205-301. Weitere Erläuterungen unterbleiben hier aus Platzgründen.

irgendwann die Kommunikation entmutigt, weil »man sich einfach nicht versteht«.

In Beratungskommunikation ist in hohem Ausmaß Kommunikation zu erwarten, bei der es darum geht zu verstehen, was in den Darstellungen des Klienten als Information und was als Mitteilungsverhalten zu behandeln ist. Gerade die Beobachtung des Mitteilungsverhaltens kann zu Rückschlüssen über seine »Verhaltensweisen« und vielleicht Problemen beitragen.

Das Problem, das aber die spezifischen unterschiedlichsten Strukturen bearbeiten, die soziale Systeme entwickeln,<sup>47</sup> ist das der Annahme von Kommunikation beziehungsweise die hohe Wahrscheinlichkeit der Ablehnung (Schneider 1994: 153f). Durch die Eigenschaft von Sprache ja oder nein sagen zu können, wird es möglich, zuzustimmen oder präsentierten Sinn abzulehnen. Wenn Kommunikation sowie die Prämissen, die diese unterstellt, und z. B. die Inhalte, die sie »transportiert«, ständig abgelehnt würden, gäbe es höchstens Einrichtungen zur Bearbeitung von Konflikten, die aus solchen Ablehnungen leicht entstehen können (Luhmann 1998: 316f). Weiterhin würde Kommunikation beständig entmutigt, wenn nur Ablehnung zu erwarten ist (Luhmann 1996: 218).

Das Grundproblem aller Systeme, die sich mittels Kommunikation reproduzieren, ist also, dafür zu sorgen, dass Kommunikation angenommen wird. Dies heißt auch, dass Beiträge zur Kommunikation dadurch wahrscheinlich werden, dass absehbar ist, welchen Prämissen der Kommunikationsprozess folgt und Beiträge darauf eingestellt werden können. Beispielweise ist ein neues Mitglied einer Organisation anfangs gezwungen herauszufinden, welche Erwartungen über Arbeitsleistungen herrschen und – wahrscheinlich wichtiger – welche informellen Erwartungen sich an es richtet. Erst wenn es diese ermittelt hat, können die Beiträge zu dem Kommunikationsprozess der Organisation so eingestellt werden, dass sie Aussichten haben, angenommen zu werden.

Zur Bearbeitung dieses Problems können nun die unterschiedlichsten Strukturen beitragen. Luhmann thematisiert im Rahmen seiner Differenzierungstheorie vor allem die symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien (Luhmann 1996: 222 und Luhmann 1998: 318ff). Es sind aber auch andere Strukturen denkbar, wie z. B. Themen oder Rollen. Somit ist bei jedem sozialen System davon auszugehen, dass das Problem der Annahme von Kommunikation bearbeitet werden muss.

---

47 Nur um Missverständnisse hier zu vermeiden, sei angemerkt, dass damit nicht gesagt wird, dass spezifische Strukturen deswegen entstehen, weil sie dieses Problem bearbeiten. Die jeweiligen Strukturen können aus unterschiedlichsten Zufällen entstehen, aber sie übernehmen dann die Bearbeitung des Problems.

Wie schon ausgeführt, ist die funktionale Analyse vor allem dazu geeignet, unterschiedliche Strukturen, die zur Bearbeitung von Problemen dienen könnten, zu vergleichen und die Folgeprobleme dieser »Lösungen« zu analysieren. Je spezifischer der Gegenstand dabei ist, desto leichter lassen sich denkbare funktionale Äquivalente ausschließen, weil sie für das konkrete System nicht realisierbar sind oder zu viele Folgeprobleme mit sich bringen würden (Luhmann 1996: 85; Schneider 2004: 70).

Wenn funktionalistisches Argumentieren auf diese Weise konzipiert wird, scheint es möglich, Fehlschlüsse zu vermeiden und diese Art des Analysierens zu verwenden. Es soll also davon ausgegangen werden, dass auch die Systeme, die Beratung vollziehen, das Problem der Annahme der Kommunikation bearbeiten müssen. Dieses Grundproblem lässt sich in einzelne Unterprobleme der Beratungssituation zerlegen, mit denen umgegangen werden muss, damit die Kommunikation in der Beratungsbeziehung weitgehend reibungslos abläuft und letztlich auch der Rat annehmbar ist.

Mit diesen Überlegungen ist es möglich, Strukturen – hier als erwartete Erwartungen an die Rollen Berater und Beratener – von Beratungssystemen daraufhin zu analysieren, ob sie diese Probleme bearbeiten. Wenn sie dies leisten, sind sie ebenfalls einigermaßen stabile Strukturen und damit auch typische Strukturen. Sie sind dann nicht komplett zufällig in Beratungssituationen zu finden.<sup>48</sup> Dies gilt noch viel mehr, wenn davon ausgegangen werden kann, wie oben schon angesprochen, dass solche Einrichtungen kopiert werden, wenn Beratungen eingerichtet werden.

In jedem Fall sollte es aber mittels der Annahme, das Hauptproblem von sozialen Systemen ist das Wahrscheinlichmachen der Annahme von Kommunikation, möglich sein anzugeben, in welchen Einzelproblemen sich dieses Problem darstellt, wenn es um Kommunikation geht, die beraten soll. Es ist aber hier nicht nötig gleichsam von Null anzufangen, sondern es gibt schon Arbeiten, die Probleme der Beratungskommunikation thematisieren. Diese Untersuchungen thematisieren oft die Probleme in Beratungsbeziehungen, weil zu einem großen Teil die Analyse von Beratungsprozessen gerade durch den Umstand veranlasst wird, dass die Kommunikation in Beratungsbeziehungen relativ anfällig für Scheitern ist.<sup>49</sup>

---

48 Auch Schmitz/Bude/Otto gehen davon aus, dass es möglich ist, die typischen Normalitätserwartungen anzugeben, die mit der Interaktionsform Beratung verbunden sind. Siehe: Schmitz/Bude/Otto 1989: 125.

49 Siehe für die Feststellung, dass Beratungsbeziehungen oft problematisch für die Beteiligten sind oder werden: Paris 2005: 353. Für weitere Anga-

Ein Zugang zu den spezifischen Problemen der Beratungskommunikation lässt sich darüber gewinnen, dass von der Situation ausgegangen wird, in der eine Person einer anderen Person einen Ratschlag gibt. Ein Ratschlag wird von Rainer Paris als eine »unmittelbar an eine Person gerichtete Sprechhandlung« definiert. Diese Sprechhandlung zielt darauf ab, »den anderen durch eine bestimmte Verhaltensempfehlung bei der Bewältigung eines für ihn dringlichen Problems zu unterstützen und ihm hierzu einem ihm selbst bislang nicht präsenten Lösungsweg aufzuzeigen« (Paris 2005: 355).

Es wurden bisher schon einige Anmerkungen zu den grundlegenden Merkmalen von Beratungssituationen gemacht und dieser Faden wird jetzt wieder aufgenommen. Der Ratschlag beziehungsweise die Nachfrage nach einem Rat zwingt die beteiligten Akteure, eine von zwei Rollen zu spielen: Entweder sie sind der Ratgeber oder der Ratempfänger (Paris 2005: 356). Die Rolle des Ratgebers ist dabei dadurch gekennzeichnet, dass er derjenige sein muss, der über angemessenes Wissen und die Kompetenz verfügt, die notwendig ist, um Rat geben zu können. Der Ratsuchende ist der Orientierungssuchende, der vor einem Problem steht und keine Lösung zur Hand hat (Alemann, A. 2002: 28; Alemann, H. 1996: 16; Dewe/Scherr 1990: 489; Schmitz/Bude/Otto 1989: 123; Schützeichel 2004: 276).

Es geht bei Beratung also um das Problem eines Ratsuchenden, das ihn daran hindert, sein Verhalten kompetent zu wählen. Ihm mit Rat zu helfen, ist das Ziel eines Ratschlags und auch eines Beratungsprozesses (Schmitz/Bude/Otto 1989: 124). Der Ratschlag wird in seiner alltäglich vorkommenden Form in vielen Fällen als eine Handlungsempfehlung gegeben, die nach Einschätzung des Ratgebers das Problem des Ratsuchenden löst.

Der Ratgeber empfiehlt oft nur eine Option. Bei diesem Fall von Ratgeben wird kaum Wissen vermittelt, sondern es muss eher der Einschätzung des Beraters vertraut werden. Diese Beratung ist nur bei großer Kompetenzunterstellung oder bei persönlichen Vertrauensverhältnissen möglich, denn ein Rat dieser Art nimmt dem Ratsuchenden die autonome Verhaltenswahl fast ganz ab. Ihm bleibt nur noch, der Empfehlung zu folgen oder nicht.

So viel Abgabe autonomer Selbstbestimmung, die normalerweise jedem Akteur in alltäglichen Interaktionen unterstellt wird,<sup>50</sup> ist von einem

---

ben zur Forschungsliteratur, die gerade auf diese Probleme reagiert: Kallmeyer 2000: 229f und Scherr 2004: 101f.

50 Siehe zu der Unterstellung einer autonomen Selbstbestimmung von Akteuren in der gesellschaftlichen Kommunikation: Fuchs/Mahler 2000: 354f,

Akteur nur schwer zu ertragen. Wenn zum Ratgeber ein persönliches Vertrauensverhältnis besteht und der Rat nicht in der Öffentlichkeit stattfindet, ist es für einen Beratenen trotz dieser Umstände möglich, solch einen Rat anzunehmen (Paris 2005: 355f). Der Beratene verliert in diesen Situationen nicht das »Gesicht« und wenn doch, dann nur gegenüber der vertrauten und damit ungefährlichen Person.

Weiterhin kann eine Empfehlung angenommen werden, wenn dem Ratgeber eine sehr große Kompetenz unterstellt wird und der Ratsuchende bei sich selbst sehr große Inkompetenz unterstellt. Dass derartige Ratschläge die Tendenz haben, in Fremdbestimmung der Ratsuchenden überzugehen, zeigt sich auch darin, dass in der Praxis der Sozialen Arbeit die Beratung leicht in Betreuung übergehen kann, wenn die Empfehlungen nicht mehr als Vorschläge erläutert und mit den Klienten diskutiert werden, sondern einfach gegeben werden. So wird dann das Ziel, die Klienten zur Selbstständigkeit zu befähigen, unterhöhlt, da sie dazu tendieren, sich auf die Betreuung zu verlassen (Kallmeyer 2000: 238; Schmitz/Bude/Otto 1989: 140f; Schütze 2000: 55ff).

Nicht nur bei Beratungen in der Sozialen Arbeit geht es darum, den Beratenen dabei zu helfen, wieder selbstständig ihr Verhalten zu wählen. In der Literatur zur Beratung wird als Ziel von Beratung ziemlich übereinstimmend angegeben, dass diese dazu beitragen soll, dem oder der Beratenen zu helfen, wieder autonom die eigene Praxis zu vollziehen.<sup>51</sup> Es geht also um die Wiederherstellung der Handlungsautonomie beim Beratenen. Diese Handlungsautonomie ist dadurch beeinträchtigt, dass der Beratene bei seiner Verhaltenswahl angesichts unterschiedlicher Möglichkeiten unsicher ist (Paris 2005: 357).

Dies bei den Fällen beobachtet werden, in denen beispielsweise sich in einem Unternehmen die Selbstdiagnose durchsetzt, man könne einiges besser machen, aber man weiß nicht wie, und deshalb wird ein Beratungsauftrag erteilt. Ebenso ist dies bei den Fällen zu beobachten, bei denen die Situation, in der sich ein Akteur befindet, so unklar ist, dass er nicht einmal mehr Optionen des Verhaltens sieht und deshalb Rat braucht. Der Grad der Beeinträchtigung der Handlungsautonomie der Beratenen kann bei unterschiedlichen Formen von Beratung erheblich variieren, aber trotzdem kann insgesamt die Wiederherstellung und manchmal vielleicht nur die Verbesserung der autonomen Praxis der Beratenen als das Ziel von Beratung angesehen werden. Kurz gesagt: Es

---

Luhmann 1997: 1016ff. Siehe zur Notwendigkeit dies in der psychischen Therapie zu unterstellen: Oevermann 2002a: 30f.

51 Siehe zu dieser Feststellung: Alemann 2002: 25f.

geht immer darum, ein Problem bei der Verhaltenswahl zu bearbeiten (Scherr 2004: 100).

Für die Bearbeitung des Problems bei der Verhaltenswahl können vom Berater in der Beratungskommunikation die Situation des Beratenen thematisiert und analysiert werden. Weiterhin kann er Handlungsoptionen und ihre Haupt- und Nebenfolgen vorstellen und er kann, wie schon angemerkt, relativ konkrete Handlungsempfehlungen geben (Schützeichel 2004: 276). Für die Kommunikation in den unterschiedlichen Phasen der Beratungskommunikation – diese sind Eröffnung, Datensammlung, Interpretation, Entwicklung von Handlungsoptionen, Stellungnahme, Beendigung (Dewe/Scherr 1990: 496) – die Annahmewahrscheinlichkeit zu erhöhen, beziehungsweise im besten Falle Annahme der Kommunikation durch den Beratenen zu erreichen, ist nun das Hauptproblem in der Beratungsinteraktion.

Die Aufgabe, dieses Problem der Annahme der Kommunikation zu bearbeiten, fällt dem Berater zu. Es geht also in der Beratung nicht nur darum, die Situation des Beratenen zu deuten und Verhaltensoptionen zu finden, die dem Beratenen einfach mitgeteilt werden. Um den Beratenen wieder dazu zu befähigen, sein Verhalten selbst zu wählen, müssen diese Inhalte so kommuniziert werden, dass der Beratene sie annehmen kann. Er muss zu einer neuen Sicht auf seine Situation und sein Verhaltensproblem sowie seine Verhaltensoptionen gebracht werden (Paris 2005: 362). Dies soll ihn befähigen, anschließend sein Verhalten bezüglich seines Problems selbst zu wählen.

Der Beratene soll also nach der Beratung kompetenter Entscheidungen treffen können als vorher. Somit wäre der Erfolg einer Beratung nicht darin zu sehen, dass eine Empfehlung übernommen wird. Vielmehr ist eine Beratung dann erfolgreich, wenn die Wahl einer Verhaltensoption des Beratenen nach der Beratung selbstständig aufgrund seiner besseren Problemsicht und den jetzt für ihn sichtbaren und erreichbaren Optionen gewählt wird (Brüsemeister 2004: 263). Ziel von Beratung ist damit gar nicht primär, Überzeugungsarbeit für eine Empfehlung zu leisten,<sup>52</sup> sondern die Sichtweisen des Beratenen zu flexibilisieren und Unterstützung für selbstständige Verhaltenswahl anzubieten (Dewe/Scherr 1990: 497).

---

52 Genau dies sehen aber einige Akteure der wissenschaftlichen Politikberatung als ihre Aufgabe an. Es soll hier nicht behauptet werden, diese Akteure würden keine Beratung leisten, beziehungsweise ihre Kommunikation wäre keine Beratung. Allerdings wird hier angenommen, dass solche Art von Kommunikation unter dem Label von Beratung nicht gerade die Annahmewahrscheinlichkeit der Kommunikation erhöht. Weiter unten wird darauf zurückgekommen.

Beratung ist also ein anspruchsvolleres Ziel, als nur mit neuen Informationen zu irritieren. Es geht darum, mit Wissen und anderen Problembeschreibungen den Beratenen so zu irritieren, dass Routinen in dessen Umgang mit seinen Problemen gestört werden. Diese Routinen sind dabei als regulierter Umgang mit vergangenen Irritationen zu verstehen.<sup>53</sup> Die Routinen können bei neuen Problemen ungeeignet sein, in einem bestimmten Bereich eine Lebenspraxis einfach fortzusetzen.

Da es nicht möglich ist, ein anderes System, sei es die beratene Organisation oder das personale System in der Umwelt des Beratungssystems, durch direkte Eingriffe zu beeinflussen und es den Systemen überlassen bleibt, wie sie die Kommunikation der Beratungsinteraktion verarbeiten, ist es nur möglich solche Irritationen zu setzen, die Strukturänderung und Strukturaufbau anregen. Luhmann verwendet im Anschluss an die »systemische Therapie«, die sich aus den Untersuchungen der Palo Alto Schule entwickelt hat, für derartige Beratung den Begriff Therapie.<sup>54</sup> Dem kann hier nicht gefolgt werden, da unter Therapie der Fall verstanden werden soll, bei dem die physische oder psychische Integrität einer Person so beeinträchtigt ist, dass nicht nur ihre Situation stellvertretend gedeutet werden, sondern darüber hinaus stellvertretend für diese Person gehandelt werden muss.<sup>55</sup>

Damit die Flexibilisierung von Sichtweisen und Routinen sowie der Aufbau neuer Routinen erreicht werden kann und die Annahmewahrscheinlichkeit der beratenden Kommunikation erhöht wird, muss Beratung freiwillig eingeholt werden. Der Beratene sucht im Normalfall freiwillig nach Beratung (Schützeichel 2004: 277).

Diese Freiwilligkeit muss zumindest unterstellt werden, damit dem Beratenen unterstellt werden kann, dass er prinzipiell fähig ist, in seiner normalen Lebenspraxis seine Probleme zu erkennen und zu lösen. Eine Beratung, die aufgezwungen wird, sabotiert diese Unterstellung. Sie gesteht dem Beratenen nicht einmal mehr zu, fähig zu sein zu erkennen, dass er ein Problem hat und der Beratung bedarf (Paris 2005: 356). Ein erzwungener und in abgeschwächtem Maße ein nicht erbetener Rat gerat also in Widerspruch mit der individuellen Handlungsautonomie. Diese wird in Interaktionen im Normalfall unterstellt und als ein positiver Wert angesehen. In Beratung geht es genau darum, diese Autonomie wieder-

---

53 Dies ähnelt Oevermanns Begriff der Routine. Sie stellen die Schließung einer ursprünglichen Krise dar, die mit der Routine bewältigt wurde. Siehe dazu: Oevermann 1999: 75.

54 Siehe zur systemischen Therapie insgesamt: Simon 1994; Stierlin 1988.

55 Siehe zu Luhmanns Überlegungen: Luhmann 1992: 648ff; Luhmann 2000b: 393ff. Ein ähnliches Verständnis von Beratung entwickelt auch Kessler 2007: 138.

herzustellen. Freiwilligkeit ist also ein Strukturmerkmal von Beratungskommunikation, das die Annahme von Kommunikation in der Beratungsbeziehung erleichtert.

Mit diesem Strukturmerkmal hängt das Problem der Asymmetrie in Beratungsbeziehungen eng zusammen (Alemann, A. 2002: 28). Der Beratene zeichnet sich in der Beratungsbeziehung durch kognitive Unterlegenheit gegenüber dem Ratgeber aus. Dem Ratgeber wird, dadurch dass er um Rat gebeten wird, unterstellt, er verfüge über mehr oder anderes Wissen, das für die Problemlösung hilfreich sein könnte (Dewe/Scherr 1990: 493; Scherr 2004: 101). Darüber hinaus wird dem Berater zugeschrieben, er verfüge über die Fähigkeit, dieses Wissen so einzusetzen, dass er eine andere Sicht auf das Problem des Klienten gewinnt, die er dem Klienten vermitteln kann (Bergmann/Goll/Wiltschek 1998: 208f).

Gerade die Perspektivunterschiede von Berater und Beratenem werden oft für eine Beratung genutzt, indem eine neue Problemdefinition in der Beratungskommunikation gefunden wird, die dann auch Lösungen in Sicht kommen lassen (Kallmeyer 2000: 236). Weiterhin ist Beratung insofern asymmetrisch, als dem Berater zugestanden wird, dass er aufgrund seines Wissens und der Erfahrung in Beratungssituationen die Gestaltung des Beratungsprozesses übernimmt. Er lenkt die Interaktion, die auch unangenehm für den Beratenen werden kann, weil er vielleicht aufgefordert wird, unangenehme Fragen zu beantworten.

Freiwillig ist es möglich, eine kognitive Unterlegenheit einzugestehen und sich in eine fremdbestimmte Beziehung zu begeben. Um Rat zu fragen, kann sogar als rationaler Umgang mit eigenen Problemen markiert werden. Durch Zwang oder dadurch, dass ein Rat einfach gegeben wird, wird dem Beratenen kognitive Unterlegenheit zugewiesen. Das kann im Einzelfall die Interaktion recht heikel machen und in Richtung eines Konfliktes bringen. In jedem Falle erhöht erzwungene oder nicht nachgefragte Beratung nicht die Wahrscheinlichkeit, dass die Situationsdeutungen und Empfehlungen des Beraters auf Annahmefähigkeit beim Beratenen stoßen. Auch das Problem der Asymmetrie wird also durch Freiwilligkeit bearbeitet.

Dies lässt sich aber weiter spezifizieren. Bei der Eröffnung einer Beratung ist die Beziehung symmetrisch. Der Beratene artikuliert sein Problem und seinen Beratungsbedarf. Erst damit etabliert er selbst seine Beratungsbedürftigkeit und setzt die beiden Rollen Ratgeber und Ratsuchende in Gang (Alemann 2002: 30f; Dewe/Scherr 1990: 496; Kallmeyer 2000: 237). Der Beratene begibt sich also aktiv in die asymmetrische Beziehung und deshalb ist diese fremdbestimmte Interaktion auch erträglich, weil das Eingehen dieser Beziehung als autonomer Akt des Beratenen erscheint.



Ein weiteres Strukturmerkmal von Beratung, das die Unwahrscheinlichkeit, dass eine Person sich in solch eine Situation begibt und die angebotene Kommunikation auch annimmt, in Wahrscheinlichkeit transformiert, ist der Umstand, dass Beratung zeitlich befristet ist (Schützeichel 2004: 276). Wenn Aussicht darauf besteht, dass die unangenehme Beratung irgendwann endet, ist es leichter, sie zu ertragen.

Weiterhin ist die Phase der Beendigung von Beratung in vielen Fällen so gestaltet, dass die Symmetrie zwischen den beiden Akteuren der Beratung wiederhergestellt wird (Dewe/ Scherr 1990: 496). Dem Beratenen wird Gelegenheit gegeben, Stellung zu den Handlungsvorschlägen zu beziehen. Dabei wird oft geklärt, welche Handlungen aus Sicht des Beratenen überhaupt möglich sind (Kallmeyer 2000: 238). Im Endeffekt bleibt es aber dem Beratenen überlassen, ob und welche Handlungen er nun in seiner Lebenspraxis realisiert. Hier hat er seine Handlungsautonomie endgültig wiedererlangt (Schmitz/Bude/Otto 1989: 143).

Die Moratoriumssituation (Brüsemeister 2004: 261) eines Teils der Lebenspraxis<sup>56</sup> des Beratenen wird damit beendet. Diese Moratoriumssituation, in der Entscheidungen erst einmal aufgeschoben werden, entlastet von Entscheidungsdruck (Fuchs/Mahler 2000: 356). Dieser Umstand kann in einigen Fällen z. B. in der Unternehmensberatung, oder wie oft vermutet wird, in der wissenschaftlichen Politikberatung<sup>57</sup> als sekundäre Motivation angesehen werden, sich in Beratungsbeziehungen zu begeben. Auch in solchen Fällen gilt aber, dass die Interaktion in der Beratung von einer asymmetrischen Rollenverteilung geprägt ist. Diese Asymmetrie wird aber dadurch erträglich gemacht, dass sie ein absehbares Ende hat und dass am Ende diese Asymmetrie gleichsam geheilt wird, weil es dem Beratenen überlassen bleibt, ob und wie er die Beratung verwendet. Zeitliche Begrenzung und Freiheit der Beratungsverwendung sind also weitere Strukturmerkmale, die die Annahmewahrscheinlichkeit für beratende Kommunikation erhöhen.

Die kognitive Überlegenheit, die dem Berater durch die Konsultation aufgezwungen wird, muss in der Beratung auch einlösbar sein und muss vom Berater eingelöst werden, damit der Beratene motiviert wird, die Beratung anzunehmen. Der Berater muss also über Wissen verfügen, das für die Bearbeitung des Problems des Beratenen angemessen erscheint.

Beratungsorganisationen und Berater signalisieren diese Kompetenzen dadurch, dass sie spezifizieren, in welchen Bereichen sie beraten. In vielen Fällen wird darüber hinaus am Anfang einer Beratung geklärt, ob

---

56 Dieser Begriff ist bei Oevermanns Professionstheorie zentral und wird erläutert, wenn diese Theorie weiter unten näher diskutiert wird.

57 Siehe z. B. für viele: Boehmer-Christiansen 1995: 197.

das Problem in den Bereich fällt, in dem Beratung angeboten werden kann (Großmaß 2006: 488; Kallmeyer 2000: 237). Die Überlegenheit des Wissens wird in vielen Fällen auch dadurch markiert, dass es als wissenschaftlich beziehungsweise auf Wissenschaft basierend ausgezeichnet wird. Die kognitive Überlegenheit des Beraters, die in der Beratungsinteraktion unterstellt wird, erhöht also auch die Annahmewahrscheinlichkeit der Beratung. Wenn diese Unterstellung während der Beratung brüchig wird, kann der Rat eines Beraters als eine Anmaßung beobachtet werden und die Beratungsbeziehung wird konfliktanfällig (Paris 2005: 357).

In den seltensten Fällen wird aber bei einer Beratung das überlegene Wissen einfach nur mitgeteilt und der Beratene mit dem Wissen dann alleine gelassen. Dies könnte ihn ratloser zurücklassen als vorher. In der Beratung dreht es sich hauptsächlich um das Problem des Beratenen. Dabei geht es überwiegend um lebenspraktische Probleme des Klienten, die mit sozial gültigen Problemlösungsmustern bearbeitet werden können (Dewe/Scherr 1990: 492f; Scherr 2004: 99). Der Berater bringt zwar sein Wissen ein, aber dieses muss auf das Problem des Beratenen bezogen werden (Alemann 2002: 26; Brüsemeister 2004: 261; Schützeichel 2004: 276). Dieses muss aber erst einmal zusammen mit dem Beratenen genau definiert werden (Kallmeyer 2000: 236).

Ein wichtiger und oft schwieriger Teil von Beratung ist dies, da dem Beratenen manchmal vermittelt werden muss, dass sein Problem sich vielleicht anders darstellt, als er dachte. In anderen Fällen kann oder will der Beratene nicht das Problem benennen, das ihn wirklich belastet (Alemann 2002: 28). Der Berater kann sein Wissen für die Bearbeitung des Problems entweder an den Beratenen vermitteln, um ihm Deutungskwissen für das Problem zu vermitteln (Bergmann/Goll/Wiltschek 1998: 183) oder, um das Problem des Klienten zu beurteilen und möglich Verhaltensoptionen zur Lösung zu suchen und zu präsentieren.

Wenn also in der Beratungskommunikation der Eindruck erweckt werden kann, dass es dem Berater wirklich um das Problem des Beratenen geht und er sein Wissen und seine Urteilsfähigkeit genau darauf konzentriert, bestehen wiederum höhere Annahmewahrscheinlichkeiten für die Beratung. Bei einer einfachen Wissensvermittlung, die nicht das Problem berücksichtigt, ist es unter Umständen für den Beratenen schwierig zu ermitteln, wie ihm dieses Wissen helfen soll. Wenn ein Rat ohne adäquate Berücksichtigung des Problems gegeben wird, kann er schlicht am Problem des Beratenen vorbei gehen.

Diese Problemorientierung birgt für den Berater ein Folgeproblem. Er muss die Problemsicht des Beratenen ermitteln, um das Problem, wie dieser es sieht und wie er seine Situation sieht, zu erschließen (Paris

2005: 361). Diese Sicht muss er mit einer Beobachtung des Problems von außen vermitteln. Der Berater muss das Problem erschließen und ermitteln, warum es für den Beratenen ein Problem ist. Dabei kann er Gefahr laufen, zu sehr die Sichtweise des Beratenen einzunehmen. Kommunikation, die daran anschließend in der Beratung vor allem Verständnis für die Probleme des Beratenen zum Inhalt hat, hilft dem Beratenen nicht unbedingt weiter, und er wird irgendwann fragen, was er denn nun tun solle. Daher ist die Außenperspektive, die der Berater ebenfalls einnehmen muss, so wichtig.

Diese kann er erstens einnehmen, weil er von dem Problem nicht betroffen ist und weil er über Wissen verfügt, das ihm hilft, das Problem und die Situation des Beratenen einzuschätzen. Die Außensicht lässt Lösungen für Probleme erscheinen, auf die der Beratene aufgrund fehlenden Wissens und des Umstands, dass er in seinem Problem gleichsam gefangen ist, nicht selbst kommt. Allerdings, dafür ist wieder die Ermittlung der Problemsicht des Beratenen wichtig, müssen die Lösungen auf die erreichbaren Möglichkeiten des Beratenen angepasst werden.

Die Außensicht der Probleme wird dem Beratenen in der Beratungskommunikation vermittelt. Oft wird mit dem Beratenen im Dialog eine neue Problemdefinition erarbeitet. Manchmal reicht aber schon, dass die andere Problembeschreibung mitgeteilt wird, damit ein Hauptziel von Beratung erreicht wird. Dieses Hauptziel ist, wie schon erwähnt, die Flexibilisierung der Perspektive des Beratenen. Dafür muss der Berater die Problemsicht des Beratenen und die eigene Problemsicht vermitteln, um für den Beratenen passende Problembeschreibungen zu entwickeln. Diese Vermittlung von Innen- und Außenperspektive stellt sicher, dass die Beratung problemangepasst stattfindet und trotzdem neue Perspektiven eröffnet. Damit wird auch mit diesem Strukturmerkmal die Annahmewahrscheinlichkeit der Beratung erhöht.

Aber die Vermittlung von Innen- und Außensicht stellt ein Problem für die Berater dar. Die Balance zwischen beiden zu halten ist nicht immer einfach. Bei Beratung, die unter zeitlichen und finanziellen Restriktionen stattfindet, besteht die Gefahr, dass die Ermittlung der Problemsicht des Beratenen nicht gelingt und dessen Probleme vom Berater zu schnell unter Problemtypen subsumiert werden, die dem Fall nicht angemessen sind (Scherr 2004: 102f). Die Gefahr, zu sehr die Sichtweise des Beratenen zu übernehmen, dürfte eher bei Beratung auftauchen, die nah an die Grenze von psychotherapeutischem Handeln gerät, wie bei psychosozialer Beratung. Allerdings sind im hier interessierenden Feld der Politikberatung Fälle denkbar, in denen der oder die Berater sich so sehr mit den politischen Zielen der beratenen politischen Organisation identifizieren, dass sachlich mögliche Optionen für politisches Entschei-

den gar nicht mehr in Sicht kommen. In der Sozialen Arbeit werden zur Bearbeitung dieser Probleme Supervisionen durchgeführt (Scherr 2004: 102; Schütze 2000: 90). In anderen Fällen von Beratung fehlen solche Einrichtungen.

Als letztes Strukturmerkmal ist zu nennen, dass Berater in den meisten Fällen externe Berater sind. Sie sind weder, wie gerade schon angemerkt wurde, selbst von dem Problem des Beratenen betroffen, noch stehen sie in irgendeinem Abhängigkeitsverhältnis oder Weisungsverhältnis zu den Beratenen. Außerdem darf nicht der Eindruck entstehen, dass sie den Beratenen zu einer Handlungsoption drängen, die dem Berater mehr nützt als dem Beratenen. Die Berater dürfen keine Interessen an den Ergebnissen der Entscheidungen des Beratenen haben (Schütze 2004: 277).

Es ist leicht ersichtlich, dass dieser Eindruck in der wissenschaftlichen Beratung innerhalb der Forschungspolitik nur schwer aufrecht zu erhalten ist. Hier vermischen sich Beratung und Interessenvertretung (Patzwaldt/Buchholz 2006: 462). Gerade in der Unternehmensberatung sind die Berater nicht immer unabhängig, da sie ihrem Auftraggeber verpflichtet sind, der sie bezahlt, und dies ist meistens die Leitung des Unternehmen, das beraten werden soll. In solch einem Abhängigkeitsverhältnis ist es nicht immer leicht auch dem Management Maßnahmen vorzuschlagen, die diesem nicht willkommen sind. Außerdem untergraben sie die Autorität des Managements, da sie dessen Entscheidungen ja gerade daraufhin beobachten, ob andere Entscheidungen besser sind (Baecker 2003: 338ff). Noch verschärft stellt sich dieses Problem internen Beratungsabteilungen in Unternehmen.<sup>58</sup>

Insgesamt gesehen ist der Prozess der Beratung unsicher. Für den Beratenen besteht die Unsicherheit vor allem darin, dass er nicht wissen kann, ob ihm die Beratung bei seinem Problem hilft. Weiterhin kann er nur schwer absehen, was ihn innerhalb des Beratungsprozesses erwartet und welche Lösungen ihm angeboten werden. Wegen dieser Unsicherheit ist es grundsätzlich unwahrscheinlich, dass überhaupt Beratung nachgefragt wird.

Es ist aber trotz dieses Umstands möglich, sich in diese unsicheren Situationen zu begeben, weil zum einen das Problem so drängend sein kann, dass keine andere Wahl besteht, als um Rat zu fragen. Persönliche Kenntnis des Ratgebers und Nichtöffentlichkeit der Beratung können zum anderen auch helfen, Motivation zu gewinnen, sich in die unsichere Situation zu begeben. Wenn etwas schief geht, wissen nur die beiden Personen, dass um einen Rat gebeten wurde (Paris 2005: 355). Drittens

---

58 Siehe insgesamt zu interner Unternehmensberatung: Klein 2002.

ist es möglich, sich in so eine Situation zu begeben, wenn Hinweise vorliegen, dass der Berater ein kompetenter Berater ist, der beim Problem hilft und von dem bekannt ist, dass er schon mehrfach erfolgreich beraten hat.

Beratungsunternehmen geben dies z. B. mittels Referenzen auf ihren Webseiten an. Die Auswahl wissenschaftlicher Politikberater läuft oft vor allem über deren fachliche Qualifikation, aber auch die Erfahrung bei anderen Beratungsaufträgen ist von Bedeutung. Neben persönlicher Bekanntschaft spielt zudem die politische Grundausrichtung bei der Auswahl von Politikberatern eine Rolle.

Bei öffentlich finanzierter Beratung, wie die der Sozialen Arbeit, wird eher darauf vertraut, dass die angestellten Berater gut ausgebildet sind, sorgfältig ausgewählt wurden und daher kompetent sind. Der Ratsuchende kann diese Umstände als Anlass nehmen, der Kompetenz, hier verstanden als Fähigkeit, spezifische Wissensbestände effektiv als Mittel zur Lösung von Lebensproblemen zu nutzen (Parsons 1990: 302ff), von Beratern zu vertrauen, ihm bei seinem Problem zu helfen. Es gibt also eine institutionelle Vermittlung von Vertrauenswürdigkeit, die einem Ratsuchenden ermöglicht, sich in die unsichere Situation der Beratung zu begeben.<sup>59</sup>

Der Berater ist demgegenüber mit der Unsicherheit, die innerhalb des Beratungsprozesses besteht, konfrontiert. Da ihm die Steuerung der Interaktion obliegt und er die Leistung der beratenden Kommunikation erbringen muss, ist er es auch, der mit der Unsicherheit der Kommunikation innerhalb des Beratungsprozesses konfrontiert ist.

Erstens hat es der Berater immer mit intransparenten Systemen zu tun, seien es Personen oder Organisationen. Er kann nie genau wissen, ob er das Problem des Beratenen richtig beobachtet hat (Paris 2005: 374). Dies bedeutet auch, dass er nicht genau weiß, ob er sein Wissen richtig eingesetzt hat. Der Bezug auf den Einzelfall ist immer schwierig, weil es keine Standards für diese Anwendung gibt, da die Einzelfälle kaum generalisierbar sind (Alemann, A. 2002: 37).

---

59 Siehe zu dem Gedanken einer institutionellen Vermittlung von Vertrauenswürdigkeit: Di Luzio 2005: 76ff, 82 und Di Luzio 2004: 9f. Die Autorin entwickelt ihre Argumentation zwar am Beispiel von Professionen, aber ihre Gedanken erscheinen übertragbar. Einige Felder von Beratung weisen ebenfalls Berufsorganisationen und Institutionen wie codes of conduct auf, denen Luzio die Funktion der Vermittlung von Vertrauenswürdigkeit zuschreibt. Di Luzio arbeitet bei ihrer Argumentation mit Luhmanns Vertrauensbegriff, der hier im Moment nicht weiter diskutiert werden muss. Siehe zu Luhmanns Vertrauensbegriff mit den dazugehörigen Literaturhinweisen: Endress 2002: 30-34.

Zweitens ist es nicht vorhersehbar, wie der Beratene auf die Kommunikationsangebote in der Beratung reagiert, da ein Berater auch unangenehme Fragen und Diagnosen stellen muss. Dies kann auf starke Ablehnung beim Beratenen stoßen. Die gesamte Tätigkeit ist also kaum standardisierbar und kann daher auch nicht durch die Ausbildung noch so komplexer Routinen technisiert werden (Bohl/Kühn 2004: 61).

Drittens ist der Erfolg von Beratung nur schwer feststell- geschweige denn messbar. Es ist kaum möglich, nach einer Beratung zu ermitteln, was passiert wäre, wenn die Beratung nicht stattgefunden hätte (Fuchs/Mahler 2000: 363). Weiterhin sind gerade Organisationen so komplex, dass nur schwer festzustellen ist, welche Maßnahmen welche Wirkungen hatten (Paris 2005: 375).

Der hier angelegte Maßstab des Erfolgs einer Beratung ist einer, der als Außenbeobachtung angelegt wird und relativ abstrakt ist. Die Beteiligten einer Beratung werden andere Kriterien für Erfolg haben, und genau von diesen Kriterien wird es abhängen, ob die Beteiligten einer Beratung diese als Erfolg werten. Ob z. B. die Steigerung des Umsatzes bei einem Unternehmen einer Unternehmensberatung oder Marktänderungen zugerechnet wird, bleibt der Konstruktion der Akteure überlassen.

Trotz dieser Nichtstandardisierbarkeit der Beratung entwickeln Berater Routinen, da sich in ihrer Praxis trotz aller Einzigartigkeit der Fälle doch typische Situationen finden, die einigermaßen routiniert abgearbeitet werden können. Weiterhin ist zumindest denkbar, dass Berater auch Routinen entwickeln, wie sie mit schwierigen Ratsuchenden umgehen. Dabei besteht allerdings immer die Gefahr, dass bei der Anwendung der Routinen der Bezug auf das Problem des Einzelfalls vernachlässigt wird. Diese Spannung lässt sich kaum lösen (Schütze 2000: 79). Weiterhin dürfte auch in diesen Fällen Supervision als Routinekontrolle der Beratungspraxis<sup>60</sup> eine Einrichtung sein, die die Unsicherheit bearbeitet, indem Berater sich in ihrem Vorgehen von Kollegen bestärken lassen oder Vorschläge für ein anderes Vorgehen erhalten. Dem Berater stehen also Routinen und manchmal Supervision zur Verfügung, um die Unsicherheit der Beratungssituation auszuhalten.

Damit sind alle Strukturmerkmale, die innerhalb von Beratungsbeziehungen relevant sind, dargestellt worden. Sie lassen sich alle als

60 Oevermann schreibt der Supervision die Funktion einer Routinekontrolle von professionalisierter Arbeit zu. Akute Probleme bei der konkreten Arbeit mit Fällen einzelner Therapeuten können hier nicht bearbeitet werden, dafür braucht auch der Therapeut Beratung. Auch wenn sich die Überlegungen von Oevermann auf therapeutische Praxis beziehen, scheinen die Befunde zur Funktion von Supervision übertragbar. Siehe Oevermann 2003: 65, 67 Anm. 15.

Strukturen beschreiben, die die drei Folgeprobleme Asymmetrie, Vermittlung von Innen- und Außensicht und Unsicherheit bearbeiten. Diese drei Probleme lassen sich aus dem Hauptproblem der Beratungsbeziehung ableiten, nämlich Annahmefähigkeit für Kommunikation beim Beratenen zu erzeugen, beziehungsweise wahrscheinlich zu machen.

Damit beratende Kommunikation erzeugt und mit Annahmewahrscheinlichkeit versehen werden kann, muss das Problem der Asymmetrie zwischen beiden Rollen bearbeitet werden, die Vermittlung von Innen- und Außensicht muss geleistet werden und beide Rollen müssen die Unsicherheit der Situation ertragen sowie mit ihr umgehen. Wenn dies gelingt, ist es möglich, dass das Ziel von Beratung, nämlich dem Beratenen wieder zur Fähigkeit der autonomen Verhaltenswahl zu verhelfen, erreicht wird. Die folgende Tabelle stellt diese Überlegung schematisch dar.

*Tabelle 1: Probleme und Strukturen der Beratungsbeziehung*

<b>Ziel von Beratung</b>	<b>Hauptproblem</b>	<b>Folgeprobleme</b>	<b>Strukturmerkmale</b>
Beratenen wieder zu eigenständiger Verhaltenswahl verhelfen	Annahmefähigkeit von Kommunikation, die zur Problemlösung beiträgt, erzeugen	Asymmetrie	Freiwilligkeit Zeitliche Befristung Überlegenes Wissen Problembezug Unabhängigkeit
		Vermittlung von Innen- und Außensicht	(Supervision)
		Unsicherheit	Vertrauen Routinen (Supervision)

Im ersten Abschnitt dieses Kapitels wurde dargelegt, dass die Kommunikation von Beratungsinteressen oder -absichten immer die Rolle Berater und Beraterer konstituiert. Weiterhin wurde auch festgestellt, dass diese Kommunikation nur Organisationen und Personen sinnvoll zugeordnet werden kann.<sup>61</sup> Rollen wiederum wurden als Bündel von Erwartungen definiert. Die gerade angegebenen Strukturmerkmale wurden schon bei ihrer Thematisierung und Diskussion immer den Rollen zugeordnet. Dies wurde aber bisher nicht explizit genug getan und soll daher hier zusammenfassend geschehen.

61 Auch Meier betont, dass Beratung immer handlungsfähige Akteure unterstellen muss. Damit trägt und stabilisiert Beratung die Unterstellung, Personen und Organisationen seien handlungsfähige Akteure. Siehe: Meier 2004: 229ff.

Die Erwartungen, um die es hier geht, sind nur diejenigen, von denen angenommen wurde, dass sie, wenn ihnen durch die Rollenträger entsprochen wird, den Erfolg von Beratungskommunikation wahrscheinlich machen. Obwohl die Strukturmerkmale und damit die Erwartungen teilweise durch die Auswertung empirischer Untersuchungen gefunden wurden, bleiben sie hier doch theoretisch hergeleitet.

Das bedeutet, es wird nicht unterstellt, dass in jeder Beratungskommunikation diese Erwartungen in der Kommunikation aufzufinden sind. Es wird aber unterstellt, dass Beratungsbeziehungen, die wichtige Strukturmerkmale, verstanden als Erwartungen an die beiden Rollen, nicht aufweisen, beziehungsweise die Kommunikation diesen Erwartungen nicht entspricht, leicht erfolglos bleiben oder in Konflikt umschlagen. Es ist selbstverständlich, davon auszugehen, dass in empirisch beobachtbaren Beratungssituationen noch andere Erwartungen zu finden sind, die an die Rollen gerichtet werden. Derartige weitere Erwartungen können im Einzelfall nur durch eine empirische Analyse ermittelt werden.

Die Erwartungen an die Rolle des Beratenen sind somit Freiwilligkeit und Vertrauen. Dem Beratenen wird unterstellt, dass er freiwillig um Rat bittet, und der Beratene muss dem Berater vertrauen. Nur so kann von ihm in der Interaktion erwartet werden, dass er bereit ist, auch unangenehme Ratschläge anzunehmen. Weiterhin kann es vorkommen, dass der Beratene unangenehme Fragen beantworten muss. Dies wird er tun, wenn er dem Berater vertraut. Ebenso hilft ihm generalisiertes Vertrauen, die Unsicherheiten der Beratungsinteraktion auszuhalten.

Die Erwartungen an die Rolle des Beraters sind vielfältiger. Von ihm wird erwartet, dass er über überlegenes Wissen verfügt, das er anwendet, um die Probleme des Beratenen zu bearbeiten. Diese Probleme soll er genau ermitteln und bei seiner Lösungssuche im Blick halten. Drittens wird von ihm erwartet, dass er unabhängig ist, also frei von Abhängigkeiten vom Beratenen und auch ohne eigene Interessen am Beratungsergebnis. Die Unsicherheiten des Beratungsprozesses soll er routiniert gestalten. In einigen Kontexten von Beratung wird von Beratern erwartet, dass sie ihre eigene Praxis in Supervisionen kritisch reflektieren. Schematisch sind die Erwartungen an die Rollen in der folgenden Tabelle dargestellt.



*Tabelle 2: Rollenerwartungen der Beratungsbeziehung*

Erwartungen an die Rollen	
Berater	Beratener
Überlegenes Wissen Problembezug Unabhängigkeit Routinen	Freiwilligkeit Vertrauen

Das Strukturmerkmal der Vermittlung von Innen- und Außensicht ist nicht im engen Sinne als eine Erwartung an die Rolle des Beraters in der Beratungsbeziehung zu verstehen. Die Vermittlung ist ein Problem, das sich dem Berater stellt, wenn er erfolgreich beraten will. Problembezug und überlegenes Wissen werden in der Beratungsinteraktion vom Berater erwartet, aber die Bearbeitung des Problems der Vermittlung ist Voraussetzung erfolgreicher Beratung, und diese wird allein dem Berater zugemutet. Für die Bearbeitung dieses Problems gibt es in der Beratungsbeziehung kein Strukturmerkmal.

Nachdem die Strukturmerkmale von Beratungsbeziehungen im Allgemeinen herausgearbeitet wurden und diese als Teil eines Bündels von Erwartungen, die die Rollen Berater und Beratener bilden, identifiziert wurden, ist es nun nötig, diese allgemeinen Überlegungen auf den spezifischen Fall von Beratung zu spezifizieren, der hier interessiert, nämlich den der wissenschaftlichen Politikberatung.

### 3. WISSENSCHAFTLICHE POLITIKBERATUNG

Wie im Kapitel zum Stand der Forschung gezeigt wurde, sind in der Literatur zur wissenschaftlichen Politikberatung kein einheitliches Verständnis und kein systematischer Begriff der wissenschaftlichen Politikberatung zu verzeichnen. In so einer Lage ist es sinnvoll, anders als in der dort diskutierten Literatur anzusetzen. Wie schon deutlich wurde, soll dies hier mit dem gerade entwickelten Begriff von Beratung geschehen. Dieser ist aber nur erst einmal ganz allgemein darauf eingestellt, deutlich zu machen, was unter Beratung verstanden werden kann.

Dieses allgemeine Konzept des Beratungsbegriffs muss nun für die wissenschaftliche Politikberatung spezifiziert werden. Dies wird in diesem Abschnitt geschehen. Es wird dargelegt, was genau unter wissenschaftliche Politikberatung verstanden wird, um ein Verständnis von wissenschaftlicher Politikberatung zu gewinnen, das geeignet ist, die empirischen Fälle zu analysieren. Dabei soll das Verständnis vor allem

dazu dienen aufzuschlüsseln, unter welchen Bedingungen diese Beratung stattfindet und warum wissenschaftliche Politikberatung eine Praxis ist, die so leicht problematisch wird.

Bei wissenschaftlicher Politikberatung geht es dem Wortsinn nach darum, Politik mit Wissenschaft zu beraten. Politik ist – auch hier wird Luhmann gefolgt – ein System, das sich mittels politischer Kommunikation als Elementareinheit reproduziert. Die Funktion des Systems ist es, Kapazität für kollektiv bindendes Entscheiden bereit zu halten (Japp/Kusche: 517; Luhmann 2000b: 84). Es stellt die Möglichkeit bereit, im System Entscheidungen zu treffen, von denen erwartet werden kann, dass ihnen auch außerhalb des Systems gefolgt wird. Das bedeutet, dass diese Entscheidungen auch Verhalten beeinflussen können, das außerhalb des Politiksystems stattfindet.

Entscheidungen dieser Art werden von politischen Organisationen oder politischen Personen – also Politikerinnen oder Politikern – getroffen. Politischen Organisationen können Parlamente, Verwaltungen, Regierungen sein (Luhmann 2000b: 228ff). Im Umfeld dieser zentralen Organisationen gibt es weitere, wie Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, andere Interessenverbände und NGOs, deren Kommunikation sich auch auf die politischen Entscheidungen bezieht, die aber keine Entscheidungen treffen können, die mehr Personen bindet als die eigenen Mitglieder. Vor allem Parteien saugen Themen auf und transformieren sie in politische Themen und Probleme (Luhmann 2000b: 245f; Nassehi 2002: 42).

Themen werden zu politischen Problemen, die einen Entscheidungsbedarf suggerieren, indem Vergangenheit und Zukunft als Unterscheidung in der Beobachtung von natürlichen oder gesellschaftlichen Prozessen eingesetzt wird. Die Vergangenheit wird als nicht mehr änderbar unterstellt, aber die Zukunft wird als änderbar und bestimmbar angesehen, obwohl die Zukunft prinzipiell unbekannt ist (Kusche 2007: 3f; Luhmann 2000b: 145f). In der Vergangenheit werden Zustände oder Entwicklungen beobachtet, die zwar in der Vergangenheit nicht mehr änderbar sind, aber es wird angenommen, dass es so nicht bleiben muss, sondern dass es Alternativen in den zukünftigen Verläufen gibt. Diese Verläufe werden als durch gegenwärtige Entscheidungen beeinflussbar unterstellt (Luhmann 2000b: 147).

Beeinflussung der Verläufe wird in den Fällen als notwendig betrachtet, in denen Zustände der Vergangenheit und ihre weiteren Entwicklungen als unvereinbar mit allgemeinen Werten wie Gemeinwohl, Gerechtigkeit oder Freiheit, daraus abgeleiteten politischen Zielen oder

Interessen angesehen werden.<sup>62</sup> Zu Themen wie beispielsweise der Arbeitslosigkeit, die oft von den Massenmedien verbreitet werden (Luhmann 1996a: 28f), werden Beiträge und Stellungnahmen abgegeben, die Zustände berichten und diese als unhaltbar oder besorgniserregend einschätzen. In vielen Fällen wird daran anschließend ein Handeln der Politik gefordert. Damit ist das politische Problem geschaffen, das einer politischen Entscheidung bedarf (Luhmann 2000b.: 300ff).

Damit ist aber nur der Entscheidungsbedarf etabliert. Wie die Zustände in der Zukunft so beeinflusst werden können, dass sie kein Problem mehr darstellen, ist damit noch nicht geklärt. Die zentralen politischen Organisationen eines Staates können, wie gesagt, Entscheidungen treffen, von denen erwartet werden kann, dass sie das Verhalten der Organisationen und Personen innerhalb des Staatsgebiets beeinflussen. Bei einem politischen Problem wird unterstellt, dass genau diese politischen Entscheidungen das Problem auch lösen können (Kusche 2007: 4).

Typischerweise gibt es mehrere unterschiedliche Vorschläge, wie die problematischen Zustände geändert werden können. Zwischen diesen Vorschlägen muss entschieden werden. Oft herrscht in der politischen Kommunikation und bei den Organisationen sowie bei den Politikern Unsicherheit, ob und wie die unterschiedlichen Vorschläge wirken. Die Entwicklung und Beurteilung solcher Vorschläge ist gleichsam das Einfallstor für Beratung.

Allerdings orientiert sich politische Kommunikation nicht nur an den sachlichen Wirkungen von Entscheidungen. In dieser Kommunikation geht es auch um die Konsenschancen der Alternativen. Unter demokratischen Bedingungen ist die Machtposition, die die Akzeptanz von politischen Entscheidungen auch außerhalb des Systems wahrscheinlich macht, an politische Ämter gebunden, die Politiker beziehungsweise die Parteien durch Wahl erlangen und auch wieder verlieren können.

Politische Macht basiert dabei auf der Verfügung über negative Sanktionsfähigkeit, mit der glaubhaft gedroht werden kann, wenn Entscheidungen nicht befolgt werden (Luhmann 2000b: 52ff). Allerdings ist Macht ein prekäres Medium. Wenn die Sanktion ständig eingesetzt wer-

---

62 Um Missverständnisse zu vermeiden, sei angemerkt, dass hier Werte, Präferenzen, Ziele oder Interessen als kommunikative Strukturen aufgefasst werden. Nur wenn sie in der Kommunikation explizit oder latent erwartet werden, sind sie sozial wirksam. So stellen Werte und Interessen in der politischen Kommunikation die beiden kommunikativen Konstrukte dar, mittels derer sich das politischen Gedächtnis bildet. Mittels dieser beiden Komponenten können Erwartungen über Adressen in der politischen Kommunikation gebildet und in Rechnung gestellt werden. So ist dann abschätzbar, wer welche Werte aufgrund welcher Interessen vertritt. Siehe dazu: Luhmann 2000b: 181ff.

den muss, wird deutlich, dass niemand mehr den Entscheidungen folgt. In der Demokratie wird dieses Problem dadurch gelöst, dass die Wähler ihre Regierung gewählt haben und quasi durch einen Vertrauensvorschuss davon ausgehen, dass die Regierung Entscheidungen fällen wird, die in ihrem Sinne sind und sie daher befolgen (Nassehi 2002: 46f). Nun sind aber nicht ständig Wahlen, so dass die Amtsinhaber durch »Meinungsbildung« in den Parteien und Beobachtung der Debatten in der von den Massenmedien repräsentierten Öffentlichkeit versuchen herauszufinden, was zumindest bei großen Teilen der Wähler auf Zustimmung stößt.<sup>63</sup>

Im Vorfeld der eigentlichen kollektiv verbindlichen Entscheidung, wenn also ein Gesetz durch das Parlament und in Deutschland in einigen Fällen durch den Bundesrat beschlossen wird, ist in hohem Ausmaß politische Kommunikation zu beobachten, die Stellungnahmen zu den Problemen, erste Lösungsvorschläge, Kritik an den Vorschlägen, erste Gesetzentwürfe oder Programmentwürfe eines Ministeriums usw. beinhaltet.<sup>64</sup>

Diese Kommunikation wird in der politischen Kommunikation sehr genau beobachtet und Adressen, seien es Politiker oder Organisationen, als Mitteilung zugerechnet, beziehungsweise die Kommunikation ordnet sich selbst diesen Adressen zu. Da Stellungnahmen und Positionierungen zu Alternativen immer auch anders hätten ausfallen können, werden auch sie als Entscheidungen der jeweiligen Mitteilenden behandelt. Auch diese politische Kommunikation ist also als politische Entscheidung beobachtbar und somit Operation des politischen Systems (Kusche 2007: 6).<sup>65</sup> Für eine Gestaltung dieser Prozesse gibt es Berater, die »po-

63 Dies bleibt selbstverständlich alles eine Konstruktion des politischen Systems. Siehe: Luhmann 2000b. 290f und 294f.

64 Dieser Kommunikationsprozess wird in der politikwissenschaftlichen Literatur zu analytischen Zwecken – und nur dazu ist er nötig und sinnvoll – als ein Politikzyklus dargestellt, der die ganzen Vorgänge in die Phasen Politikformulierung, Entscheidungsstadium, Kontrollstadium und Reformulierung ordnet. Siehe dazu mit Würdigung der Kritik am Politikzyklusmodell: Beyne 1997: 12ff.

65 Die Herstellung und die Darstellung von politischen Entscheidungen gehören zur politischen Kommunikation, wie Japp und Kusche deutlich machen. Siehe: Japp/Kusche 2004: 521. Wobei die Entscheidung selbst unsichtbar ist in dem Moment, in dem sie stattfindet. Erst wenn eine Wahl einer Alternative kommuniziert wird, oder die Entscheidung der Zustimmung zu einer Alternative kommuniziert wird, ist die Kommunikation des politischen Systems. Siehe dazu: Luhmann 2000a: 135ff. Dort finden sich auch die Ausführungen zum Entscheidungsbegriff wie er hier verwendet wird. Siehe: Luhmann 2000a: 132-147.

litical consultants« oder strategischen Politikberater.<sup>66</sup> Deren Beratung basiert nicht so sehr auf wissenschaftlichem Wissen, sondern eher auf Erfahrungen in der Praxis der politischen Kommunikation.

Um die Beratung dieser »political consultants« soll es hier nicht primär gehen, sondern um die – wie sie auf Englisch heißen – »policy adviser«. Mit »policy adviser« sind typischerweise die Berater gemeint, die bei der Entwicklung von Lösungsvorschlägen politischer Problemen beraten und dafür wissenschaftliches Wissen nutzen. Damit Lösungen für politische Probleme entwickelt werden können, benötigt die politische Kommunikation Kausalschemata. Die Probleme müssen auf Ursachen zurückgeführt werden, die als änderbar angesehen werden können. Oder die Probleme müssen als durch Bedingungen beeinflussbar darstellbar sein, die durch politische Entscheidungen änderbar sind. In der politischen Kommunikation gibt es für Standardthemen eine Menge von Kausalschemata, die zu Skripts zusammengefasst in der Kommunikation zur Verfügung stehen.

Beispielsweise ist bekannt, dass Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit verringert, allerdings nicht das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit löst. Es ist ebenfalls bekannt, dass Kohlenstoffdioxid den Klimawandel beschleunigt und zur Erhöhung der Durchschnittstemperatur auf der Erde beiträgt, was katastrophale Auswirkungen hat. Es ist hier nicht wichtig, ob diese Kausalschemata »wirklich« stimmen. Wichtig ist, dass in der politischen Kommunikation diesen Skripts zugestimmt, beziehungsweise über ihre Stimmigkeit diskutiert wird, sie also soziale Wirkungen haben. Mit der Hilfe der Schemata und Skripts ist es möglich, unterschiedliche Lösungen für die politischen Probleme vorzuschlagen und am Ende eine Entscheidung für eine Möglichkeit zu fällen.

Daran anschließend kann beobachtet werden, ob sich Wirkungen, wie erwartet, einstellen. Im Erfolgsfalle können diese auf die eigenen Entscheidungen zurückgeführt werden. Es gibt in der politischen Kommunikation weiterhin Skripts, die eher mit Konditionalschemata arbeiten. Ein Beispiel für ein derartiges Schema wäre: Wenn es einen Anstieg von rechtsradikaler Gewalt gibt, ist dies nicht zu tolerieren und die Behörden müssen stärker durchgreifen. Diese Skripts können auch zur Suche nach Kausalitäten führen, um z. B. den Anstieg der rechtsradikalen Gewalt zu erklären. Für die Generierung der Konditionalschemata werden jedoch selten wissenschaftliche Berater, um die es hier ja gehen soll, herangezogen. Die Aufgabe der wissenschaftlichen Berater ist in den meisten Fällen die gezielte Suche nach Kausalschemata.

---

66 Siehe zu strategischen Politikberatern mit weiteren Literaturhinweisen: Plassner 2006. Zu den political consultants siehe: Althaus 1998.

Allerdings werden Kausalschemata nicht nur durch die Beratung in der politische Kommunikation generiert. Sie können auch durch die Rezeption veröffentlichter wissenschaftlicher Kommunikation in die politische Kommunikation gelangen. In einigen Fällen wird die Verbreitung von Skripts durch Wissenschaftler aktiv betrieben, wie die Debatte um den Klimawandel zeigt.<sup>67</sup> Auch advokatorische Think Tanks, also solche, die sich der Beförderung gewisser politischer Grundanliegen verschrieben haben (Thunert 2001: 235), Forschungsinstitute, die den Sozialpartnern nahe stehen oder Stiftungen (Welzel 2006: 279) veröffentlichten Studien und Positionspapiere. Außeruniversitäre Forschungsinstitute, die versuchen, ihre Forschungen publik zu machen und als politikrelevant darzustellen, um Beratungsaufträge zu erhalten (Patzwaldt 2007: 187), betätigen sich ebenfalls auf diesem Gebiet der öffentlichen Kommunikation.

In diesen Veröffentlichungen werden bestimmte Kausalschemata angeboten, die helfen sollen, politische Probleme zu lösen. Auch wenn diese Publizistik nicht direkt von politischen Organisationen und Personen beobachtet wird, kann beobachtet werden, wie die Kausalannahmen in der durch die Massenmedien repräsentierten öffentlichen Meinung (Luhmann 1996a: 188) diskutiert werden. So kann frühzeitig abgeschätzt werden, welche Kausalschemata und damit welche Lösungen eher Chancen auf Konsensbekundungen haben und welche gar nicht (Luhmann 2000b: 303).

Diese Produktion von Kausalschemata und Anbieten in der politischen Kommunikation, indem sie über Verbreitungsmedien veröffentlicht werden, soll hier nicht als Beratung im engeren Sinne verstanden werden. Dies würde Beratung von der Kommunikation ununterscheidbar machen, die in der gesamten politischen Publizistik betrieben wird. Oft wird die Tätigkeit von Forschungsinstituten, Think Tanks, aber auch Kommissionen, die explizit zur wissenschaftlichen Beratung von politischen Organisationen und Personen eingesetzt wurden, als Beratung der Öffentlichkeit oder sogar Aufklärung der Öffentlichkeit bezeichnet (Brown/Lentsch/Weingart 2006: 57; Thunert 2003: 37; Cassel 2005: 185). Solchen Begriffen kann hier nicht gefolgt werden, da die Öffentlichkeit keine Adresse hat, der man Handlungsfähigkeit unterstellen kann, geschweige denn, dass der Öffentlichkeit insgesamt Handlungsfähigkeit unterstellt werden kann. Die Unterstellung von Handlungsfähigkeit ist aber für Beratung, wie schon gezeigt wurde, konstitutiv.

Wenn aber die Öffentlichkeit als Menge der Bürger eines Staates vorgestellt wird (Habermas 1999: 269), dann wären diese als einzelne

---

67 Siehe zur Entwicklung dieser Debatte. Weingart 2001: 272-280.

Adressaten mit Handlungsfähigkeit vorstellbar. Es ist allerdings kaum davon auszugehen, dass alle Bürger die Veröffentlichungen der genannten Organisationen und Kommissionen zur Kenntnis nehmen. Außerdem haben die meistens nicht um den Rat gefragt, und es wurde gezeigt, dass nicht nachgefragter Rat keine sehr hohen Annahmehaussichten hat. Weiterhin ist nicht ersichtlich, warum jeder Bürger die gesamte politische Kommunikation zur Kenntnis nehmen sollte.

Auch die Sammlung von Informationen, wie sie teilweise die wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages betreiben (Winter 2006: 206), und die Sammlung und Produktion von Daten und Informationen, womit das Statistische Bundesamt beauftragt ist, die also die politischen Organisationen selbst betreiben, soll hier nicht unter wissenschaftlicher Beratung subsumiert werden. Auch wenn es eventuell möglich wäre, diese Arten der Informationsvermittlung mit dem hier entwickelten Beratungsbegriff zu analysieren, würde dies den Begriff der wissenschaftlichen Politikberatung zu unscharf machen.

Wissenschaftliche Politikberatung wird, wie schon gezeigt, in der Forschungsliteratur relativ breit als das Liefern von wissenschaftlichen Informationen an politische Organisationen und Politiker verstanden (Kevenhörster 2003: 482; Thunert 2001: 223f). Wenn aber einer derart breiten Auffassung gefolgt wird, gerät der Unterschied zwischen Information und Wissen aus dem Blick. Der komplizierte Vermittlungsprozess von Wissen an die Adressaten wird mit dem Wort Liefern verdeckt und die Möglichkeit, zwischen nachgefragter und nicht nachgefragter Beratung zu unterscheiden, geht verloren. Weiterhin wird mit diesem Verständnis nicht berücksichtigt, dass es bei Beratung nicht nur um das Liefern von Informationen geht, sondern um den Auftrag oder die Bitte, bei Entscheidungsproblemen zu unterstützen.

Analysen wissenschaftlicher Politikberatung, die von diesen Grundverständnissen ausgehen, fokussieren ihre Analysen oft auf die Qualität des wissenschaftlichen Wissen, das geliefert wird, beziehungsweise auf das Wissen, das für die Beratung produziert wird.<sup>68</sup> Die eigensinnige Verarbeitung der »gelieferten Informationen« durch die politischen Akteure (Bröchler 2004: 34) übersehen diese Analysen. Auch den eigentlichen Prozess der Beratung nehmen sie kaum in den Blick. Genau dies ist aber hier das Ziel. Daher wird hier ein anderer engerer, aber dafür trennscharfer Begriff von wissenschaftlicher Politikberatung vorgeschlagen.

Die Ausführungen des vorhergehenden Abschnitts wieder aufnehmend, soll hier nur von wissenschaftlicher Politikberatung die Rede

---

68 Siehe z. B.: Collins/Evans 2002; Collingridge/Reeve 1986: 30ff; Douglas 2005: 154-157; Nowotny 2005: 37f.

sein, wenn es darum geht, wissenschaftliches Wissen auf politische Probleme zu beziehen, mit dem Ziel, die Problemsichten und damit auch -beschreibungen der politischen Organisationen oder Personen zu ändern, so dass neue Entscheidungsmöglichkeiten in Sicht kommen und diese neuen sowie bestehenden Möglichkeiten kompetenter beurteilt werden können.

Es wird also angenommen, dass das allgemeine Ziel von Beratung, nämlich den Beratenen wieder zu eigenständiger Verhaltenswahl zu verhelfen, im Allgemeinen auch bei wissenschaftlicher Politikberatung unterstellt werden kann, und in vielen Fällen – bestimmt nicht in allen – auch in der Kommunikation unterstellt wird. Damit der Berater dies erreichen kann, muss er Kommunikation anbieten, die zur Problemlösung beiträgt. Dafür muss er über überlegenes Wissen verfügen, welches hier wissenschaftliches Wissen ist, und er muss es auf das Problem des Beratenen, der Politiker, eine politische Organisation oder ein Repräsentant dieser Organisation sein kann, beziehen. Nun muss allerdings geklärt werden, was hier unter wissenschaftlichem Wissen verstanden wird, und welcher Art die Schwierigkeiten sind, die politische Akteure haben, die dazu führen, dass wissenschaftliche Politikberatung eingeholt wird.

Wissen kann erst einmal ganz allgemein – auch hier wird Luhmann gefolgt – als kondensierte Beobachtungen, die durch Wiederverwendung stabilisiert wurden, definiert werden (Luhmann 1992: 122f). Dabei muss in der Kommunikation immer schon unterstellt werden, dass etwas gewusst wird.<sup>69</sup> Es müssen beispielsweise Sinnformen wie Auto als schon bekannt unterstellt werden, um über Sommerreifen reden zu können. Außerdem müssen stabilisierte Sinnformen unterstellt werden, damit eine Information als Information unterscheidbar ist.

Eine Information ist ein mitgeteilter Unterschied, der einen Unterschied macht und diesen Unterschied macht er erst bezüglich schon bekannter Beobachtungen, also Wissen (Luhmann 1996: 102ff, Luhmann 1996a: 39ff). Eine Beobachtung, die mitgeteilt wird, z. B. der Stand eines Börsenindex, wird dann zur Information, wenn sie einen Unterschied zu bekannten Beobachtungen macht, wie etwa dem Stand des Börsenindex vom vorherigen Tag. Durch die Meldung des Börsenindex als mitteilenswerte Information wird gleichsam von dieser Mittei-

---

69 Luhmann bezeichnet Wissen darüber hinaus auch als Resultat der strukturellen Kopplung des gesamten Gesellschaftssystems mit den psychischen Systemen von Menschen. Siehe dazu: Luhmann 1992: 164. Dies verweist auf einen anderen Komplex der Luhmannschen Systemtheorie, dem der strukturellen Kopplung. Dieser Theoriekomplex und speziell die strukturelle Kopplung der Gesellschaft mit psychischen Systemen ist hier nicht von Interesse.



lung wiederum selbst unterstellt, dass der alte Stand bekannt war, oder dass der mitgeteilte Stand im Lichte anderer bekannter Beobachtungen »bemerkenswert« ist. Da es nicht möglich ist »Mitteilungsabsichten« einem Kommunikationsereignis zuzurechnen, wird dies der mitteilenden Adresse zugerechnet. So entstehen Adressaten mit Absichten, Motiven usw. in der Kommunikation (Luhmann 1996: 227f).

In Anlehnung an Karl E. Weick und Luhmann können die Sinnformen, die als Wissen vorliegen, auch als Schemata und Skripts bezeichnet werden (Weick 1998: 226, Luhmann 1997: 110f). Sie können als einfache Attributationsschemata vorliegen, die zum Inhalt haben, was wie bezeichnet wird. Es gibt Konditionalschemata, die wenn ... dann ... Beziehungen ausdrücken, und Kausalschemata, die Wirkungen ausdrücken. Wenn solche Schemata zusammengefügt werden, die Entwicklungen und Wirkungen behaupten, also Sequenzierungen einführen, kann von Skripts gesprochen werden. Diese Skripts werden, wie schon angedeutet, in der politischen Kommunikation oft verwendet (Luhmann 2000b: 155f).

Wissen kann damit als die Menge der unzähligen Schemata und Skripts aufgefasst werden, die in der Kommunikation angewählt werden können.<sup>70</sup> Sie haben die Funktion, Kommunikation zu erleichtern, da sie generalisiert genug sind, um in unterschiedlichsten Situationen angewendet werden zu können, und weil sie, solange die Anwendung der Schemata beziehungsweise die Schemata selbst nicht bestritten werden, Anschlüsse in der Kommunikation erleichtern, indem sie als Prämissen weiterer Kommunikation übernommen werden können. Auf diese Art muss nicht ständig in der Kommunikation geprüft werden, was genau mit Auto gemeint ist, oder ob ein bestimmtes Kausalschema »wirklich« stimmt. Das kann selektiv geschehen, aber nicht immer und ständig für jedes Schema.

Wissen kommt in der Gesellschaft überall vor, in allen Interaktionen, Organisationen und Funktionssystemen. Als Kategorie steht Wissen quer zur funktionalen Differenzierung der modernen Gesellschaft (Stichweh 2002: 11). Das bedeutet, dass nicht nur in der Wissenschaft Wissen anzutreffen ist, sondern auch in anderen Bereichen. In der Wissenschaft geht es aber hauptsächlich um eine besondere Art des Wissens, nämlich um Wissen, das als wahr gelten kann (Luhmann 1992: 144f, 218).

70 Hier soll und kann nicht in die systemtheoretische Debatte eingestiegen werden, ob dieser Vorrat an Schemata und Skripts sinnvoll als Semantik beschrieben werden kann und wie sich solch ein Semantikbegriff zu Luhmanns Strukturbegriff denken lässt. Siehe für grundlegende Überlegungen: Luhmann 1980: 17-21.

Wissen gilt als wissenschaftlich wahr, wenn der Beobachter, der dieses Wissen beobachtet hat, unsichtbar gemacht werden kann und somit der Eindruck entsteht, jeder Beobachter würde genauso beobachten, würde er die gleichen Beobachtungsinstrumente benutzen (Luhmann 1992: 144). Diese Beobachtungsinstrumente sind in der Wissenschaft die Unterscheidung wahr/unwahr sowie Theorien und Methoden, die die Zuordnung der Werte des Codes regulieren und so die Beobachtungsmöglichkeiten der Welt einschränken (Luhmann 1992: 406-428).

Die Zuordnung von Wahrheit oder Unwahrheit zu Aussagen wird in der Wissenschaft dadurch kontrolliert, dass die Aussagen veröffentlicht werden und sich der möglichen Kritik der wissenschaftlichen Gemeinschaft stellen müssen.<sup>71</sup> Diese Orientierung an wissenschaftlichen Kriterien und die wissenschaftliche Kritik wird durch das Kommunikationsmedium Wahrheit symbolisiert. Wenn etwas als wissenschaftlich wahr ausgezeichnet wird, wird behauptet, alle diese Operationen hätten stattgefunden. Wenn dieser Unterstellung vertraut wird, ist es wahrscheinlich, dass die Aussage angenommen wird, also z. B. dem Schema geglaubt und es daher übernommen wird (Luhmann 1992: 167, 196, 201).

Wissenschaft behandelt Wissen als Schemata und Skripts, die änderbar sind, indem ihre Geltung überprüft wird, sie geändert oder sogar verworfen werden, damit neue gefunden werden können. Sie behandelt diese Schemata also als änderbare Erwartungen. Solange diese Schemata und Skripts gelten, werden sie in der Kommunikation unterstellt und können zur Selektion von Beiträgen zur Kommunikation genutzt werden. Luhmann nennt sie kognitive Erwartungen (Luhmann 1992: 138).

Neben diesen kognitiven Erwartungen gibt es aber auch Schemata, die bei Kommunikation, die Abweichung feststellt, nicht geändert werden. Dies sind selten Kausalschemata, sondern meistens Regeln, die Verhalten in gewissen Bahnen halten. Viele von diesen Regeln werden im Funktionssystem Recht »verwaltet« und Verhalten vor allem danach beurteilt, ob es als Abweichung gesehen werden muss oder noch im Rahmen ist. Daher sind solche Regeln hier wie auch im Alltag wiederum mit Schemata verbunden, die zum Inhalt haben, wann die Regeln gelten. Solche nicht änderungsbereiten Schemata können mit Luhmann auch als

---

71 Dass dieser »peer review« manchmal mehr schlecht als recht funktioniert, haben einige Studien nachgewiesen. Siehe dazu: Hirschauer 2004: 64-71. Weiterhin wird in der wissenschaftlichen Kommunikation auch nicht jede Aussage rigoros überprüft. Nur die zentralen Aussagen werden beachtet, den anderen wird vertraut. Siehe: Collingridge/Reeve 1986: 23ff. Dies ändert aber nichts daran, dass sich die wissenschaftliche Kommunikation an Wahrheit und damit an Theorien und Methoden orientiert und Aussagen kritisch überprüft. Die wissenschaftliche Kommunikation entspricht, wie so viele gesellschaftliche Bereiche, nicht immer genau den Normen.

normative Erwartungen bezeichnet werden (Luhmann 1992: 138). Damit sind nicht nur allgemeine Normen und Gesetze gemeint, sondern auch die Erwartungen, die es ermöglichen, dass in vielen Bereichen richtiges Verhalten von unpassendem unterschieden werden kann.

Es ist allerdings nicht klar, ob die normativen Erwartungen auch als Wissen aufzufassen sind, oder ob nur das Wissen, dass es sie gibt und wie sie gelten, als Wissen zu bezeichnen ist. Luhmann bezeichnet oft nur die kognitiven Erwartungen als Wissen (Luhmann 1992: 138, Luhmann 1996: 439), dabei übersieht er aber, dass die normativen Erwartungen genauso als Schemata und Skripts wie die kognitiven Erwartungen vorhanden sein müssen. Sie müssen auch »gewusst« werden, sonst wären sie nicht in der Kommunikation einsetzbar. Diese Uneindeutigkeit kann hier nicht gelöst werden.

Es ist aber wichtig festzuhalten, dass empirisch in allen Systemen, also Interaktionen, Organisationen und Funktionssystemen kognitive Erwartungen und normative Erwartungen vorkommen. So gibt es in der wissenschaftlichen Kommunikation auch normative Erwartungen, wie Merton in seinen Untersuchungen gezeigt hat.<sup>72</sup> Systeme, die nur normative Erwartungen vorsehen würden, hätten überstabile Strukturen und Systeme, die nur kognitive Erwartungen vorsehen würden, wären zu fluide (Hiller 2005: 41). Durch die Mischung von beiden Erwartungsstilen werden Systeme erst auf Dauer stabil (Luhmann 1992: 322, Luhmann 1996: 438).

Die Funktion der Wissenschaft ist allerdings nicht primär die Überprüfung von Schemata und Skripts, die in der Umwelt der Wissenschaft aber auch in der Wissenschaft benutzt werden. Die Funktion der Wissenschaft ist vielmehr, neues Wissen zu schaffen, das als wahr gelten kann (Luhmann 1992: 216f). Es wird gleichsam immer am Rande von gesichertem Wissen geforscht. Die neuen Schemata sind also oft noch nicht genau überprüft, sondern nur einer ersten Sichtung unterzogen worden; z. B. durch den »peer review«, den das Journal, das den Artikel publiziert, durchgeführt hat. Für die wissenschaftliche Kommunikation ist dies normal und funktional. Auf diese Weise können neue Fragen gestellt und alte überprüft werden. Dabei wird sich auf Dauer herausstellen, was haltbar ist und was nicht (Collins/Evans 2002: 247f, Luhmann 1992: 585).<sup>73</sup>

72 Siehe zu Mertons Untersuchungen, die Darstellung und die Diskussion der Kritik an Merton von: Weingart 2001: 68-86

73 Dass die Entwicklungen von solchen Debatten in den jeweiligen wissenschaftlichen Gemeinschaften von der Falsifikation von Erkenntnissen, aber auch von der Durchsetzungsfähigkeit einer wissenschaftlichen Schule beeinflusst werden können, ist selbstverständlich. Siehe dazu und den wei-

Es geht also in der Wissenschaft gar nicht in erster Linie darum, wirklich gesichertes Wissen zu erreichen. Diese Erwartungen von außen, die sich hartnäckig halten, müssen Wissenschaftler oft enttäuschen (Luhmann 1992: 631, Renn 1995: 149). Je mehr von Staatsorganisationen nicht nur die Gefahrenabwehr, sondern auch die Risikovorsorge erwartet wird, steigt aber der Bedarf an verlässlichem Wissen und Prognosen (Beyme 1997: 163). Gerade bei den Prognosen liegen die Wissenschaftler allerdings oft falsch (Franz 2000: 13f).

In der Risikovorsorgepolitik wird beispielsweise der unbestimmte Rechtsbegriff »nach Stand von Wissenschaft und Technik« benutzt, der es erfordert, dass dieser Stand immer wieder festgestellt wird (Waldkirch 2004: 75f).<sup>74</sup> Insgesamt sind politische Organisationen immer mehr mit komplexen politischen Problemen konfrontiert, für deren Bearbeitung sie auf verlässliches Wissen angewiesen sind (Mai 1999: 668f).

Die Wissenschaft kann dieses verlässliche Wissen nicht immer liefern. Die Nachfrage nach verlässlichem Wissen durch politische Organisationen überfordert die Wissenschaft nicht nur, weil sie gar nicht darauf spezialisiert ist, sondern weil es bei den Fragen der Politik in zunehmenden Maße um Bereiche geht, in denen selbst die wissenschaftliche Kommunikation intern ihren Ergebnissen noch nicht traut, und die wissenschaftlichen Debatten noch nicht beendet sind.

Weiterhin sind die Fragen der politischen Organisationen nicht immer an Disziplinen orientiert, so dass die Wissenschaftler, die gefragt werden, eine Synthese des Wissens leisten müssen, die nicht durch interne wissenschaftliche Kommunikation gedeckt ist (Saretzki 1997: 281ff). In einigen Fällen kann es dann dazu kommen, dass die wissenschaftlichen Kontroversen in der Öffentlichkeit ausgetragen und mit politischen Debatten kurzgeschlossen werden. Weingart hat die steigende Abhängigkeit der Politik von Wissenschaft als Verwissenschaftlichung der Politik und das Kurzschließen der wissenschaftlichen Debatten mit politischen Kontroversen als Politisierung treffend beschrieben (Weingart 2001: 151-162).

Durch diese Entwicklung und die Herausbildung anderer Anbieter von Wissen, die ebenfalls versuchen, ihr angebotenes Wissen verlässlich erscheinen zu lassen, indem wissenschaftliche Methoden und andere Handlungsformen der Forschung kopiert werden (Stichweh 2003: 20f), scheint das Funktionssystem Wissenschaft das Monopol über die Verfü-

---

tergehenden soziologischen Debatten um die innerwissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Faktoren, die die Wissensentwicklung in der Wissenschaft beeinflussen: Luhmann 1992: 592; Weingart 2003: 41-66.

74 Siehe hierzu: Bösch 2005: 256; Hasse 1997: 86; Zhou 2002: 245.

gung über gesellschaftlich relevantes Wissen zu verlieren (Stichweh 2002: 10; Weingart 2001: 25f). Dieses wird ihr von der Wissensproduktion von der NGOs, Accountingfirmen, kommerziellen Forschungsinstituten, Think Tanks und Consultancies, die auch relevantes Wissen produzieren, dem ebenfalls vertraut wird, immer mehr streitig gemacht.<sup>75</sup> Auch an dieser Entwicklung zeigt sich, dass die Produktion und Verfügung über Wissen nicht von einem Funktionssystem monopolisiert werden kann. Wissenschaftliches Wissen wird zwar weiterhin nur vom Wissenschaftssystem produziert, aber gesellschaftlich relevantes Wissen ist auch von anderen Adressen zu beziehen.<sup>76</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass wissenschaftliches Wissen hier als Menge kognitiver Schemata und Skripts, die als wissenschaftlich geprüft und damit als wahr gelten, aufgefasst wird. Diese Schemata und Skripts werden also als verlässlich angesehen. Wissenschaftlern wird zugetraut, dass sie über dieses Wissen verfügen und beurteilen können, welches Wissen wissenschaftlich haltbar ist und welches nicht. Drittens wird ihnen zugetraut, aufgrund ihres theoretischen und sachlichen Wissens die Fähigkeit zu besitzen, die Sachverhalte und Probleme zu beurteilen.<sup>77</sup> Damit ist aber nur angegeben, worauf wissenschaftliche Politikberatung basiert. Es muss jetzt noch thematisiert werden, aus welchen Anlässen und in welchen Formen diese Art der Politikberatung nachgefragt, beziehungsweise angeboten wird. Erst dann ist es möglich, wieder in den Blick zu nehmen, wie die Beratungsbeziehungen selbst zu beschreiben und zu analysieren sind.

Es wurde oben schon angemerkt, dass es bei Beratung nicht nur um das Liefern der wissenschaftlich gesicherten Schemata und Skripts gehen kann. Wenn dies die Aufgabe von Beratung wäre, dann könnten die politischen Organisationen auch einfach nur die wissenschaftliche Kommunikation beobachten und das heranziehen, was sie brauchen. Fachleute in den Ministerien verfahren so in ihrer täglichen Arbeit. Es gibt allerdings auch Fälle, bei denen ein neues Thema in der politischen Kommunikation aufgetaucht ist, und die politischen Organisationen und Personen erst einmal Informationen über dieses Thema brauchen. Auch hier werden nicht nur Forschungsergebnisse weitergegeben, sondern sie werden für die Nachfrager aufbereitet, indem z. B. verstreute For-

75 Siehe dazu die Forschung, die unter dem Label Wissensgesellschaft läuft, stellvertretend für viele Titel den Überblick von Heidenreich: 2003.

76 Ein weiterer Komplex, der versucht die Verfügung über Wissen zu monopolisieren ist der der Professionen. Auf ihn wird noch später eingegangen.

77 Siehe ähnlich zu den von den Wissenschaftlern erwarteten Fähigkeiten: Müller 2007: 219f.

schungsergebnisse unter dem Gesichtspunkt zusammengefasst werden, was für den politischen Akteur relevant ist.<sup>78</sup>

Politiker wollen aber oft mehr: Sie wollen wissenschaftlich fundierten Rat wie es z. B. Frank-Walter Steinmeier damals als Kanzleramtsminister oder der FDP Politiker Christian Lindner (Lindner 2005: 75; Steinmeier 2002: 15f) ausgedrückt haben. Sie wollen also einen Ratsschlag. Damit rufen sie genau die ganzen Komplikationen hervor, die oben angesprochen wurden.

Vor allem aber wird damit deutlich, was Beratung hauptsächlich von Lieferung von Information unterscheidet. Es ist der Problembezug. Die politischen Nachfrager benötigen nicht nur wissenschaftliches Wissen, sondern sie brauchen Kommunikation, die wissenschaftliches Wissen auf ihr Entscheidungsproblem bezieht (Brüsemeister 2004: 261). Ein reines Mehr an wissenschaftlichen Informationen würde die Nachfrager eher ratloser zurücklassen als vorher (Fuchs 2004: 248).

In ähnlicher Art und Weise sieht auch Franz als Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) die Aufgabe dieses Gremiums nicht nur in einer Beschreibung der ökonomischen Situation, sondern eben auch darin, Bewertungen und Empfehlungen abzugeben. Daher ist für ihn das Empfehlungsverbot, das für den SVR gilt, überflüssig und es wird vom SVR systematisch umgangen (Franz 2000: 66, Strätling 2006: 356).

Wissenschaftliche Politikberatung findet in hohem Umfang durch die Vergabe von Gutachten und Studien statt. Einige Gutachten stellen dabei eher Sachstandsberichte dar, die Entwicklungen im Auftrag von politischen Organisationen untersuchen und analysieren. Solche Untersuchungen gleichen eher einer Auftragsforschung und geben manchmal kaum wirkliche Empfehlungen, bisweilen aber auch schon.<sup>79</sup> Andere Studien werden dagegen mit dem Ziel in Auftrag gegeben, mögliche Lösungen für politische Probleme zu entwickeln. So geben die Forschungsberichte, die das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag veröffentlicht, am Ende des Berichts Handlungsoptionen an.

Es ist erwartbar, dass derartige Studien zur Begründung von politischen Vorhaben herangezogen werden und manchmal auch in Auftrag gegeben werden, um politische Vorhaben besser zu begründen und in der politischen Kommunikation zu »verkaufen« (Kusche 2007: 14f;

---

78 So wird z. B. ein Teil der Arbeit der Stiftung Wissenschaft und Politik beschrieben. Siehe: Enskat 2007: 272f.

79 Siehe für den ersten Fall die DIW Studie: Buslei/Schulz/Steiner 2007 365ff. Für den zweiten Fall siehe ebenfalls eine DIW Studie: Brücker/Engerer/Thießen 2006: 91ff.

Weingart 2006: 37f). Derartige Studien werden nicht nur genutzt, um problembezogenes Wissen und Handlungsoptionen zu bekommen, die auf wissenschaftlichem Wissen basieren und daher verlässlich erscheinen. Studien werden ebenfalls dazu genutzt, um politische Initiativen zu begründen und in der politischen Kommunikation anschlussfähig zu machen (Brown/Lentsch/Weingart 2006: 55).

Es gibt nun allerdings auch Studien – oder manchmal heißen sie auch Stellungnahmen – die nicht von politischen Organisationen nachgefragt wurden, sondern auf eigene Initiative von Forschungsinstituten, Think Tanks, Stiftungen, Gewerkschaften oder NGOs veröffentlicht werden. Oben wurde schon angemerkt, dass die Studien, die nur relativ allgemein »die Politik« oder »die Öffentlichkeit« adressieren, hier nicht als Beratung verstanden werden sollen. Ihnen fehlt der spezifische Adressat, dem das Problem und die Handlungsfähigkeit unterstellt werden kann, um eine wie punktuell und kurz auch immer sich gestaltende Beratungsbeziehung zu etablieren.

Wenn Studien ganz konkret z. B. ein Ministerium oder sogar einen Politiker ansprechen würden, dann wären sie als Beratung anzusehen. Allerdings handelt es sich dann um Beratung, die nicht nachgefragt wurde. Der so Beratene steht dadurch als Unwissender und Problembeholder dar. Die Annahmewahrscheinlichkeit von dieser Art der Beratung dürfte, wie schon angemerkt, gering sein und eher konfliktrträgliche Beziehungen etablieren.

Es wurde schon in Ansätzen deutlich, dass wissenschaftliche Politikberatung von politischen Organisationen und Personen dann – allerdings nicht nur – nachgefragt wird, wenn sie vor einem Entscheidungsproblem stehen. Bei diesem Problem kann es sich beispielsweise um die Genehmigung oder das Verbot von Stoffen handeln, die im Verdacht stehen, krebserregend zu sein.

Für Aufgaben dieser Art braucht die verantwortliche politische Organisation einen wissenschaftlichen Rat. Dieser muss Angaben darüber enthalten, welche Stoffe wie krebserregend sind, welche verboten werden sollten und welche nicht. In diesen Fällen geht es oft um Wahrscheinlichkeiten, die von Wissenschaftlern abgeschätzt werden müssen. Vor allem muss es Abstimmungen darüber geben, was noch als akzeptables Risiko für die Gesundheit der Menschen angesehen wird und was nicht mehr (Guston 2005: 68f). Es ist in vielen Untersuchungen zu diesen Fällen wissenschaftlicher Beratung festgestellt worden, dass die Festlegungen, was ein akzeptables Risiko ist, sich kaum durch wissenschaftliche Forschungen allein bewerkstelligen lässt (Bora 2007a: 8; Levitow 2005: 104; Luhmann 1997a: 208ff; Millstone 2005: 331f).

Diese Beurteilungen werden in vielen Fällen von mehreren Wissenschaftlern erarbeitet, die in Gremien mit formeller oder informeller Beteiligung von Vertretern der politischen Organisationen zusammenarbeiten. Hier wird nicht nur wissenschaftliche Wahrheit herangezogen. Es werden vielmehr auch andere Gesichtspunkte bei der Urteilsbildung berücksichtigt, wie etwa politische Machbarkeiten oder allgemeine Vorstellungen über akzeptable Risiken (Jasanoff 1990: 234ff, Heinrichs 2002: 95f). Dieser Umstand ist allerdings auch wenig überraschend, da es sich um Beurteilungen aufgrund von Wissen handelt und diese Beurteilung ergibt sich selten zwingend aus wissenschaftlichem Wissen.

Die Beurteilung ist eine Leistung, die den Wissenschaftlern aufgrund ihrer Erfahrung mit der Beurteilung von wissenschaftlichem Wissen in ihrer alltäglichen wissenschaftlichen Praxis zugetraut wird. Die Wissenschaftler bekommen diesen Status als Experten also zugeschrieben (Mieg 2005: 319, Sprondel 1979: 145ff), indem ihnen die Fähigkeit unterstellt wird, abstraktes Wissen für die Lösung beziehungsweise die Empfehlung von Lösungen von Problemen einzusetzen.

Schon an diesem Beispiel für wissenschaftliche Politikberatung wird deutlich, dass es sich bei dieser Praxis nicht um eine wissenschaftliche Praxis im engeren Sinne handelt (Renn 1995: 147). Es geht um den Bezug wissenschaftlichen Wissens auf praktische Probleme, damit die Entscheidungsfähigkeit der Nachfrager wiederhergestellt oder unterstützt wird. In politikberatenden Gremien mögen Diskussionen stattfinden, die sich um die Wahrheitsfähigkeit von wissenschaftlichen Aussagen drehen, aber es ist doch zu erwarten, dass dies im Hinblick auf den Beratungsauftrag geschieht, also z. B. im Hinblick darauf, wie hoch ein Grenzwert liegen sollte.

Das Beispiel, dass eine politische Organisation Rat braucht, um über Verbote von krebserregenden Stoffen zu entscheiden, ist nur ein Beispiel für Anlässe, die politische Organisationen und politische Personen dazu veranlasst, Beratung zu suchen. Wie schon gesagt, entstehen aus den unterschiedlichsten Gründen in der politischen Kommunikation und der veröffentlichten Meinung immer wieder politische Probleme, beziehungsweise es werden bestehende immer wieder aufgegriffen.

Politische Organisationen oder Personen müssen nun darauf mit Entscheidungstätigkeit reagieren. Selbst das Problem lieber nicht anzugehen und »auszusitzen«, kann als eine Entscheidung beobachtet werden. Die politischen Organisationen und Personen verfügen im Normalfall über viele Routinen, um Entscheidungen zu den Problemen vorzubereiten. Sie haben oft auch viele Lösungsvorschläge zu Problemen auf Vorrat, die schon einmal diskutiert wurden, aber nicht zur Umsetzung gelang-



ten. Gerade in der Arbeitsmarktpolitik werden fast rituell immer die gleichen Lösungsvorschläge diskutiert.

Wenn aber keine Lösungsvorschläge vorhanden sind oder das Problem so neu und noch unstrukturiert ist, dass erst einmal ganz grundlegend das Problem genau erfasst werden muss, wird oft wissenschaftliche Politikberatung nachgefragt (Messner 2003:175ff, 180). Diese Organisationen benötigen dann also Wissen, das hilft, die Probleme einzuschätzen, und Möglichkeiten aufzeigt, wie Entscheidungen aussehen könnten, die helfen, Verhalten von Organisationen, wie Unternehmen oder Schulen und Personen, so zu beeinflussen, dass die Probleme zumindest bearbeitet, wenn nicht gelöst werden (Kusche 2007: 11f).

Wenn also die kognitiven Schemata und Skripts, über die die politischen Organisationen und Personen selbst verfügen und ihre eigenen Routinen, diese intern zu beschaffen, nicht mehr ausreichen, um eigentätig Vorschläge zum Umgang mit politischen Problemen zu bearbeiten, wird oft nach wissenschaftlicher Beratung gefragt.<sup>80</sup> Dies geschieht allerdings mittlerweile wiederum fast routiniert.

Es wird nach wissenschaftlichem Wissen gefragt, weil unterstellt wird, dass es verlässlicher ist als anderes Wissen und außerdem ist zu erwarten, dass Entscheidungen, die mit solchem Wissen begründet werden, auf mehr Annahmefähigkeit bei dem Publikum der Politik – den regulierten Bürgern und Organisationen – stoßen, als Entscheidungen, die nicht so gut begründet werden können. Dies erhöht nicht nur die Chancen auf Wiederwahl, sondern macht es auch nicht nötig, ständig mit negativen Sanktionen zu drohen, da die Bürger und Organisationen mehr oder weniger freiwillig die Inhalte der Entscheidung beachten.<sup>81</sup>

Die Situation, in der Routinen und Sichtweisen nicht mehr zur Verhaltenswahl ausreichen, kann, Oevermann folgend, Krise genannt werden. Nach Oevermann sind die Strukturen, die eine autonome Praxis auszeichnen, als Lösungen von Krisen der Verhaltenswahl zu sehen. Jede autonome Praxis, die die Lebensführung eines Menschen darstellen kann, aber auch z. B. die therapeutische Praxis eines Psychiaters, steht hypothetisch, wenn es noch keine Strukturen gäbe, wie z. B. Regeln oder Schemata, die dazu dienen, Situationen einzuschätzen oder Schemata, die helfen Verhalten, erwartbar zu machen, vor einem Problem der Verhaltenswahl und damit in einer Krise. Alle Strukturen, die eine abgrenzbare Praxis als solche auszeichnen, sind dann als Krisenbewälti-

80 Damit ist nicht gesagt, dass wissenschaftliche Berater dieses Wissen anhand von komplexen Problemlagen auch liefern können. Stichweh ist hier skeptisch. Siehe: Stichweh 2006: 109.

81 Weingart nennt dies die Legitimationsfunktion der wissenschaftlichen Beratung. Siehe Weingart 2001: 143ff, Weingart 2006: 36.

gungen anzusehen, die routinierte Praxis ermöglichen. Allerdings kann solch eine Praxis durch unterschiedlichste Gründe immer wieder in eine Krise geraten (Oevermann 2001: 23f; Oevermann 2002b: 9f).

Es sei hier nur kurz angemerkt, dass auch Oevermann damit eine funktionalistische Analysetechnik in Anschlag bringt. Es geht darum, eine soziale Einrichtung oder Institution<sup>82</sup>, also Struktur, Problemen zuzuordnen, was aber nichts über die Umstände der Entstehung der sozialen Struktur aussagt (Schneider 2004: 51). Die Analysetechniken von Luhmann und Oevermann ähneln sich in diesem Punkt.

Beide bestimmen Strukturen als Lösungen von Problemen, wobei bei Luhmann die Aufrechterhaltung der Grenze des Systems und damit die Reproduktion von Kommunikation als Grundproblem angesehen wird.<sup>83</sup> Bei Oevermann ist die Funktion von Strukturen dadurch bestimmt, die Autonomie einer Lebenspraxis aufrechtzuerhalten.

Es gibt für Oevermann unterschiedliche objektive Handlungsprobleme, die historisch zu unterschiedlichen Zeitpunkten verschieden sein können (Oevermann 2001: 5). In seiner Professionssoziologie sieht Oevermann als ein Grundproblem für solche Analysen die autonome Lebenspraxis an. Diese basiert auf schon erreichten sozialen Strukturen, Regeln, Normen, kognitiven Schemata, die selbst bewährte Krisenlösungen darstellen. Dieser erreichte Stand ermöglicht der Lebenspraxis ihr Verhalten zu wählen. Allerdings ist für diese Verhaltenswahl schon immer eine Routine vorhanden. In manchen Situationen versagen die Routinen oder sind nicht vorhanden, dann befindet sich, wie schon an-

82 Auch Institutionen sind bei Luhmann als Erwartungen konzipiert. Es sind Erwartungen, die unabhängig von konkreten Interaktionen und Organisationen bestehen. Sie sind von spezifischen Zusammenhängen generalisiert und können daher in den unterschiedlichsten Zusammenhängern erwartet werden, beziehungsweise es kann unterstellt werden, dass die Erwartungen von den anderen Kommunikationsadressen erwartet werden. Eine solche Institution wäre z. B. in der Wissenschaft der »peer review«. Es kann unterstellt werden, dass jeder weiß, was damit gemeint ist und welche Funktion er hat. Ähnlich werden später im Text Strukturmerkmale der Professionen wie etwa kollegiale interne Kontrolle oder Ausbildung an der Universität als Institutionen bezeichnet. Ihr Vorhandensein wird im Umgang mit Professionen einfach vorausgesetzt und jeder der Professionellen setzt ihre Existenz voraus. Der Begriff der Institution ist in der Soziologie breit diskutiert, aber dies braucht hier nicht weiter zu interessieren. Siehe zu Luhmanns Konzeption des Begriffs als generalisiert erwartbare Erwartung, also generalisierte Struktur: Luhmann 1987: 70f.

83 Würde man keine theoretisch hergeleiteten Grundprobleme als Bezugspunkte für funktionale Analysen angeben, liefen solche Analysen Gefahr beliebig zu werden, da es keine Regel gibt, die die Suche nach möglichen Problemen, denen Strukturen als Lösungen zugeordnet werden können, begrenzt. Siehe dazu. Schneider 2004: 55.

gemerkt, die Lebenspraxis in einer Krise. Eine autonome Lebenspraxis ist nun fähig, in solchen Situationen selbsttätig Entscheidungen zu treffen und die Krise zu lösen. Dadurch entstehen neue Routinen, wenn sie sich bewähren und durch Wiederverwendung stabilisiert werden.

Dies ist der Mechanismus, durch den in einer Gesellschaft systematisch Neues erzeugt wird. Die Aufrechterhaltung von Bedingungen, die diese autonome Lebenspraxis ermöglichen, können nun als ein Grundproblem angesehen werden, das auf unterschiedlichste Weise gelöst werden kann. In der modernen Gesellschaft entstehen durch soziale Differenzierung Einrichtungen, die eine stellvertretende Krisenbewältigung für das Kollektiv leisten. Dies sind einmal Politiker und Intellektuelle und einmal die stellvertretende Krisenbewältigung durch Expertise, womit Oevermann unter anderem die Leistung von Professionen meint (Oevermann 1999: 77f; Oevermann 2005: 22ff). Die Wiederherstellung einer autonomen Lebenspraxis durch Krisenbewältigung kann also als allgemeines Bezugsproblem für die funktionale Analyse bei Oevermann angesehen werden.

Dieser Krisenbegriff bedeutet aber nicht, dass dadurch alle Routinen aus den Angeln gehoben werden. Die Krise kann sich auf spezifische Teile einer Praxis beziehen. Im Falle einer politischen Organisation kann sich die Krise nur auf die Frage beschränken, wie mit der Roten Gentechnik umgegangen wird. Diese Krise stellt nicht die kognitiven Schemata in Frage, die routinemäßig bei der Thematisierung von Problemen auf dem Arbeitsmarkt aufgerufen werden. Auch geht eine politische Organisation neben der politischen Kommunikation noch anderen Tätigkeiten nach, z. B. beschäftigt sie sich auch mit Personal- und Finanzierungsfragen, die nicht von solchen Krisen betroffen sein müssen.<sup>84</sup>

---

84 Oevermann sieht eine Organisation nicht als autonome Lebenspraxis an, weil abgesehen vom Management die Mitglieder keine Entscheidungsautonomie besitzen (Oevermann 2003: 274). Die einzelnen Aufgaben von Abteilungen und Stellen in Organisationen sind aber nicht so stark durch Hierarchie und Entscheidungsprämissen in ihrer Entscheidungstätigkeit festgelegt, dass sie überhaupt keine Spielräume mehr haben. Entscheidungsprämissen und die Tätigkeit in den einzelnen Bereichen von Organisationen sind oft eher lose gekoppelt. Siehe dazu: Luhmann 2000a: 223ff. Vor allem in Organisationen, um die es hier geht, wie Parteien, Ministerien oder Parlamente und ihre gesamte Organisation, sind starke Kopplungen zwischen Entscheidungsprämissen und der Arbeit von Abteilungen eher nur selektiv zu erwarten. Die ganze Organisation ist daher vielleicht nicht als autonome Lebenspraxis aufzufassen, aber Teile einer Praxis von Organisationen schon. Im Rahmen, die die Organisation vorgibt, ist hier auch Entscheidungsautonomie zu erwarten. In einem anderen Text argumentiert Oevermann anders und gesteht den Regeln und typischen Hand-

Weiterhin muss eine Krise nicht gleich alle Routinen, Sichtweisen, Normen aufs Spiel setzen, so dass beispielsweise politische Grundüberzeugungen und Leitlinien in Kraft bleiben können. Wenn eine Krise aber auch diese fraglich werden lässt, hätte eine politische Partei es allerdings mit einer großen Krise zu tun.

Es ist bekannt, dass vor allem politische Organisationen, wie Regierungen und Ministerien, auch wissenschaftliche Beratung einholen, von der sie sich die Bestätigung schon bestehender Entscheidungsoptionen erhoffen. Mit Beratung soll die Entscheidungsoption in der politischen Kommunikation mit mehr Annahmewahrscheinlichkeit versehen werden (Beyme 1997: 174; Brown/Lentsch/Weingart 2006: 55). In diesen Fällen gibt es also keine Krise, sondern es geht eher darum, Entscheidungsoptionen durchzusetzen.

Trotz dieser Fälle soll hier zu analytischen Zwecken davon ausgegangen werden, dass Beratung in den Fällen von Krisen der Entscheidungsfindung von politischen Organisationen und Personen eingeholt wird. Dadurch wird nämlich deutlich, dass die strategisch eingeholte Beratung genau diese Unterstellung sabotiert, die, wie oben gezeigt wurde, immer aufgerufen wird, wenn Beratung nachgefragt wird. Dies kann gelingen, wenn die wissenschaftlichen Berater mit dieser strategischen Funktion zufrieden sind und sich in diese Rolle fügen.<sup>85</sup>

Es kann aber auch der Fall eintreten, dass der Rat ignoriert wird, weil die wissenschaftlichen Berater versuchen, »wirklich« zu beraten, und Wissen vermitteln sowie Lösungen vorschlagen, die nicht willkommen sind. Wenn solcher Rat in der Öffentlichkeit gegeben wird, muss die beratene politische Organisation daran anschließend begründen, warum der Rat, den sie gesucht hat, nicht mehr willkommen ist. Mit dem Festhalten an einem voraussetzungsreichen Begriff wissenschaftlicher Politikberatung kommen eher die Gründe für scheiternde Beratung in den Blick und daher wird er hier so konzipiert.

Noch einmal zusammenfassend gesagt, wird hier davon ausgegangen, dass wissenschaftliche Politikberatung von politischen Organisatio-

---

lungsabläufen zu, ebenfalls Ergebnis einer autonomen Lebenspraxis zu sein. Siehe: Oevermann 1981: 36ff.

85 Wenn unterschiedliche konkurrierende politische Organisationen für ihre Entscheidungsvorschläge wissenschaftliche Experten finden, kann dies zu einem Expertenstreit führen, der einem im Grunde politischen Konflikt mit unterschiedlichen Standpunkten der Experten kurzschließt. Dies kann dann zu dem Eindruck führen, die Experten wären im Effekt genauso ratlos wie Politiker, und einen Vertrauensverlust in die Experten fördern. Des Weiteren kann der Eindruck entstehen, die Wissenschaftler würden ihre sachlich begründeten Aussagen nicht von ihren politischen Präferenzen trennen. Siehe dazu: Weingart 2001: 145ff.

nen nachgefragt wird, wenn diese politische Probleme beobachten und sich selbst nicht zutrauen, eine Entscheidungsoption zur Bearbeitung dieser Probleme zu entwickeln (Mayntz 2006: 121). Zumindest ist dies eine Unterstellung, von der angenommen werden kann, dass sie in der Beratungskommunikation mitläuft, wenn sie Beratung leistet.

Diese Unfähigkeit kann darin begründet sein, dass über den Problemkomplex noch so wenig bekannt ist, dass überhaupt keine Lösungswege entwickelt werden können. Sie kann aber auch darin begründet liegen, dass alte Problemlösungen nicht mehr funktionieren. In anderen Fällen sind naheliegende Problemlösungen nicht möglich, weil der politische Konkurrent sie schon vorgeschlagen hat oder sie den politischen Grundwerten widersprechen.

In anderen Fällen würde eine ständige eigene Rezeption von Wissen, um z. B. Grenzwerte festzulegen oder Risiken abzuschätzen, die Kapazitäten der Organisation und die Kompetenz der befassten Mitglieder überlasten. Daher werden Wissenschaftler gebeten, Vorschläge zu machen.

Auch im letzteren Fall fehlen den politischen Organisationen Wissen und die Urteilskompetenz. Zumindest wird diese Unterstellung – und dies ist die Pointe des hier angelegten Begriffs, die immer wieder betont werden muss – aufgerufen und mitgeführt, sobald die Beratung nachgefragt wird. Es kann sein, dass die Mitarbeiter in dem Ministerium, in der beauftragten Behörde oder in der Geschäftsstelle genauso kompetent wären, die Leistung zu erbringen, die die Wissenschaftler erbringen. Aber durch die Nachfrage nach dem Rat sind die Nachfrager immer als die weniger kompetenten positioniert.

In welchen Formen wird nun diese wissenschaftliche Politikberatung geleistet? Eine Form wurde schon angesprochen und zwar die der Gutachten. Diese Art von Beratung wurde oben als eine Art von Beratungssystem bezeichnet, das sich mittels schriftlicher Kommunikation zwischen beratender Organisation und beratener Organisation beziehungsweise zwischen den entsprechenden Stellen oder Abteilungen vollzieht, wobei Interaktionssysteme mit Treffen von Repräsentanten beider Organisationen gelegentlich stattfinden können.

Bei der wissenschaftlichen Politikberatung werden derartige Beratungsaufträge von den politischen Organisationen vergeben. Die Berater sind außeruniversitäre Forschungsinstitute<sup>86</sup>, universitäre Forschungsinstitute, einzelne Professoren aber auch wissenschaftlich arbeitende Ab-

---

86 Hier sind vor allem die der Leibniz Gemeinschaft wichtig, die von Bund und Ländern gemeinsam finanziert werden.

teilungen von kommerziellen Beraterfirmen.<sup>87</sup> Im letzten Fall wird es schwierig, die Grenze zwischen wissenschaftlicher und nicht (mehr) wissenschaftlicher Beratung zu ziehen.

Eine wichtige Form der wissenschaftlichen Politikberatung sind Interaktionssysteme unter Anwesenheit von Politiker und Wissenschaftler. Im ersten Abschnitt wurde diese Art Beratung zu vollziehen, Typ 1 von Beratungsformen genannt. Bei dieser Form holen Politiker nichtöffentlich und informell in persönlichen Treffen Rat von Wissenschaftlern ein. Derartige informelle Beratung ist nicht erforscht, aber es wird oft vermutet, dass sie am wirksamsten ist.

Solchen Beratungen ähneln informelle Beratungsgespräche, wie sie Müller beschreibt. Ministeriumsbeamte und Diplomaten holen sich in diesen Gesprächen Rat von Politikwissenschaftlern, die Experten zu außenpolitischen Themen sind (Müller 2007: 231). In diesen Kontexten wird nicht nur das Wissen der Wissenschaftler nachgefragt, sondern auch deren Urteilskompetenz aufgrund ihres Wissens ist gefordert. Die Wissenschaftler werden um Beurteilungen gebeten und es geht darum, Optionen der Verhaltenswahl zu erarbeiten (Müller 2007: 232). In diesen Fällen dürften die Strukturen der Organisationen, in denen die Beamte oder Diplomaten Mitglied sind, nicht sehr präsent sein.

Dies ist anders, wenn das Beratungssystem als Interaktion bei einer Organisation zwischen Repräsentanten der Organisation und externen Wissenschaftlern organisiert ist. Diese Art Beratungssysteme zu organisieren, wurde oben Typ 2 genannt. Hier sind schon mehr formale Regeln zu erwarten, die die Beratungsinteraktion strukturieren. Das paradigmatische Beispiel für solche wissenschaftliche Beratung sind Anhörungen, die von Ministerien durchgeführt werden, oder Anhörungen, die von einem Ausschuss eines Parlaments durchgeführt werden.

Im letzteren Fall ist die wissenschaftliche Beratung öffentlich. In den Anhörungen von Ausschüssen werden nicht nur Wissenschaftler sondern auch »Experten aus der Praxis« und Vertreter von Interessenverbänden gehört. Diese Sitzungen sind relativ stark organisiert. Es gibt beispielsweise einen Fragenkatalog und eine Tagesordnung.<sup>88</sup> Diese Sitzungen dienen nicht nur zur Beratung der Parlamentarier. Weil sie öffentlich sind, dienen sie auch dazu, die jeweiligen Positionen der Frakti-

---

87 Ein Beispiel für solch eine Firma ist das Unternehmen Rambøll Management. Siehe: <http://www.ramboll-management.com/ger/default.htm> (Stand 12.6.2007).

88 Siehe zum Beispiel die Anhörung des Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zum Stammzellgesetz: <http://www.bundestag.de/ausschuesse/a18/anhoerungen/stammzellforschung/index.html> (Stand 15.6.2007).

onen darzustellen (Waldkirch 2004: 129). Daher ist die Auswahl der Experten oft umstritten, da jede Fraktion versucht ihre Position durch passende Expertenaussagen zu unterstützen (Brown/Lentsch/Weingart 2006: 87; Krevert 1993: 136).

Ein Beispiel für Anhörungen, die Ministerien ad hoc veranstalten, sind die Konsultationen und Roundtables, die vom Auswärtigen Amt veranstaltet werden, zu denen nicht immer nur Wissenschaftler eingeladen werden, aber die Mehrzahl bilden (Büger 2006: 517). Zu Typ 2 gehören auch die Enquete Kommissionen des Deutschen Bundestags, da diese auch mit Parlamentariern, Interessenvertretern und Wissenschaftlern besetzt sind. Da die Enquete-Kommissionen häufig über einen längeren Zeitraum bestehen, bilden sie fast eine eigene Organisation aus.<sup>89</sup>

Das Auswärtige Amt und andere Ministerien haben ebenfalls dauerhafte Gremien eingerichtet, wie das Forum Globale Fragen<sup>90</sup> oder den Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.<sup>91</sup> Diese stellen die Art von Beratungssystemen dar, die oben unter Typ 4 angesprochen wurden. Es sind organisierte Interaktionssysteme, die unter Beteiligung von Wissenschaftlern und mehr oder weniger starker Beteiligung von Repräsentanten der Organisation, die sie eingerichtet hat, stattfinden. Zu diesem Typ gehört auch, obwohl sie kaum mit Wissenschaftlern besetzt war, die Hartz-Kommission,<sup>92</sup> die zwar nur eine begrenzte Zeit existierte, aber doch eine gewisse Dauerhaftigkeit hatte.

Auch Beratungsgremien, wie die Zentrale Kommission Biologische Sicherheit (ZKBS)<sup>93</sup> oder die Strahlenschutzkommission (SSK), die bei nachgeordneten Behörden angesiedelt sind und eher beim Vollzug von Gesetzen die Verwaltung bezüglich ihrer Entscheidungen beraten, sowie Beratungsgremien, die eine starke Eigenständigkeit gewonnen haben, wie der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)<sup>94</sup> oder der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), können als Typ 4 angesehen werden.<sup>95</sup>

Diese letztgenannten Gremien stellen fast eigenständige Organisationen dar, die mit einer eigenständigen Geschäftsstelle und eigenen wis-

89 Siehe zu Enquete Kommissionen insgesamt: Altenhof 2002.

90 Siehe zu den Arbeitskreisen des Auswärtigen Amtes: Büger 2006: 518

91 Siehe zu diesem Beirat: Patzwaldt 2007: 113-121.

92 Siehe zur Hartz-Kommission: Siefken 2006.

93 Siehe zur ZKBS: Karthaus 2001: 210-224.

94 Siehe zum SRU und WBGU: Heinrichs 2005: 48ff.

95 Siehe zum SVR: Patzwaldt 2007: 86-112; Strätling 2006.

wissenschaftlichen Mitarbeitern ausgestattet sind. Diese Beiräte sind unsystematisch per Gesetz, Rechtsverordnungen oder behördlichen Organisationsakten eingerichtet worden (Murswieck 1994: 108). In der folgenden Tabelle werden die unterschiedlichen Formen der wissenschaftlichen Politikberatung den oben genannten Arten, Beratungssysteme zu vollziehen, zugeordnet.

*Tabelle3: Formen wissenschaftlicher Politikberatung*

Typ	Art des Beratungssystems	Beispiele
1	Informelles Interaktionssystem unter Anwesenheit von Politiker(n) und Wissenschaftler(n)	Sprichwörtliches »Gespräch am Kamin«
2	Organisierte Interaktionssysteme bei den beratenen Organisationen unter Anwesenheit von Wissenschaftlern und Repräsentanten der Organisationen	Anhörungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags, Konsultationen der Ministerien, Enquete Kommissionen
3	Schriftlicher Kontakt zwischen Organisation mit Interaktionen zwischen Repräsentanten der beteiligten Organisationen	Gutachten per Auftrag
4	Organisierte Interaktionssysteme von Wissenschaftlern teilweise mit Beteiligung von Repräsentanten der beratenen Organisation	Wissenschaftliche Beiräte der Ministerien, zeitlich befristete Gremien (Rürup Kommissionen), ZKBS, Strahlenschutzkommission (SSK)

Diese Gremien sind immer mit Wissenschaftlern besetzt, von denen viele Professorentitel tragen. Anscheinend wird ihnen als erfahrenen und in der Wissenschaft erfolgreichen Personen zugetraut, über das verlässliche Wissen zu verfügen und die Kompetenz zu besitzen, es anzuwenden beziehungsweise aufgrund dieses Wissens Urteile abzugeben. Die Aufgabe der ZKBS liegt beispielweise gar nicht so stark darin, wissenschaftliches Wissen zusammenzutragen, sondern ihre Aufgabe besteht eher darin, aufgrund dieses Wissens eine Einschätzung des Risikos eines gentechnischen veränderten Organismus zu geben. Auf dieser Einschätzung aufbauend soll sie eine Empfehlung abgeben, welche Sicherheitsstufe beim Umgang mit diesem Organismus eingehalten werden muss.

Auch der SVR hat zur Aufgabe, die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage hinsichtlich vier vorgegebener (politischer) Ziele zu



beurteilen. Diese sind: Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges sowie angemessenes Wachstum (Strätling 2006: 354). Für diese Aufgaben, Entwicklungen zu bewerten und – beim SVR indirekt – neue Lösungsmöglichkeiten für unerwünschte Entwicklungen aufzuzeigen, muss auch beurteilt werden, welches Wissen zu Problemlösungen beiträgt. Es liegt nahe, dafür Wissenschaftler zu fragen, die durch lange Tätigkeiten in der Wissenschaft einen gewissen Überblick über ihr Fach haben.

Wissenschaftler werden also nicht nur gefragt, weil sich so eine Verlässlichkeit der Wissensbasis symbolisieren lässt, die sich auf die Reputation der Wissenschaftler gründet, sondern auch, weil ihnen neben einer überlegenen Wissensbasis auch Urteilskompetenz zugeschrieben wird. Solche Fähigkeiten werden anscheinend den eigenen Mitarbeitern der politischen Organisationen nicht zugeschrieben, denn auch die Mitarbeiter könnten die wissenschaftlichen Erkenntnisse zusammentragen und Lösungen erarbeiten. Wahrscheinlich wären allerdings viele Mitarbeiter im Tagesgeschäft mit solchen Aufgaben aus Kapazitätsgründen überfordert, aber es wäre denkbar, dass die politischen Organisationen sich selbst interne wissenschaftliche Beratungsabteilungen leisten.

Der Deutsche Bundestag hat beispielsweise mit dem Wissenschaftlichen Dienst eine derartige Abteilung. Ministerien haben ebenfalls Abteilungen, die solchen Aufgaben nachgehen, wie die Abteilung Planungsstab im Auswärtigen Amt. Diese Abteilungen wurden und werden aber nicht ausgebaut, sondern es wird in großem Umfang externe wissenschaftliche Beratung eingeholt. Funktional gesehen, könnte der Grund dafür darin liegen, dass den Wissenschaftlern neben ihrer Urteilskompetenz eher ein Blick von außen zugetraut wird, als den eigenen Mitarbeitern, und darin, dass der Rat intern und vor der Öffentlichkeit als unabhängig dargestellt werden kann.

Wie im zweiten Abschnitt dargestellt, erhöht ein Blick von außen die Annahmewahrscheinlichkeit von Beratung, weil auf diese Weise die Beratung neue Perspektiven eröffnen kann. Die Unabhängigkeit der Berater ist in der politischen Kommunikation wichtig, weil gerade in ihr sehr leicht Mitteilungen auf politische oder ökonomische Interessen zurückgeführt werden (Luhmann 2000b, 180ff). Wenn ein Rat aber als beeinflusst von Interessen beobachtet wird, wird er wertlos, weil nicht mehr sicher ist, ob der Rat wirklich die beste Empfehlung darstellt. Der Ratsschlag taugt damit auch nicht mehr dazu, in der politischen Kommunikation sachliche Begründungen für Entscheidungsvorschläge zu liefern. So könnten Vorschläge, die eine Abteilung eines Ministeriums macht, eher als durch die Interessen zur Erhaltung der eigenen Zuständigkeiten, als durch sachlichen Überlegungen motiviert angesehen werden.

Vor allem in den Gremien des Typs 4 werden manchmal auch Interessenorganisationen wie Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefragt, welche Personen sie als Mitglieder vorschlagen würden, da auch der Sachverstand der Interessengruppen herangezogen werden soll.<sup>96</sup> Beispielsweise werden bei der ZKBS und der SSK nicht nur Personen rekrutiert, die praktisch in der Forschung tätig sind, sondern auch Personen, die zwar nicht unbedingt aktive Forscher sein müssen, aber durch akademische Tätigkeiten ihren Sachverstand nachgewiesen haben oder durch Arbeit in Behörden und Ministerien ihren Sachverstand glaubhaft machen können.

Sollten Mitglieder eher als Interessenvertreter agieren, können sie durch die anderen Wissenschaftler diszipliniert werden, die versuchen, neutral zu beraten, oder sie sind zumindest durch die Regeln, die diesen Gremien durch den Auftraggeber gegeben wurden, beziehungsweise die sie sich selbst gegeben haben, gehalten, neutral zu beraten.<sup>97</sup> Der Eindruck der Unabhängigkeit eines ganzen Gremiums kann durch die gegenseitige Kontrolle der Mitglieder im Normalfall aufrecht erhalten werden.

Es gibt, beziehungsweise gab, allerdings Kommissionen, z. B. die Rürup-Kommission, in die auch Interessenvertreter als Mitglieder berufen wurden. Hier geht Beratung, die durch Gremien dieser Art geleistet werden soll, leicht über in Vorverhandlungen zur eigentlichen politischen Entscheidungsfindung, weil Entscheidungsoptionen mit den Sozialpartnern und anderen beteiligten Interessengruppen abgestimmt werden können (Siefken 2006: 221). Wenn derartige Gremien sich auf einen

96 In den USA gibt es den Federal Advisory Committee Act (FACA), der unter anderem Grundregeln für die Besetzung von Gremien festlegt, die die Regierungsorganisationen beraten. Die Besetzung solcher Gremien soll nach FACA ausgewogen hinsichtlich der Meinungen, wie auch der zu erfüllenden Aufgaben sein. Diese unpräzise Formulierung hat zwar zu vielen Auseinandersetzungen über die richtige Interpretation geführt, aber sie wurde in vielen Fällen so verstanden, dass nicht nur Vertreter aller relevanten wissenschaftlichen Meinungen sondern auch partikularer und/oder öffentlicher Interessen Mitglieder in solchen Gremien sein sollten. Zumindest wenn die Themen der Beratung breit waren, wurden auch unterschiedlichste Vertreter Mitglieder. Bei sehr technischen Beratungsgremien reichte es manchmal dann doch aus, nur Wissenschaftler zu rekrutieren. Siehe dazu Jasanoff 1990: 46f. Unabhängigkeit wird im FACA also immer als ein Resultat des Ausgleichs unterschiedlicher Sichtweisen in einem Gremium gesehen. Siehe zum FACA insgesamt: Brown 2005.

97 Im Rahmen gewisser Spielräume versuchen auch Sachverständige, die von Interessenorganisationen kommen, eher sachlich orientiert zu argumentieren, da ein zu unsachliches Agieren, dazu führen könnte, nicht wieder nominiert zu werden und damit Mitsprachemöglichkeiten zu verlieren. Siehe hierzu: Färber 2005: 139f.

gemeinsamen Abschlussbericht und Empfehlungen einigen können, haben diese wiederum einen gewissen Anstrich der Unabhängigkeit oder Neutralität, weil allen beziehungsweise der Mehrheit der Interessen Rechnung getragen wurde und diese daher zugestimmt haben. So können die Ergebnisse dann eine gewisse Annahmewahrscheinlichkeit besitzen.

Damit sind jetzt aber schon die Strukturmerkmale angesprochen, die die Folgeprobleme bearbeiten, von denen angenommen wird, dass sie jede Beratungsbeziehung und damit auch die wissenschaftliche Politikberatung auszeichnen und den Kommunikationsprozess prägen. Wenn der hier entwickelte Beratungsbegriff auf die wissenschaftliche Politikberatung angewendet wird, ergibt sich folgende theoretische Beschreibung wissenschaftlicher Politikberatung:

Wissenschaftliche Politikberatung wird in den Fällen nachgefragt, in denen die politischen Organisationen oder Personen nicht fähig sind, eigenständig Entscheidungsoption zu entwickeln, beziehungsweise zwischen diesen zu wählen. Mit Oevermann gesprochen, wenn eine Krise eines Teils der autonomen Praxis auftritt.

Es gibt empirische Hinweise dafür, dass dies tatsächlich manchmal der Fall ist. In der Forschungsliteratur werden oft das Entstehen neuer Technologien, die als riskant gesehen werden, und Fragen des Umgang mit diesen Technologien als Anlass für Beratungsnachfragen angeführt (Bogner 2002: 391f; Bogner/Torgersen 2005: 7). Die schnelle Entwicklung des wissenschaftlichen Wissens selbst führt in einigen Fällen zur Frage, ob und wie diese Entwicklung des Wissens durch politische Entscheidungen beeinflusst werden kann.<sup>98</sup> Es gibt also Gründe anzunehmen, dass die Beratung nicht nur eingeholt wird, um Standpunkte zu bestätigen, Entscheidungen zu verzögern oder politische Blockaden durch Vorverhandlungen aufzulösen, beziehungsweise zu umgehen.<sup>99</sup>

Zumindest legt die Nachfrage nach Beratung auch in der wissenschaftlichen Politikberatung die Unterstellung nahe, dass wenn der Beratene Rat bei seiner Entscheidungsfindung benötigt, diese nicht selbst-

---

98 Siehe zu dieser Diagnose, die ein neues Politikfeld, nämlich das der Wissenspolitik, im Entstehen begriffen sieht: Stehr 2003: 275.

99 Auch in diesen Fällen ist übrigens die Fähigkeit zur eigenständigen Entscheidungswahl beeinträchtigt, allerdings nicht durch ein Wissensproblem, sondern z. B. dadurch, dass die Entscheidungsoptionen unpopulär sind und damit die Wiederwahlchancen gefährden oder es bedeutende Vetopositionen gibt, die in die Beratungsgremien einbezogen werden und damit in einen Kompromiss gezogen werden sollen. Zinterers Analyse eines solchen Gremiums zeigt, dass sich zumindest in der Zuwanderungspolitik wissenschaftliche Politikberatung nicht für die letztere Funktion eignet. Siehe: Zinterer 2004: 324.

ständig leisten kann. Diese Positionierung ist für politische Organisationen und Personen ganz grundsätzlich problematisch. Durch diese Positionierung darf nämlich nicht der Eindruck entstehen, die politischen Entscheidungen würden eigentlich von Beratern getroffen. Dies ist unter demokratischen Bedingungen nicht legitim und es könnte auch negative Folgen für die Durchsetzung von Entscheidungen haben, da die politischen Organisationen und Personen nicht mehr als kompetente autonome Entscheider darstellbar wären. Das Problem der Asymmetrie stellt sich in dem Fall der wissenschaftlichen Politikberatung also besonders massiv.

Was das Bestehen einer Krise der Entscheidungsfindung, als Auslöser Beratung einzuholen, angeht, muss hier allerdings kurz angemerkt werden, dass auch das Einholen von wissenschaftlicher Politikberatung mittlerweile so selbstverständlich geworden ist, dass der Eindruck entsteht, die Beratung wird fast routinemäßig eingeholt, auch wenn noch keine Probleme der Entscheidungsfindung manifest bestehen. Insgesamt ist unterschiedlichste Beratung so selbstverständlich und breit verfügbar geworden (Fuchs/Mahler 2000: 359), dass es fast als irrational beobachtet werden könnte, wenn sie nicht genutzt wird. Der Umstand, dass Beratung ohne manifeste Entscheidungskrise eingeholt wird, ändert aber nichts daran, dass die Nachfrage nach Beratung eben genau die Unterstellung produziert, der Beratene habe ein Entscheidungsproblem.

Bei der wissenschaftlichen Politikberatung sollen Berater nun vor allem mit wissenschaftlichem Wissen dazu beitragen, dass die politischen Organisationen oder Personen fähig werden, Entscheidungsoptionen zu entwickeln, beziehungsweise zwischen Optionen zu entscheiden, die politische Probleme lösen sollen. Dafür kann im Wesentlichen Wissensvermittlung geleistet werden, indem ein Problemkomplex beschrieben und analysiert wird, damit der oder die Beratungsnachfrager anfangen kann/können Lösungen zu entwickeln.<sup>100</sup>

---

100 Auch dabei handelt es sich nicht um reine Informationsübermittlung oder Transfer von wissenschaftlichem Wissen, sondern um eine Wissensanwendung, weil die Beschreibung und Analyse den Sachverhalt als ein Problem, das lösbar, beziehungsweise bearbeitbar erscheint, darstellen muss. Ansonsten könnte es nicht zu einem politischen Problem werden, dass man mit Entscheidungen bearbeiten kann. Weiterhin werden solche Problemanalysen auch zu Entwicklungen gemacht, die noch gar nicht auf der Agenda der politischen Kommunikation als politisches Problem aufgetaucht sind. Z. B. hat der SRU so einen Auftrag, der ihn auffordert, umweltpolitische Fehlentwicklungen und Möglichkeiten ihrer Beseitigung aufzuzeigen. Siehe die Homepage des SRU zu diesem Auftrag: <http://www.umweltrat.de/frame01.htm> (Stand 21.6.2007).

Weiterhin können die wissenschaftlichen Berater aufgefordert werden, Lösungsoptionen vorzuschlagen und/oder abzuwägen. In Fällen, in denen Behörden einen Grenzwert festlegen, Medikamente oder technische Anlagen genehmigen müssen, werden die Berater aufgefordert, nur eine Empfehlung abzugeben. Auf wissenschaftliches Wissen wird dabei vertraut, weil für die Entscheidungsoptionen Kausal- und Konditionalschemata gebraucht werden, die eine gewisse Verlässlichkeit auszeichnen, denen also die Beratenen vertrauen können und die auch in der weiteren politischen Kommunikation Annahmewahrscheinlichkeit besitzen.

Damit ist also das Strukturmerkmal überlegenes Wissen, das Beratungsbeziehungen im Allgemeinen auszeichnet, bei dieser Form der Beratung besonders wichtig. Es hat auch hier die Funktion zur Erhöhung der Annahmewahrscheinlichkeit der Beratungskommunikation beizutragen, weil es das Folgeproblem Asymmetrie bearbeitet. Die Aussicht auf solch überlegenes Wissen motiviert, sich in die asymmetrische Situation der Beratung zu begeben und die Ratschläge, die manchmal nicht unbedingt willkommen sind, doch zu beachten.

Dass ein Hauptproblem der Beziehungen, die wissenschaftliche Politikberatung aufspannt, in der Erzeugung von Annahmewahrscheinlichkeit für die beratende Kommunikation liegt, dürfte, wegen der in der Literatur zur wissenschaftlichen Politikberatung verbreiteten Diagnose, dass der Rat von Wissenschaftlern oft nicht gehört wird, beziehungsweise dass der Rat für Politiker oft unbrauchbar ist (Martinsen 2007: 81; Cassel 2005: 184), auf der Hand liegen. Dieses Hauptproblem zerfällt auch bei der wissenschaftlichen Politikberatung in Folgeprobleme.

Das Problem der Asymmetrie wurde schon angesprochen. Die wissenschaftliche Beratung versetzt die politischen Organisationen und Personen potentiell in eine Rolle, in der sie als Beratene potentiell kognitiv unterlegen und entscheidungsunfähig dastehen. Solch eine Rolle ist gerade für politische Organisationen und Personen nicht leicht zu akzeptieren, vor allem wenn die Beratung eigentlich mit anderen Zielen nachgefragt wird, als beraten zu werden.

Auch die Vermittlung von Innen- und Außensicht scheint ein bekanntes Problem in der wissenschaftlichen Politikberatung zu sein. Politiker wünschen, dass die Berater die Situation und die Handlungsbeschränkungen der politischen Organisationen und Personen berücksichtigen, aber auch, dass die Wissenschaftler manchmal auch die »unbequeme Wahrheit« sagen (Biedenkopf 2006: 28f). Diese Erwartungen zu vermitteln, ist eine schwierige Aufgabe und es besteht, wie z. B. Müller aus seiner Praxis berichtet, die Gefahr, zu sehr mit den Augen der Beratenen zu sehen, so dass eigentlich keine neuen Sichtweisen mehr präsentiert werden (Müller 2007: 239ff). Andererseits gibt es Beratung, die

wirkungslos bleibt, weil sie zu abstrakt formuliert ist und politische Durchsetzungsmöglichkeiten nicht beachtet (Cassel 2001: 236-239).

Das Problem der Unsicherheit prägt ebenfalls oft die Beziehungen zwischen Politikern und den wissenschaftlichen Beratern. Zum einen ist die Wissensbeurteilung und -anwendung, die die Wissenschaftler leisten müssen, immer unsicher. Dies liegt erstens darin begründet, dass das wissenschaftliche Wissen selbst noch nicht wirklich gesichert ist (Lentsch 2007: 4f; Weingart 2001: 161). Zweitens gibt wissenschaftliches Wissen nicht immer direkte Hinweise für eine konkrete Empfehlung. Die genaue Höhe von Grenzwerten z. B. ergibt sich nicht direkt aus wissenschaftlichem Wissen (Luhmann 1997a: 195f). Drittens ist nie sicher, ob die politischen Probleme richtig analysiert sind, so dass die richtigen Kausalannahmen unterstellt werden, die zu bestimmten Empfehlungen führen.

Zum anderen liegt für die Berater eine Unsicherheit im Umgang mit den zu beratenden Politikern oder Vertretern der politischen Organisationen. Die Berater können nicht sicher absehen, wie die Beratenen auf ihre Beratung reagieren. Beispielweise geriet die Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme (Rürup-Kommission), die eigentlich ein Instrument zur Erarbeitung langfristiger Politikkonzepte jenseits des Tagesgeschäfts sein sollte, unter den Druck, schnell Konzepte zu liefern, da die Beratenen diese erwarteten (Rürup/Tiemann 2006: 394).

Auch für beratene politischen Organisationen und Personen ist die Beratungsbeziehung mit Unsicherheit verbunden. So können Vorschläge der eigenen Berater, wenn sie öffentlich werden, politisch schädlich sein, da sie eher zu Positionen des politischen Gegners oder aber nicht zu den eigenen Grundwerten passen. Dies kann in der wissenschaftlichen Politikberatung daran gesehen werden, dass in einigen Fällen die Beratenen entscheiden, ob die Beratungsergebnisse veröffentlicht werden. In anderen Fällen von stark öffentlich inszenierter Beratung versuchen die Beratenen das Ergebnis so zu beeinflussen, dass es politisch nicht schädlich ist (Patzwaldt 2007: 285). Es ist offensichtlich, dass dies dem Ziel von Beratung, neue Sichtweisen zu entwickeln, nicht unbedingt förderlich sein dürfte. Auch brauchen Berater manchmal Informationen, die sensibel sind, und es ist für die politischen Organisationen riskant, diese herauszugeben.

Es gibt also einige Hinweise, dass die Annahme nicht ungerechtfertigt ist, dass auch wissenschaftliche Politikberatung von den drei Folgeproblemen in Beratungsbeziehungen geprägt ist, die oben für Bera-

tungsbeziehungen allgemein erschlossen wurden.<sup>101</sup> Diesen Hauptproblemen wurden Strukturmerkmale zugeordnet, die sie bearbeiten, damit die Annahmewahrscheinlichkeit von Kommunikation in der Beratungsbeziehung erhöht wird.

Mit diesem Set von Merkmalen könnten nun unterschiedliche Formen, das Beratungssystem zu vollziehen, untersucht werden. Es käme leicht in den Blick, dass eine Regierung, die nach einer Wahl die Ämter in den Ministerien besetzt, mit Beratungskommissionen konfrontiert ist, die sie selbst nicht nachgefragt hat und die sie aber nicht einfach wieder abschaffen kann, da sie durch ein Gesetz eingerichtet worden sind. Weiterhin steht eine Regierung leicht als irrational da und wird der Willkür verdächtig, wenn sie sich der wissenschaftlichen Beratung entledigt. Die Beratung erfolgt also nicht aufgrund freiwilliger Nachfrage und nicht durch Berater, die man selbst gefragt hat. Auch wenn es natürlich möglich ist, sich mit der Beratung einzurichten und in Kooperation mit dem Gremium zu treten, erhöht solch eine Unfreiwilligkeit doch erst einmal prinzipiell nicht die Annahmewahrscheinlichkeit der Beratung, weil das Problem der Asymmetrie nicht hinreichend bearbeitet wird.

Die zeitliche Befristung der Beratung wird bei ständigen wissenschaftlichen Beratungsgremien auch nicht eingehalten. Allerdings können sich die Beratenen hier helfen, indem Aufträge gegeben oder Anfragen an die Gremien gestellt werden, die eine thematische Fokussierung enthalten und zeitliche Fristen setzen. So wird der Beratene nur zu einem Thema und bei diesem Thema nur für eine gewisse Zeit beraten und befindet sich damit in einer Situation eingeschränkter eigener Entscheidungstätigkeit, beziehungsweise diese Einschränkung wird ihm unterstellt, weil er sich beraten lässt. Einige der ständigen wissenschaftlichen Gremien wie der SVR aber auch einige der wissenschaftlichen Beiräte der Ministerien sehen es unter anderem als ihre Aufgabe an, die jeweilige Regierung zu kontrollieren, indem sie deren Politik daraufhin beob-

101 Es mag noch andere Probleme in den Beratungsbeziehungen geben, die die wissenschaftliche Politikberatung aufspannt. Diese müssten aber erst einmal in der Empirie gefunden werden und dann müsste gezeigt werden, dass sie ebenfalls die gleiche Bedeutung für das Wahrscheinlichmachen der Annahme der Beratungskommunikation haben. Es müsste also gezeigt werden, dass solche Probleme, wenn sie nicht bearbeitet werden, die Annahme der Beratungskommunikation verhindern und nicht selbst als Folgeprobleme der drei Hauptprobleme interpretierbar sind. Der Autor sieht zurzeit keine solchen weiteren Probleme, aber es muss in Rechnung gestellt werden, dass es möglich ist, dass es sie gibt. Im nächsten Kapitel wird aber gezeigt, warum die Annahme begründet ist, dass die drei Hauptprobleme die grundlegenden in der Beratungsbeziehung sind.

achten, ob sie z. B. das »Gemeinwohl« fördert.<sup>102</sup> Sie geben hin und wieder, wenn sie ein Entscheidungsvorhaben nicht für richtig halten, unnachgefragt Stellungnahmen ab. Solch nicht nachgefragter Rat wird leicht als Belehrung beobachtet und erzeugt nicht unbedingt Annahmefähigkeit.

Es wurde schon angemerkt, dass überlegenes Wissen ein besonders wichtiges Strukturmerkmal von wissenschaftlicher Beratung ist. Es ist davon auszugehen, dass dies im Allgemeinen in den meisten Fällen von wissenschaftlicher Politikberatung zutrifft. Allerdings gibt es hier auch Unterschiede. Vor allem Naturwissenschaftlern wird oft ein Wissen zugeschrieben, dass so überlegen ist, dass kaum von den Beratenen überprüft werden kann, ob dieses Wissen zuverlässig ist.

In Fachbehörden, die von Gremien wie der ZKBS beraten werden, arbeiten allerdings oft auch akademisch ausgebildete Beamte, die durch ihre lange Tätigkeit ebenfalls über Fachwissen verfügen. Ähnliches dürfte für die Mitarbeiter in den Ministerien gelten, die von Sozialwissenschaftlern beraten werden. Auch hier ist auf der Seite der Beamten ein hohes Maß an Sachverstand zu erwarten. Trotzdem werden die Wissenschaftler über mehr wissenschaftliches Wissen verfügen und die Beamten eher über internes Erfahrungswissen zu einzelnen Politikfeldern. Es ist anzunehmen, dass auch Parlamentarier über erhebliches Sachwissen zu ihrem Spezialthema verfügen. Aber diese Parlamentarier müssen sich auch über andere und immer neue Themen ein Bild machen und hier sind wissenschaftliche Berater gefragt und verfügen über überlegenes Wissen. Ähnliches dürfte für Mitarbeiter anderer politischer Organisationen gelten.

Es wurde schon betont, dass nicht nur wichtig ist, dass das eingebrachte Wissen überlegen ist. Wichtig ist auch, dass das Wissen ein anderes Wissen ist, das neue Problemsichten und Lösungen in den Blick kommen lässt. Wenn solche Kommunikation in die Beratung eingebracht wird, hat sie mehr Aussicht auf Erfolg, als dem Beratenen schon bekanntes Wissen, das nur neu aufbereitet wird.

Dass Wissen auch in der wissenschaftlichen Politikberatung auf die Probleme der beratenen politischen Organisation oder Person bezogen werden muss, wird z. B. daran deutlich, dass beispielsweise Wissen ge-

---

102 Siehe zu so einem Verständnis von Politikberatung: Grosseckeltner 2005: 117-124. Dabei ist »Gemeinwohl« natürlich eine äußerst interpretationsbedürftiger Begriff. Es ist fraglich, ob es gelingen könnte, ein Verständnis von Gemeinwohl zu definieren, das für alle Bürger in einem Staat akzeptabel ist. Es sei denn, solch ein Verständnis wäre sehr abstrakt. Siehe zur Funktion des Begriffes Gemeinwohl im politischen System: Luhmann 2000b: 120f.



funden werden muss, das ermöglicht abzuschätzen, wie risikoreich eine gewisse gentechnische Arbeit ist. Wenn es keine passenden Forschungen dazu gibt, muss aus anderen Forschungsergebnissen auf Risiken geschlossen werden. Daher ist auch immer, wie schon angedeutet, eine gewisse Urteilskompetenz bei der Beratung vonnöten, um zu entscheiden, welches Wissen passt. Dies ist wahrscheinlich eine Kompetenz, die eher aktiven Wissenschaftler zugetraut werden kann.

Die Unabhängigkeit von Beratern wird immer wieder in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte über wissenschaftliche Politikberatung diskutiert. Wissenschaftliche Berater werden leicht verdächtigt, Rat zu geben, der ihnen nützt oder Interessengruppen, mit denen sie verbunden sind. Oder es wird vermutet, dass ihr Rat eher politischen Überzeugungen folgt als wissenschaftlichem Wissen (Collingridge/Reeve 1986: 6; Japp/Kusche 2004: 519; Weingart 2006: 41). Die Debatten über mögliche Abhängigkeiten zeigen aber, dass Unabhängigkeit erwartet wird.

Supervision oder Einrichtungen, die als etwas Ähnliches interpretiert werden könnten, gibt es in der wissenschaftlichen Politikberatung nicht. Zwar findet dadurch, dass die Beratung oft durch mehrere Wissenschaftler stattfindet, eine gegenseitige Kontrolle statt, aber ob diese eher auf fachliche Fragen ausgerichtet ist oder auch auf die adäquate Vermittlung von Innen- und Außensicht gerichtet ist, kann hier nicht generalisierend gesagt werden. Dies ist nur durch empirische Untersuchungen zu klären. Es kann aber vermutet werden, dass die formelle oder informelle Mitarbeit von Repräsentanten der beratenen Organisationen bei wissenschaftlichen Gremien es wahrscheinlicher machen, dass die Sicht, die Zwänge und die Möglichkeiten der Beratenen im Blick bleiben.

Strukturmerkmale, die das Problem der Unsicherheit bearbeiten, sind auch in der wissenschaftlichen Politikberatung zu finden. Politische Organisationen und Personen müssen ihren Beratern vertrauen können. Die Regel der Verschwiegenheit über die Inhalte der einzelnen Treffen von Gremien und Nichtöffentlichkeit der Sitzungen sind Merkmale dafür, dass es sich manchmal bei der Beratung um sensible Themen handelt. Um in solche risikobehafteten Beziehungen einzugehen, muss ein gewisses Vertrauen in die Berater investiert werden, das in manchen Fällen durch etablierte Beziehungen stabilisiert wurde und wird (Müller 2007: 238; Patzwaldt 2007: 200ff).

Bei den Beratungsformen, bei denen die Auswahl der Berater eher formalisierter ist und durch die Nachfrager nicht direkt gesteuert werden kann, muss sich ein Vertrauensverhältnis erst aufbauen, und darin dürfte der Grund dafür liegen, dass politische Organisationen versuchen, den Zugang der öffentlichen Beobachtung solcher Gremien wie der ZKBS und der SSK zu kontrollieren. Was die Routinen angeht, so dürften ge-

rade die Mitglieder der zuletzt genannten Gremien gewisse Routinen in ihrer Arbeit entwickeln. Die Beratung der ZKBS stellt ein stark geregeltes Verfahren dar, das oft nach dem gleichen Muster abläuft.<sup>103</sup>

Ob und über welche Routinen Wissenschaftler, die erfahrene Berater sind, weiterhin verfügen, müsste empirisch geklärt werden. Es kann aber angemerkt werden, dass es nur Routinen sein können, die die Wissenschaftler in ihrer Praxis in der Politikberatung entwickeln. In der wissenschaftlichen Praxis werden solche Routinen nicht erworben, da es sich bei Forschung und Lehre um eine andere Praxis handelt. Die Routinen der Forschung können höchstens bei der Wissenssammlung und -generierung für die Beratung nützlich sein.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl die postulierten Folgeprobleme von Beratungssystemen und die Strukturmerkmale derselben auch in der wissenschaftlichen Politikberatung auftauchen. Damit ist dieses analytische Konzept für Beratung nicht zu stark von empirischen Phänomenen abgekoppelt und scheint für die Analyse der wissenschaftlichen Politikberatung angemessen.

Wiederum dem allgemeinem Beratungskonzept folgend, können nun die Strukturmerkmale auch als Erwartungen gesehen werden, die unter anderem die Rollen wissenschaftlicher Berater und politische Beratene bilden und denen sich die Träger dieser Rollen als Anforderungen gegenüber sehen, wenn sie die Rollen spielen. Wie gezeigt, mit diesen Anforderungen müssen die Rollenträger umgehen, wenn die Wahrscheinlichkeit der Annahme von Kommunikation in der Beratungsbeziehung erhöht werden soll. Die Anforderungen, die sich aus den Strukturmerkmalen ergeben, müssen nun hier nicht wiederum im Einzelnen thematisiert werden, sondern die Tabelle 2 kann einfach modifiziert werden:

*Tabelle 4: Erwartungen an die Rollenträger in der wissenschaftlichen Politikberatung*

Wissenschaftliche Berater	Beratene politische Organisation oder Person
Wissenschaftliches Wissen Problembezug Unabhängigkeit Routinen (Gegenseitige Kontrolle)	Freiwilligkeit Vertrauen

103 Siehe zur Arbeitsweise der ZKBS die Verordnung, die diese regelt. Sie ist abrufbar unter: <http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/zkbsv/gesamt.pdf> (Stand 27.6.2007).

Damit kann die Darstellung des Begriffs der wissenschaftlichen Politikberatung hier abgeschlossen werden. Es müsste deutlich geworden sein, dass der allgemeine Beratungsbegriff sich auch auf die wissenschaftliche Politikberatung anwenden lässt, ohne die empirischen Fälle vollkommen zu verfehlen. Nun ist es möglich, die Frage zu behandeln, ob wissenschaftliche Politikberatung eine professionalisierungsbedürftige Tätigkeit ist.

#### **4. STRUKTURÄHNLICHKEITEN ZU PROFESSIONALISIERUNGSBEDÜRFTIGEM HANDELN**

Warum stellt sich überhaupt die Frage, ob wissenschaftliche Politikberatung eine professionalisierungsbedürftige Tätigkeit ist? Ein Grund ist der Umstand, dass in der Praxis selbst gefordert wird, die wissenschaftliche Politikberatung müsse professionalisiert werden (Eichhorst/Wintermann 2006: 433f, Wintermann 2004: 60). Auch unter den oben angesprochenen Kommunikationsberatern gibt es Überlegungen, ob und wie diese Art der Politikberatung professionalisiert werden kann.<sup>104</sup> In solchen Debatten wird allerdings oft ein äußerst unscharfer Begriff von Profession verwendet. Dieser unterstellt nur, dass die Qualität der jeweiligen Dienstleistung verbessert werden soll und dass die Praxis auf besserem Wissen basieren sollte. Hier ist aber das Ziel, basierend auf einem soziologisch informierten Professionsbegriff zu ermitteln, ob wissenschaftliche Beratung professionalisierungsbedürftig ist.

Ein weiterer Grund dafür, dass sich diese Frage stellt, ist die Beobachtung, dass sich einige Merkmale der klassischen Professionen auch bei den wissenschaftlichen Politikberatern finden. Dies wird hier nun kurz ausgeführt. Damit ist auch beabsichtigt darzustellen, welcher Professionsbegriff hier herangezogen wird. Dies ist nötig, weil es in der soziologischen Forschung über Professionen unterschiedliche konkurrierende Konzepte gibt, um Professionen zu analysieren und zu beschreiben. Dabei soll allerdings nicht eine umfassende Diskussion der gesamten Debatten um die Professionen und Professionalisierung geleistet werden. Dies würde hier zu weit führen und zu sehr von der eigentlichen Argumentation ablenken.<sup>105</sup>

---

104 Siehe z. B. die Publikation der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung über die Frage, was gute Politikberatung ist. In dieser Publikation wird auch über Möglichkeiten der Professionalisierung diskutiert und es wird ein Verhaltenskodex vorgeschlagen. Siehe: Deutsche Gesellschaft für Politikberatung 2005: 18ff.

105 Für gute Überblicke über die Diskussion sei auf folgende Arbeiten verwiesen, die auch hier die Grundlage der Darstellungen bilden: Evetts

Ganz allgemein werden als Professionen eine besondere Gruppe von Berufen bezeichnet, die sich von anderen Berufen unterscheiden. Diese Berufe befinden sich vor allem in den Feldern Medizin, Recht, Religion. Manche Autoren diskutieren weiterhin ob Lehrer (Luhmann 2002: 151) und Berufe in der Sozialen Arbeit (Bommes/Scherr 2000: 235f) Professionen sind oder werden sollten. Bei allen unterschiedlichen Auffassungen in der Soziologie der Professionen darüber, was genau eine Profession ausmacht, beziehungsweise Professionalität auszeichnet, lässt sich doch sagen, dass die meisten Ansätze unter einer Profession Berufe verstehen, die sich durch den

- Bezug auf nicht technisierbare Problemstellungen auszeichnen.
- Bei diesen Problemstellungen geht es um die Existenz- beziehungsweise Bestandssicherung von Individuen.
- Die Bearbeitung der Problemstellungen wird auf der Grundlage eines kompetenten Umgangs mit wissenschaftlich fundiertem Wissen geleistet und
- unter Berücksichtigung einer professionellen Ethik (Bommes/Scherr 2000: 237).<sup>106</sup>

Die Wissensgrundlage erhalten die angehenden Professionellen an Universitäten in speziellen Ausbildungsgängen und die Kontrolle der Arbeit bleibt den Professionellen selbst überlassen, da nur sie selbst intern ihre vorraussetzungsreiche Tätigkeit und ihren kompetenten Vollzug beurteilen können.<sup>107</sup>

---

2006; Helsper/Krüger/Rabe-Kleberg 2000; Maiwald 2004: 30-51; Pfadenhauer 2003: 31-54; Stock 2005.

- 106 Hier wird also von einer Sichtweise ausgegangen, die Professionen über die Beobachtung und Beschreibung der Struktur ihrer Handlungen beziehungsweise der Art ihrer Dienstleistung von anderen Berufen abgrenzt und analysiert. Andere prominente Ansätze fragen eher nach Merkmalen, die für Professionen typisch sind und versuchen zu analysieren, ob man es mit einer vollständigen Profession bei dem in Frage stehenden Beruf zu tun hat. Dieser Kriterienkatalog ist teilweise von Berufsvereinigungen genutzt worden, beziehungsweise wird benutzt, um den eigenen Status zu erhöhen und den eigenen Beruf zu »professionalisieren«. Siehe zu diesem Ansatz den einflussreichen Aufsatz von: Wilensky 1964 und die zusammenfassenden Darstellungen bei: Pfadenhauer 2003: 32-37, Maiwald 2004: 30ff. Zu dem Gedanken, dass die Professionssoziologie selbst als Anleitung für die angestrebte Professionalisierung von Berufsvereinigungen genutzt wird: Stichweh 2005: 39f.
- 107 Auch Helsper et al machen Gemeinsamkeiten beim Verständnis von Professionen der unterschiedlichen Forschungsrichtungen in der Professionssoziologie aus. Siehe Helsper/Krüger/Rabe-Kleberg 2000: 8f. Die Definition von »professionalism« von Freidson ähnelt ebenfalls dem wiedergegebenen Verständnis. Siehe: Freidson 2001: 127.

Das erste Merkmal, das wissenschaftliche Politikberater und Professionelle gemeinsam haben, ist ziemlich offensichtlich der Umstand, dass sie ihre Leistung unter Verwendung von abstraktem wissenschaftlich fundiertem Wissen erbringen.<sup>108</sup> Dabei ist das Wissen der klassischen Professionen Recht, Theologie und Medizin nicht nur reines wissenschaftliches Wissen, sondern es gibt auch dogmatisierte Anteile. In jedem Fall ist es aber akademisch verwaltetes Wissen, das Anteile von Wissen hat, das auch wissenschaftlichen Status hat (Kurtz 2000: 175; Stichweh 1994: 296; Stichweh 1994a: 367f).

Die wissenschaftlichen Berater greifen in einigen Fällen eventuell in höherem Maß als Professionelle auf wissenschaftliches Wissen zu, das direkt aus der Forschung kommt. Trotzdem haben Politikberater und Professionelle beide das Merkmal gemeinsam, dass sie abstraktes esoterisches Wissen nutzen und auf die Problemlagen ihrer Adressaten anwenden.

Bei Professionellen ist die Anwendung des abstrakten Wissens zur Lösung einer Problemstellung des Klienten kaum technisierbar. In ihrer Praxis können sie nicht einfach vorgefertigte Problemlösungen anwenden, sondern müssen das Wissen verwenden, um Probleme des Klienten herauszufinden und Lösungen zu entwickeln (Klatetzki 2005: 268f). Diese Tätigkeit ist kaum standardisierbar, weil das wissenschaftliche Wissen des Professionellen nie so umfassend sein kann, dass es alle denkbaren spezifischen Fälle umfasst und so eine fast technisch anwendbare Lösung von Problemen bereit hält (Luhmann 2002: 148ff). Der je konkrete Fall muss zwar mit dem Wissen gedeutet werden, aber hinzu kommen ein in der Praxis erlerntes Wissen und die Berücksichtigung der spezifischen Fallausprägung, die eventuell nicht alle Lösungen zulässt (Stichweh 1994: 296).<sup>109</sup>

Bei den klassischen Professionen wird dieses Problem dadurch bearbeitet, dass sie die Ausbildung selbst kontrollieren und eine Einübungsphase in die Praxis vorsehen. Weiterhin kontrolliert die Profession sich selbst, um sicher zu stellen, dass die Praxis diesen Anforderungen ge-

108 Der Umstand, dass wissenschaftliche Politikberatung stark auf wissenschaftlichem Wissen basiert, unterscheidet diese Beratung auch von anderen Formen der Beratung. Es soll hier nur um wissenschaftliche Politikberatung gehen. Siehe zu Fragen ob andere Fälle von Beratung Professionen sind oder werden z. B.: Alemann 2007 zur Beratung durch Soziologen im Gesundheits- und Sozialwesen und Bohn/Kühl 2004 zur Organisationsberatung.

109 Auch Parsons sieht diese Notwendigkeit des Bezugs auf den Klienten und nennt sie den »clinical focus« der Professionen. Siehe dazu die hervorragende Rekonstruktion von Parsons' theoretischen Arbeiten zu den Professionen von: Stock 2005: 323ff.

nügt. Es wurde oben angemerkt, dass es auch bei der wissenschaftlichen Beratung nicht darum geht, nur Wissen zu vermitteln oder standardisierte Ratschläge zu liefern. Es geht in vielen Fällen der Politikberatung darum, mit dem wissenschaftlichen Wissen neue Problemdiagnosen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ebenso wie bei Professionellen ist diese Aufgabe mit Unsicherheit darüber verbunden, ob dies auch angemessen gelingt.

Es geht bei der Politikberatung allerdings nicht um Existenz- oder Bestandskrisen individueller Menschen, also um Beschädigungen leiblicher oder psychischer Integrität, um Sinnkrisen, um Strukturaufbau im psychischen System (wenn die Lehrer hinzugenommen werden), oder um Recht<sup>110</sup>, sondern um Politiker, die als Rollenträger Beratung nachfragen oder politische Organisationen, die ein Entscheidungsproblem haben.

In systemtheoretischen Überlegungen zu Professionen wird angenommen, dass sich Professionen in den Funktionssystemen bilden, in denen es für die Funktionserfüllung darum geht, Personen in der Umwelt der Funktionssysteme zu ändern (Kurtz 2000: 170; Pfadenhauer 2003: 44f). Diese Praxis und vor allem der Umgang mit prinzipiell intransparenten Personen ist immer unsicher, daher entwickeln sich dafür spezialisierte Berufsrollen, die ihren eigenen Arbeitsbereich abschotten, nur interne Kontrolle zulassen und ein Scheitern, wenn nach den Regeln der Kunst verfahren wurde, keine allzu negativen Konsequenzen für die Professionellen hat (Luhmann 2002: 148; Kurtz 2000: 177, Kurtz 2005: 150f).

Die Funktionssysteme Recht, Medizin, Religion, Erziehung haben keine symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien ausgebildet, wie z. B. die Wirtschaft mit Geld, die für die Annahmewahrscheinlichkeit der Kommunikation der Funktionssysteme sorgen. Diese Funktionssysteme sehen vielmehr individualisierte Rollen für die Personen vor, die keine Leistungsrollen – z. B. Ärzte – in den Funktionssystemen einnehmen. Diese Rollen können Klienten, Patienten, Gemeindemitglieder oder Schüler sein. Mit diesen Rollen wird das Publikum der Funktionssysteme angesprochen und inkludiert, indem die Personen in der Umwelt diese Klientenrollen einnehmen können, um die Leistungen des Funktionssystems in Interaktionssystemen mit den Professionellen zu erhalten (Stichweh 1994a: 370f; Stichweh 2006a: 12).

---

110 Im Recht geht es zwar erst einmal unabhängig von Individuen um die Stabilisierung von Erwartungssicherheit, aber Rechtskonflikte können potentiell die Existenz- und Bestandssicherheit von Individuen gefährden und sind damit tendenziell krisenhaft für die Betroffenen. Siehe dazu: Stichweh 1994a: 372.

Diese Funktionssysteme erbringen also ihre Funktion, indem sie Personen in Interaktionssystemen zu Laien machen und deren Fälle mittels Trägern der primären Leistungsrollen des Systems mit den Sinnperspektiven des jeweiligen Funktionssystems bearbeiten. Dies tun die Professionellen, indem sie den Fall mit der Sinnperspektive des Funktionssystems – sei es Recht/Unrecht oder Gesund/Krank – vermitteln. Sie beziehen also Fall und Perspektive des Funktionssystems aufeinander (Stichweh 1994a: 374). Da es für die Deutungen der Fälle aus der Perspektive des Funktionssystems keine Medien gibt, die die Annahmewahrscheinlichkeit dieser Deutungen erhöhen, benutzen diese Funktionssysteme die professionalisierte Interaktion (Kurtz 2000: 170).

Die jeweiligen Professionellen sind somit auch nur für ihre Sinnperspektive zuständig und qualifiziert. Ein Arzt kann kein Rechtsbeistand sein. Professionen zeichnet somit auch eine gewisse »professional purity« ihrer Zuständigkeit aus (Abbott 1981: 823). Es gibt eine zureichend abstrakte Perspektive, die sich auf Problemstellungen der Klienten beziehen lässt (Maiwald 2004: 39), und konkurrierende Perspektiven, die reklamieren könnten, die Fälle auch behandeln zu können, sind nicht vorhanden, beziehungsweise erfolgreich als Scharlatanerie ausgeschlossen.<sup>111</sup>

Nun geht es in der Tat in der Politikberatung durch Wissenschaftler nicht um Fälle, in denen Individuen in ihrer Lebensführung gefährdet sind, weil Existenz- oder Bestandskrisen der psychischen oder physiologischen Integrität auftreten.<sup>112</sup> Es geht, wie oben schon gesagt, bei der wissenschaftlichen Politikberatung um Krisen der Entscheidungstätigkeit von politischen Personen oder von politischen Organisationen. Nun stehen aber auch bei den klassischen Professionen nicht immer die ganzen Individuen unter Behandlung, sondern die Professionellen rekonstruieren diesen Klienten als Fall hinsichtlich ihrer Zuständigkeit. Es geht bei ihnen also auch nicht immer um die ganze Person.<sup>113</sup> Bei der professionellen Arbeit mit dem Klienten muss zwar manchmal die ganze

111 Abbott nennt dies die erfolgreiche Durchsetzung des »jurisdictional claims« einer Profession. Siehe: Abbott 1988: 59-85.

112 Diese Aufgabe bildet den Anlass zur Bildung von Professionen mit einer gewissen Autonomie, weil solche Tätigkeiten besonderer Kontrolle bedürfen und diese Kontrolle nur durch die professionelle Gemeinschaft selbst geleistet werden kann. Siehe Stichweh 1994: 298; Freidson 2001: 208f.

113 Pfadenhauer treibt diese Feststellung weiter und nimmt an, dass Professionelle die Fälle ihrer Klienten so rekonstruieren, dass sie zu den Lösungen und Behandlungen passen, die sie anbieten können. Siehe dazu Pfadenhauer 2003: 100.

Person und ihre Situation in den Blick genommen werden. Dies ist aber, wie gezeigt, auch bei Politikberatung notwendig.

Wenn die Definition von Profession nicht ganz so eng angelegt wird, gibt es somit Ähnlichkeiten zwischen der Tätigkeit von Professionellen und wissenschaftlichen Politikberatern. Eine etwas breitere Definition von Professionen kann dann davon ausgehen, dass Professionen da entstehen, wo abstraktes esoterisches Wissen auf das Problem eines Klienten bezogen werden muss, um diesen bei der Lösung seines Problems zu helfen. Dieses Wissen – im Fall der Politikberatung eben wissenschaftliches Wissen – ist aber so abstrakt und die Anwendung des Wissens so unsicher, dass diese Praxis nur von denen kontrolliert werden kann, die diese Praxis selbst beherrschen und selbst über das esoterische Wissen verfügen.<sup>114</sup> Es sind dann vor allem die Unsicherheit der Praxis, das esoterische Wissen und die Anforderung eines kompetenten Umgangs mit einem Klienten, die typischerweise eine professionelle Praxis auszeichnen.

Einer Bemerkung Stichwehs folgend, könnte also gesagt werden, dass das Handeln von Wissenschaftlern dem der Professionellen gleicht, wenn sie sich nicht nur auf den internen wissenschaftlichen Diskurs beziehen, sondern, wie in der Anwendungsforschung und der Beratung, das abstrakte Wissen von Ratsuchenden nachgefragt und diesen vermittelt werden muss (Stichweh 1994a: 293 Anm. 51).

In der soziologischen Theoriebildung zu Professionen wird weiterhin in einigen Ansätzen Parsons folgend angenommen, dass Professionen dort entstehen, wo es um zentrale Werte der Gesellschaft beziehungsweise um die Erfüllung zentraler Funktionen in und für die Gesellschaft geht (Parsons 1939: 467).<sup>115</sup> Sie bearbeiten in der Gesellschaft die Ge-

---

114 Siehe für so eine Auffassung professioneller Praxis: Kurtz 2000. 178f und Anm. 19. Die hier gegebene Definition von Professionen ist aber auch nicht so breit wie die von Parsons, der unter Professionen alle die akademischen Berufe versteht, die kognitive Ressourcen zur Lösung von Lebensproblemen von Klienten einsetzen. Somit zählen bei Parsons auch Ingenieure oder Berufe in der öffentlichen Verwaltung zu den Professionen. Siehe Parsons 1990: 305, 308, 326ff.

115 Diese funktionale Interpretation der Entstehung von Professionen wird auch hier zugrunde gelegt. Die theoretischen Konzeptionen von Stichweh und Oevermann, die die Basis des Professionsbegriffs bilden, von dem hier ausgegangen wird, betonen ebenfalls die Funktionen der Professionen und erklären die Institutionen der Professionen über die Funktion, die sie für die Sicherung der professionellen Praxis haben. Der konkurrierende »power approach«, der Professionalisierung als ein Aufstiegsprojekt von einzelnen Berufsgruppen ansieht, die vor allem versuchen über Marktschließungen ein Monopol zu sichern, wird hier nicht näher diskutiert. Er erscheint für das hier verfolgte Erkenntnisinteresse



staltung der Beziehung der Menschen zu ihrer materiellen Umwelt (Ingenieure), zu sich selbst als einem organischen und psychischen Individuum (Medizin) und zur Gesellschaft, in der die Menschen leben (Recht) (Parsons 1990: 308). Dadurch dass die Professionen Abweichungen wie Krankheit und Rechtsbruch bearbeiten, stabilisieren sie auch diese Ordnungen und tragen so zur Wertstabilisierung von Werten wie Gesundheit und Gerechtigkeit bei (Parsons 1990: 331; Pfadenhauer 2003: 38).

Da die Professionen an den Universitäten ausgebildet werden, übernehmen sie darüber hinaus dort den Wert der kognitiven Rationalität und tragen dazu bei, diese Orientierung in der Gesellschaft zu verbreiten, weil sie sich selbst in ihrer Praxis daran orientieren (Parsons 1939: 459; Stock 2005: 288ff; 315-331; Wenzel 2005: 62). Für Stichweh ist die Zuständigkeit der Professionen für die Beziehungen zu Gott (Theologie), zu sich selbst (Medizin) und zu anderen Menschen (Recht) eine Eigenschaft der vormodernen ständisch differenzierten Gesellschaft (Stichweh 2005: 31). In der funktional differenzierten Gesellschaft sind die Professionen – wie schon dargestellt – in die Funktionssysteme abgewandert und vermitteln die Sinnperspektive des jeweiligen Funktionssystems, wobei sie damit gleichsam die positive Seite des Codes eines Funktionssystems<sup>116</sup> als Wert vertreten. Es geht z. B. darum, Gesundheit wieder herzustellen.

Ähnlich sieht Oevermann die Aufgabe der Professionen darin, die erreichte Normalität in einer Gesellschaft, die nach seiner Strukturtheorie immer eine Bewältigung vergangener Krisen ist, dadurch zu sichern,

---

nicht fruchtbar, da es hier nicht um den Aufstieg beziehungsweise um die Aufstiegsbestrebungen eine Berufsgruppe geht. Würde die Politikberatung durch Strategieberater und Public-Affairs Berater untersucht, die Professionalisierungsbestrebungen aufweisen, wären diese Ansätze zu berücksichtigen. Siehe für solch eine Untersuchung: Althaus 1998. Eine zentrale Untersuchung des »power approach«, auf die in der Diskussion immer wieder Bezug genommen wird ist Larson 1977. Siehe zu diesem Ansatz: Evetts 2006: 519ff; Pfadenhauer 2003: 50-54.

- 116 Die Codes der Funktionssysteme sind Präferenzcodes, die die positive Seite als Präferenz ausdrücken. Sie codieren das jeweilige symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium und zeichnen dadurch den positiven Wert, z. B. Wahrheit, mit einer Präferenz aus, weil hier das Medium verwendet werden kann und Annahme der Kommunikation wahrscheinlich macht. Die negative Seite des Codes wird so eher zum Reflexionswert, bei dem zwar die Kommunikation nicht aufhören muss, aber es eben schwerer ist, für Annahme zu sorgen. Z. B. muss wahr sein, dass etwas unwahr ist. Es muss also die positive Seite und damit das Medium bemüht werden, damit auf Annahme der Unwahrheitsbehauptung gehofft werden kann. Siehe zu den Codes: Luhmann 1997: 359-370.

dass individuelle Krisen, als solche stellvertretend behandelt werden. Die Krisen, die von Professionellen stellvertretend bewältigt werden, sind nach Oevermann Probleme mit der Aufrechterhaltung der psychosomatischen sozialen Autonomie, der Aufrechterhaltung von Gerechtigkeit und der Sicherung der Geltung der Wissensgrundlagen<sup>117</sup> (Oevermann 2002a: 23f). Das professionelle Handeln ist somit eben nicht nur dem individuellen Klienten verpflichtet, sondern auch den Werten und Regeln seines Bereichs.

Oevermann löst damit seinen Professionsbegriff von den konkreten Individuen und ersetzt diese durch den Begriff autonome Lebenspraxis. Diese gerät in eine Krise und gefährdet damit die erreichten Lösungen alter Krisen der Lebenspraxis. Indem die Krisen einer individuellen Lebenspraxis, z. B. eines Individuums, zugeschrieben werden, wird die restliche Normalität von der Krise geschützt und die Professionen können die Krisen bearbeiten. Im Falle der Wissenschaft simulieren die Wissenschaftler diese Krisen, indem sie die Geltung von Wissen in Frage stellen, um dann neues oder anderes Wissen zu erschaffen (Oevermann 1999: 88-95). Die Professionellen stehen also immer unter der Anforderung, die einmal erreichten Lösungen von Krisen, die zur Normalität in einer Gesellschaft geworden sind, zu sichern und der individuellen Lebenspraxis zu helfen. Beispielweise dürfen Anwälte nicht alles tun, um ihren Klienten zu helfen, auch sie sind auf die Geltung des Rechts verpflichtet.<sup>118</sup>

Nun drehen sich manche politischen Probleme auch um Sachverhalte, die als gesamtgesellschaftlich relevant angesehen werden können. So geht es bei Risikoabschätzungen um Fragen derart, wie gut Personen, die in der Nähe von Atomkraftwerken leben, vor Strahlung geschützt werden müssen. In der Außenpolitik kann es um die Frage gehen, ob man Soldaten in lebensgefährliche Einsätze schickt. Wenn die Beratung in diesen Fragen die Entscheidungen beeinflusst, ist es erwartbar, dass Ansprüche nach der Kontrolle dieser Beratung auftreten. Diese Kontrolle kann aber schwerlich von Laien von außen geleistet werden kann, weil das Wissen zu voraussetzungsvoll ist. In den Debatten um wissenschaftliche Politikberatung ist die Kontrolle der Qualität der Beratung ein Thema, das breit diskutiert wird.<sup>119</sup> Dieses Kontrollproblem der anspruchsvollen Leistung wird bei den Professionen genau durch die pro-

---

117 Damit ist Wissenschaft gemeint. Oevermann sieht auch Wissenschaft als Profession. Siehe dazu insgesamt Oevermann 2005 und Münte 2004.

118 Auch Parsons hat diese Problematik klar gesehen. Siehe dazu Stock 2005: 334.

119 Siehe zu diesen Debatten Renn 1999: 538-542; Voßkuhle 2005: 435f und insgesamt Lentsch 2007.

fessionelle Autonomie bearbeitet. Auch wenn wissenschaftliche Berater keine Professionellen sind, könnte es hier das gleiche Problem geben.

Weiterhin sind die Politikberater, um die es hier geht, oft praktizierende Wissenschaftler. Ähnlich wie Parsons es für die akademischen Berufe vermutet, haben die Wissenschaftler die Tendenz, den Wert der kognitiven Rationalität in die Politikberatung mit einzubringen. Es wird von Politikberatern oft als Ziel angegeben, dazu beizutragen, die Politik zu rationalisieren.<sup>120</sup> Einige der Wissenschaftler sehen sich somit anscheinend auch als Treuhänder ihres Bereichs und der darin herrschenden Werte.

Wie die Analyse der Interviews noch zeigen wird, reagieren die Wissenschaftler sehr heftig, wenn ihre Deutungshoheit darüber angegriffen wird, was als wissenschaftlich gesichertes Wissen gelten kann. Als Wissenschaftler verteidigen sie ihren »jurisdictional claim« über das wissenschaftliche Wissen. Diese Orientierung bringen Wissenschaftler anscheinend auch in die Politikberatung ein. Wenn dies mit einer Klientenorientierung in der Praxis einhergeht, ist dies eine Orientierung, die – Oevermann folgend – auch von Professionen erwartet wird. Andere Wissenschaftler geben an, dass sie sich eher an einem Gemeinwohl orientieren, das wissenschaftlich bestimmbar ist und an dem sie ihre Beratung orientieren, um nicht nur Gefälligkeitsgutachten zu liefern.<sup>121</sup>

Zusammenfassend gesagt weisen manche wissenschaftliche Berater ebenfalls eine Wertorientierung auf. Es stellt sich allerdings, wie oben schon angemerkt, die Frage, ob die Orientierung an der wissenschaftlichen Wahrheit die einzige Orientierung ist, die ihr Handeln in den Beratungsbeziehungen beeinflusst und ob eine reine Orientierung an dem Wert kognitive Rationalität überhaupt erfolgreiche Beratung ermöglicht.

Nur kurz angemerkt sei, dass wissenschaftliche Politikberater keine Professionsethikkodizes entwickelt haben, es aber Ansätze zu Debatten über Richtlinien guter Praxis gibt. Seit Beginn der Diskussion über die besonders herausgehobenen Berufe wird die Professionsethik als ein bestimmendes Merkmal dieser Berufe gesehen (Durkheim 1991: 19). Diese Regelkataloge sind vor allem auf das Handeln der Professionellen im Umgang mit den Klienten bezogen (Abbott 1983: 860; Stichweh 1994: 306f). Sie stellen die Kriterien dar, nach denen die Professionellen ihre

120 Siehe z. B. Kloten 2006: 127. Dieses Ziel drückt sich auch darin aus, dass unter den wissenschaftlichen Politikberatern darüber debattiert wird, warum der gute Rat so oft ignoriert wird. Siehe z. B. Eichhorst/Wintermann 2003: 170; Rabe 2003: 119.

121 Eine Vorstellung, die anscheinend bei Ökonomen verbreitet ist. Siehe dazu z. B. Grossekkettler 2005: 121; Hannowsky 2004: 167; Sundmacher 2005: 163.

Praxis untereinander kontrollieren und sind ein Produkt der Selbstverständigung der Professionellen über ihre eigene Praxis und das, was sie als gute Praxis ansehen (Maiwald 2004: 51).

Aufgrund von Vertrauensverlusten in die Qualität wissenschaftlicher Politikberatung sind, wie oben schon erwähnt, in jüngster Zeit in Kanada, Großbritannien und von der Europäischen Kommission Richtlinien für die Produktion guter wissenschaftlicher Beratung entstanden. Allerdings schreiben die britischen Richtlinien und ähnlich die Richtlinien der Europäischen Kommission eher den politischen Organisationen vor, wie sie wissenschaftlichen Rat einholen und behandeln sollten. Die vorgeschlagenen Richtlinien für die wissenschaftlichen Berater sind eher Regeln allgemeinen, ethisch korrekten wissenschaftlichen Verhaltens, wie sie auch die Deutsche Gesellschaft für Soziologie für Soziologen/innen entwickelt hat.<sup>122</sup> Diese Richtlinien können aber als ein Anfang einer Debatte über Kodizes guter Praxis angesehen werden.

Es sollte nun deutlich sein, dass wissenschaftliche Politikberater einige Merkmale aufweisen, die auch bei den klassischen Professionen auftreten. Dies sollte rechtfertigen, dass die Professionssoziologie zur Analyse der wissenschaftlichen Politikberater herangezogen wird. Nun könnte eingewandt werden, dass die Professionen sich zurzeit auf dem Abstieg befinden und ihren Status sowie ihre Autonomie mehr und mehr verlieren. Aus diesem Grund wäre es müßig, die wissenschaftliche Politikberatung mit einer gleichsam aussterbenden Art der Ordnung von Berufen zu vergleichen und zu analysieren.

Im Einzelnen konstatieren einige Autoren einen Verlust an Vertrauen in die Professionen (Evetts/Mieg/Felt 2006: 106, Evetts 2006: 525).<sup>123</sup> Andere Autoren sehen in der Institutionalisierung von externen Qualitätsüberprüfungen der Praxis der Professionellen zusammen mit massemedial transportierter Kritik einen Angriff auf die Autonomie der Professionen (Klatetzki 2005: 279f; Stichweh 2005: 41; Schimank 2005: 151-158). Freidson hat derartige Entwicklungen am Beispiel der Mediziner analysiert und unter dem Titel »assault on professionalism« zusammengefasst (Freidson 2001: 179-196).

Gegen diesen möglichen Einwand kann wiederum eingewendet werden, dass diese Diagnosen hier gar nicht relevant sind, wenn zwischen dem Status der klassischen Professionen und dem professionellen Handeln unterschieden wird. Es wurde beständig betont, dass es hier vor allem um die Ebene des Vollzugs von Beratung und den Eigenlogiken der

---

122 Siehe zu Kodizes guter wissenschaftlicher Beratungstätigkeit: Lentsch 2007: 18.

123 Die beiden Aufsätze enthalten Hinweise auf weiterführende Literatur zu diesem Thema.

Beziehung, die Beratung aufspannt, geht. Die Frage, ob wissenschaftliche Politikberater Professionelle sind, werden oder werden sollten, stellt sich erst sekundär.

Kurtz hat vorgeschlagen, zwischen den klassischen Professionen, die seiner Ansicht nach ihre Stellung als primäre Leistungsrollen in den Funktionssystemen verlieren, und professionellem Handeln zu unterscheiden (Kurtz 2000: 189, Kurtz 2005a: 246). Er sieht in den Aufgaben, die die neuen Wissensberufe wie Berater und Experten erfüllen, Tätigkeiten, die dem professionellen Handeln ähneln (Kurtz 2005: 248).

Bei ihrer Leistungserbringung wenden die Berater und Experten nicht einfach wissenschaftliches Regelwissen an, sondern dieses Wissen wird in der Interaktion mit den Klienten auf das Problem der Klienten bezogen. Das Wissen wird also genutzt, um die Probleme der Klienten mit diesen zusammen zu deuten. Es wird nicht einfach eine von technischem Wissen vorgegebene Lösung verordnet (Kurtz 2005: 247). Gerade die Aufgabe, die Probleme mit dem Wissen zu deuten und die Angewiesenheit auf die Mitarbeit des Klienten, sind Eigenschaften des professionellen Handelns. Die neuen Wissensberufe sehen sich ähnlichen Aufgaben gegenüber (Kurtz 2005: 251).

Auch Stichweh konzidiert, dass es Berufe gibt, die zwar keine volle Profession darstellen, aber in ihren Handlungslogiken den Professionen ähneln. Seine Beispiele sind Wirtschaftsprüfer und Sozialarbeiter (Stichweh 2006a: 14).<sup>124</sup> Ein anders Beispiel für solche Berufe wären die Berufe, die sich mit Organisationsentwicklung, systemischer Beratung und Managementberatung beschäftigen (Bohn/Kühl 2004).

Wie auch immer die einzelnen Vorschläge von Berufen, deren Leistungserbringung als professionelles Handeln eingeordnet werden kann, beurteilt werden, bleibt doch festzuhalten, dass die Idee, die auch hier verfolgt wird, nämlich dass es professionelles Handeln auch außerhalb der klassischen Professionen und der Funktionssysteme ohne Medium geben kann, auch in anderen professionssoziologischen Arbeiten verfolgt wird. Dies ist genug Anlass, diese Idee hier weiter zu verfolgen.

Es soll hier allerdings vorrangig nicht diskutiert werden, ob wissenschaftliche Politikberatung eine Profession ist oder wird. Es geht hier darum, die Eigendynamiken von Beratungsbeziehungen zu rekonstruieren. Dieses Ziel lässt sich nun weiter verfolgen, wenn weiter die Frage gestellt wird, ob wissenschaftliche Politikberatung tatsächlich eine professionalisierungsbedürftige Tätigkeit ist. Stellt sich die wissenschaftli-

---

124 Im Falle der Sozialarbeit gibt es eine breite Diskussion darüber, ob dieser Beruf eine Profession ist oder werden sollte. Siehe dazu: Bommes/Scherr 2000: 231-240.

che Beratung in ihrer Praxis als eine Tätigkeit dar, die die gleichen Anforderungen an die Rollenträger stellt, wie der Vollzug professionalisierter Praxis?

Wenn diese Frage mit ja beantwortet werden kann, sind die Strukturen gefunden, die die Probleme in der wissenschaftlichen Beratung darstellen, beziehungsweise eine Auswirkung dieser Strukturen sind, weil sie entweder selbst problematische Anforderungen darstellen, oder es nicht gelingt, diesen Strukturen Rechnung zu tragen. Damit würden auch die durch die Rezeption von Forschungen über Beratungen gefundenen Folgeprobleme auf ein sicheres theoretisches Fundament gestellt werden. Trotz der funktionalen Begründung der Folgeprobleme ist noch nicht zureichend gesichert, dass die Folgeprobleme Asymmetrie, Vermittlung von Innen- und Außensicht, Unsicherheit wirklich diejenigen sind, die die Beratungsbeziehung in allen Kontexten prägen, in denen wissenschaftliche Politikberatung stattfindet.

Da begründet vermutet werden kann, dass wissenschaftliche Politikberatung Ähnlichkeiten zu professioneller Praxis aufweist, liegt es nahe, professionssoziologische Arbeiten zu professioneller Praxis heranzuziehen. Hier kommt dann relativ schnell die »revidierte Professionalisierungstheorie« Ulrich Oevermanns in den Blick. Diese fokussiert auf die Eigenlogik professioneller Tätigkeiten und damit auf die zu bewältigenden Handlungsproblematiken, die aus dieser Eigenlogik erwachsen (Oevermann 1999: 70f).

Oevermann fokussiert auf die Eigenlogik professionalisierter Praxis, weil in der klassischen strukturfunktionalistischen Professionalisierungstheorie die besondere Stellung der professionellen Berufe funktional erklärt wird, dies aber nicht explizit genug gemacht ist. Parsons erklärt die Institutionen, die die Professionen auszeichnen, aus deren besonderer Handlungsproblematik, kognitive Ressourcen zur Lösung von praktischen Problemen von Klienten einzusetzen (Parsons 1990: 302), ohne die besondere Struktur dieser Handlungen genau zu rekonstruieren.

Für Oevermann sind nun die Institutionen der Professionen gemeinsame akademische Ausbildung, kodifizierte Wissensbasis, kollegiale Professionsethik, interne Kontrolle der professionellen Praxis, keine offene Profitorientierung, und hohes Prestige in der Typik der Handlungsprobleme begründet, denen sich Professionelle in ihrer Praxis gegenübersehen. Genauer gesagt sind sie direkte Folgen der Handlungsproblematiken, beziehungsweise haben die Funktion, dass die Handlungsproblematiken der professionellen Praxis den Erfolg dieser Praxis nicht behindern (Oevermann 2002a: 22f, Maiwald 2004: 51).

Weiterhin eignet sich die Theorie Oevermanns, weil sie die Professionalisierungsbedürftigkeit einer Tätigkeit nicht mehr an dem Umgang

mit einem Klienten fest macht, sondern an der stellvertretenden Krisenbewältigung für eine Lebenspraxis, die in eine Krise geraten ist und diese nicht mehr selbst lösen kann (Oevermann 2002a: 24). Dieser Begriff der Lebenspraxis wird nun von Oevermann nicht nur an Personen gebunden, es können auch Familien oder größere Gemeinschaften sein (Oevermann 2002a: 23). Wichtiger ist für Oevermann, dass die Lebenspraxis autonom ist. Was Oevermann darunter versteht, wurde oben schon erläutert.

Nur bei einer autonomen Lebenspraxis ist es möglich und sinnvoll, ihr bei der Krisenbewältigung zu helfen, wenn sie diese nicht mehr selbst leisten kann (Oevermann 2003: 274; Oevermann 1999: 77ff). Wenn die Praxis nie autonom war, ist es auch schwerlich möglich, diese wieder herzustellen. Nur bei der schulischen Erziehung muss diese autonome Lebenspraxis erst noch erreicht werden (Oevermann 2002a: 38) und muss daher unterstellt werden, obwohl sie das Ziel der pädagogischen Wissensvermittlung ist.

Es ist hier nicht nötig, dem etwas emphatischen Verständnis Oevermanns von autonomer Lebenspraxis in vollem Umfang zu folgen. Wie oben beim Beratungsbegriff schon angedeutet, muss aber für Beratung und auch für stellvertretende Krisenbewältigung unterstellt werden, dass der Adressat, dem geholfen wird, normalerweise seine Handlungen selbst steuern und auswählen kann. Wenn ein Akteur komplett fremdbestimmt wäre, müsste ja nicht beim Akteur angesetzt werden, sondern bei den ihn bestimmenden Faktoren.

Es erscheint nicht unrealistisch anzunehmen, dass auch Politiker in der Ausfüllung ihrer Rolle ihre Entscheidungen selbst fällen und ihre Praxis selbst bestimmen. Auch Ministerialbeamte und Mitglieder einer Partei sind nicht komplett von der Organisation bestimmt. Wie jegliche Praxis sind auch diese Praxen von Strukturen beeinflusst, die nicht jedes Verhalten zulassen, aber in einem gewissen Rahmen ist autonome Verhaltenswahl möglich. Auch Oevermann geht in diesem Sinne davon aus, dass die primäre Lebenspraxis von Strukturen – wenn auch relativ allgemeinen – gesteuert wird (Pfadenhauer 2003: 40; Oevermann 1999: 76f).

Es wurde schon angemerkt, dass Oevermann zwischen Professionalisierungsbedürftigkeit und faktischer Professionalisiertheit einer Dienstleistung unterscheidet. Die Professionalisierungsbedürftigkeit einer Dienstleistung kann unabhängig davon gegeben sein, ob für die Dienstleistung die Institutionen herausgebildet wurden, deren Entstehung die professionalisierungsbedürftige Dienstleistung ermöglichen und erleich-

tern.<sup>125</sup> Professionalisierungsbedürftig ist eine Dienstleistung und damit die Praxis der Erbringung dieser Dienstleistung, wenn eine stellvertretende Krisenbewältigung geleistet werden muss, die nicht standardisierbar ist (Oevermann 2002a: 26).

Diese stellvertretende Krisenbewältigung darf nicht die Autonomie des Klienten in der Art ignorieren, dass einfach die relevanten Wissensbestände herangezogen werden, diese auf das Problem des Klienten angewendet werden und ihm die Lösung einfach mitgeteilt wird.<sup>126</sup> Mit einem einfachen Anwenden des Wissens würde das Erreichen des Ziels des professionellen Handelns, nämlich die Autonomie der Lebenspraxis wiederherzustellen, dadurch unmöglich gemacht, dass die Autonomie der Lebenspraxis ignoriert würde.

Wenn Lösungen der Krisen einfach verordnet werden würden, würde die Selbstbestimmtheit der Lebenspraxis nicht wieder hergestellt, weil sie die Autonomie mit dem bloßen Verordnen verletzt. Es würde nur sichergestellt, dass die aktuelle Krise behoben wird. Die Fähigkeit der Lebenspraxis wieder selbst Krisen zu bewältigen, ist mit verordneten Lösungen noch nicht erreicht, denn der Lebenspraxis könnte noch nicht unterstellt werden, dass sie prinzipiell fähig ist, wieder selbstständig Entscheidungen zu treffen

Es geht also darum, die krisenhafte Lebenspraxis in ihrer individuellen Gestalt zu ermitteln und dass allgemeine Wissen auf diesen Fall zu beziehen, damit der Lebenspraxis dabei geholfen werden kann, sich wieder selbst zu helfen (Oevermann 2002a: 26). Diese Diagnose des Problems der Lebenspraxis kann dann als eine stellvertretende Deutung der Krise der Lebenspraxis bezeichnet werden, die gemeinsam mit der Lebenspraxis erarbeitet wird. Aufgrund dieser Diagnose entwickelt der Professionelle mögliche Interventionen, die er vornehmen kann, um die

---

125 Oevermann formuliert bei dieser Argumentation manchmal etwas unscharf, so dass nicht klar wird, ob er davon ausgeht, dass die professionalisierungsbedürftige Praxis die Entstehung der Institutionen gleichsam anstößt, oder ob das Bestehen der Institutionen der Professionen durch ihre Funktion erklärt wird. Oevermann spricht hier undeutlich von »zurückführen« der besonderen Stellung der Professionen auf die Professionalisierungsbedürftigkeit ihrer Praxis. Siehe Oevermann 2002a: 22. Da hier keine funktionalen Fehlschlüsse begangen werden sollen, die lauern, wenn von Zurückführen die Rede ist, wird hier nur davon ausgegangen, dass die Institutionen der Professionen die Funktion der Sicherung einer professionalisierungsbedürftigen Praxis übernehmen.

126 Der Begriff der stellvertretenden Krisenbewältigung ist somit etwas missverständlich.



Krise zu lösen. Dies ist eher als die stellvertretende Krisenbewältigung zu deuten.<sup>127</sup>

Auch diese findet unter Mitarbeit der individuellen Lebenspraxis statt. Letztendlich bleibt es ihr überlassen, die Diagnosen zu übernehmen und die Lösungen anzunehmen. Beides, Diagnose und Intervention, können in der Praxis nicht so strikt voneinander getrennt werden, sie bilden eine Einheit in der professionalisierungsbedürftigen Praxis (Maiwald 2004: 46f).

Diese Ermittlung des Problems der Lebenspraxis unter Anwendung von abstraktem Wissen und die Entwicklung von Interventionen ist eine riskante und damit nicht standardisierbare Tätigkeit (Oevermann 1999: 132). Sie ist nicht nur unsicher, sie kann auch tief in die Umstände einer Lebenspraxis eingreifen. Daher muss sie nach Oevermann entlastet von den Zwängen der anderen Teile der normalen Lebenspraxis geschehen,<sup>128</sup> und es muss verhindert werden, dass die stellvertretende Krisenbewältigung, die selbst ein Moment der Entscheidungskrise hat, da sie so unsicher ist, zur Willkür wird. Es muss trotz des Moments der Willkürlichkeit der Entscheidung unter Entscheidungszwang gesichert werden, dass die Entscheidungen bei der Deutung und Intervention so weit wie möglich sachlich begründbar bleiben (Oevermann 1999: 85ff).

In den älteren Überlegungen Oevermanns war es eher diese Aufgabe Wissen und Praxis zu vermitteln, indem das Wissen in der Praxis wirklich genutzt wird, um praktische Probleme zu deuten, die die Professionalisierungsbedürftigkeit einer Dienstleistung ausmachen (Pfadenhauer 2003: 42). In seiner aktuellen Fassung der Professionalisierungstheorie hebt Oevermann eher den Aspekt der stellvertretenden Krisenbewälti-

127 Ähnlich unterscheidet Abbott in der professionellen Praxis die Phasen diagnosis, inference und treatment. Diagnosis und treatment sind mit stellvertretender Deutung und Intervention vergleichbar, der Begriff der inference bezieht sich auf die riskante und nicht standardisierbare Entscheidung der Auswahl der Behandlung aufgrund der ebenfalls riskanten Entscheidung für eine Diagnose. Obwohl diese Begriffe sehr breit sind, da Abbott mehr Berufe als Professionen ansieht als Oevermann, sind sie doch gut geeignet, die drei Aspekte professioneller Arbeit zu beschreiben. Siehe Abbott 1988: 40-52; Klatetzki 2005: 264-269.

128 Es wird oft als Problem der Sozialen Arbeit gesehen, dass diese nicht frei ist von der Verpflichtung, die Klienten auch zu kontrollieren, da sie Empfänger staatlicher Hilfsleistungen sind. Die Berechtigung zum Empfang dieser Leistung muss ebenfalls von den Sozialarbeitern geprüft werden. Die Soziale Arbeit kann sich also nicht frei machen von den Kontexten, in denen sie stattfindet. Dies behindere eine Professionalisierung der sozialen Arbeit. Siehe zu dieser Diskussion: Scherr 2004, Naidai/Sommerfeld 2005.

gung und die Nichtstandardisierbarkeit dieser Aufgabe hervor, die ihre Professionalisierungsbedürftigkeit begründen (Oevermann 2002a: 21).

Die professionalisierungsbedürftige Dienstleistung ist vor allem deswegen nicht standardisierbar, weil, wie schon angemerkt wurde, ein Fallbezug hergestellt werden muss, und dies immer wieder für die je konkrete Lebenspraxis. Weiterhin ist der Bezug des abstrakten Wissens auf den konkreten Fall ebenfalls nicht standardisierbar. Wenn die Dienstleistung nicht doch Gefahr laufen soll, routinisiert zu geschehen, muss auch bei dem vermeintlich »typischen Fall« Sorge getragen werden, dass die Problemlösung nicht standardisiert entwickelt und vorgeschlagen wird. Das ganze muss unter Mitarbeit der konkreten individuellen Lebenspraxis geschehen und ist daher immer wieder eine neue beziehungsweise besondere Aufgabe (Oevermann 2002a: 30f).

Damit der Frage weiter nachgegangen werden kann, ob wissenschaftliche Politikberatung als eine professionalisierungsbedürftige Tätigkeit angesehen, beziehungsweise zumindest analysiert werden kann, werden hier nun weitere allgemeine Diskussionen der Theorie Oevermanns unterlassen. Es soll nun vielmehr das Konzept des Arbeitsbündnisses vorgestellt werden, das Oevermann für kundenbezogene professionalisierungsbedürftige Dienstleistungen entwickelt.<sup>129</sup> Eine autonome Lebenspraxis kann für Oevermann wie schon erwähnt nicht nur eine Person sein. Für ihn ist auch die Wissenschaft eine Profession, die stellvertretend für eine Gesellschaft, die er als autonome Lebenspraxis sieht, Geltungskrisen von Wissen bewältigt (Oevermann 2002a: 27).

Wenn es aber um die Bewältigung von Krisen der Lebenspraxis von individuellen Klienten geht, dann bildet sich ein Arbeitsbündnis zwischen Professionellem und Klienten, das dadurch etabliert wird, dass der Klient um die Dienstleistung des Professionellen bittet (Oevermann 1999: 115f). Dieses Arbeitsbündnis ist dann geprägt von Anforderungen, die in Spannung zueinander stehen. Diese Spannungen ergeben sich daraus, dass für einen Klienten eine akute Krise stellvertretend gedeutet und bewältigt wird. Dies wird hier noch einmal betont, um klar zu machen, dass hier mit Oevermann davon ausgegangen wird, dass die spannungsreichen Anforderungen in einem Arbeitsbündnis aus der Art der Aufgabe erwachsen, die in ihm erfüllt werden soll (Maiwald 2004: 45).

129 Oevermann entwickelt dieses Konzept stark an dem Vorbild der psychoanalytischen Therapie. Von diesem Vorbild wird in dieser Darstellung, aufbauend auf Überlegungen Maiwalds, abstrahiert. Dies erscheint legitim, weil auch Oevermann einen generellen Begriff von professionalisierungsbedürftiger Praxis bilden will, der eben nicht nur für psychoanalytische Therapie gilt. Siehe Oevermann 2002a: 28f.

Wie schon angedeutet, wird das Arbeitsbündnis durch die Nachfrage nach der besonderen Dienstleistung durch den Klienten, der durch die Nachfrage zu eben diesem wird, etabliert. Eine professionalisierungsbedürftige Dienstleistung für eine partikulare Lebenspraxis (Oevermann 2005: 29) hat den Charakter eines Bündnisses, weil der Klient nicht nur eine Leistung nachfragt und an der Erbringung dieser Leistung nicht mehr beteiligt ist, wie dies der Fall wäre, wenn er ein Auto zur Reparatur bringt. Vielmehr ist der Klient, wie gesagt, unausweichlich eingebunden und beteiligt bei der Bewältigung seiner Krise. Im Falle der medizinischen Praxis muss ein Patient beispielsweise an seiner Genesung mitarbeiten, indem er die Medikamente nimmt und sonstige Verhaltensempfehlungen befolgt. Es wird gleich auf diesen Aspekt des Arbeitsbündnisses zurückgekommen.

Vorher ist die allgemeine Spannung zwischen abstraktem Wissen und konkreter Lebenspraxis als eine Spannung zu nennen, die konsequenterweise auch im Arbeitsbündnis auftaucht (Maiwald 2004: 47f). Diese Spannung konkretisiert sich im Arbeitsbündnis in der Form zweier Anforderungen, die gleichzeitig erfüllt werden müssen. Der Professionelle<sup>130</sup> muss zum einen das Problem seines Klienten ermitteln und dessen spezifische Situation berücksichtigen, damit er eine für den Klienten adäquate Lösung finden kann. Er kann sein Wissen nicht einfach anwenden. Damit dies gelingt, muss der Professionelle die Sicht des Klienten übernehmen können (Oevermann 1999: 117).

Dieses Fallverstehen darf aber zum anderen nicht dazu führen, dass er sich gleichsam davon nicht mehr lösen kann, er muss also gleichzeitig auch Distanz bewahren können, um die Situation des Klienten »objektiv« beurteilen zu können. Dafür nutzt er sein Expertenwissen. Er entwickelt eine Deutung des Problems des Klienten, die aus seinem abstrakten Wissen entspringt und zu diesem passt. Dies ist nicht zuletzt deswegen nötig, weil so auch Interventionen, die durch das abstrakte Wissen nahegelegt werden, in den Blick kommen können. Die in Spannung stehenden Anforderungen an die Arbeit des Professionellen, Fallbezug durch Perspektivübernahme herzustellen und gleichzeitig den Fall mit Distanz zu deuten, können also als eine Folge der Spannung zwischen abstraktem Wissen und konkreter Lebenspraxis gesehen werden.

---

130 Der Einfachheit halber wird hier vom Professionellen gesprochen. Das Arbeitsbündniskonzept ist von Oevermann anhand eines Beispiels faktisch professionalisierter Dienstleistung entworfen worden. Daher kann hier von einem Professionellen gesprochen werden, obwohl das Arbeitsbündnis nur professionalisierungsbedürftige Tätigkeit beschreibt, unabhängig von der Frage, ob es sich tatsächlich um eine professionalisierte Dienstleistung handelt.

Nach dieser allgemeinen Spannung, die das Arbeitsbündnis kennzeichnet, kann auf die Spannung zurückgekommen werden, die gerade schon thematisch war. Es ist die Spannung zwischen Autonomie des Klienten und Heteronomie durch den Professionellen. Dem Professionellen obliegt es im Arbeitsbündnis, das Handeln zu steuern und Maßnahmen zu Problemdiagnose und Lösungserarbeitung zu wählen. Diese Fremdbestimmung untergräbt tendenziell die Autonomie des Klienten. Daher muss im Arbeitsbündnis das Ziel der Wiederherstellung der Fähigkeit zur Selbsthilfe immer im Blick gehalten werden. Diese Autonomie wird z. B. dadurch symbolisiert, dass der Klient freiwillig das Arbeitsbündnis durch Konsultation des Klienten eingeht und es ihm auch obliegt, das Arbeitsbündnis jederzeit zu beenden (Maiwald 2004: 49).

Der Klient zeigt dadurch, dass er den Professionellen freiwillig um Hilfe bittet, dass seine Autonomie nicht vollständig beschädigt ist, sondern dass er die Krise seiner Lebenspraxis und seine Unfähigkeit, sie selbst zu bewältigen, erkennt. Weiterhin zeigt er dadurch an, dass er bereit ist, an der Wiederherstellung an seiner Autonomie mitzuarbeiten (Oevermann 2002a: 43; Oevermann 1999: 115). Dementsprechend darf der Professionelle seine Leistung niemanden aufdrängen.

Weiterhin kann der Klient oft nicht beurteilen, ob die Maßnahmen des Professionellen wirklich die besten für ihn sind, oder ob sie nicht auch dem Professionellen nützen, z. B. indem sie die Therapie verlängern. Prinzipiell ist der Klient davor nicht zu schützen, aber zumindest kann er die Beziehung beenden und einen anderen Professionellen konsultieren, wenn er solche Befürchtungen hat.

Mit der Spannung zwischen Autonomie und Heteronomie hängt die dritte Spannung zusammen. Sie erwächst aus dem Umstand, dass der Klient gleichzeitig rollenförmig behandelt wird, als Klient, und trotzdem aufgefordert ist, Fragen und auch Eingriffe in Bereichen zu ertragen, die vielleicht auf den ersten Blick für die Behandlung nicht wichtig erscheinen und dem Klienten unangenehm sind. Ein Patient eines Mediziners muss sich z. B. hin und wieder gefallen lassen, dass er Fragen zu seiner Lebensführung beantworten muss und nicht nur sein Körper behandelt wird. Dem Klient wird also gleichzeitig zugemutet, die Rolle Klient souverän zu »spielen« und Eingriffe in seine persönlichen Bereiche als Teil dieser Rolle zu ertragen.

Oevermann nennt diese Spannung die zwischen diffusen und spezifischen Sozialbeziehungen (Oevermann 2002a: 42). Bei diffusen Sozialbeziehungen ist es legitim, dass die ganze Person thematisch werden kann. Aussagen wie »das geht dich nichts an« sind schwer zu legitimieren. Bei spezifischen Sozialbeziehungen ist dies genau umgekehrt. Es sind nur bestimmte in Rollen festgelegte Kommunikationsinhalte an-

wählbar. Der Professionelle ist mit der Spannung zwischen diffuser und spezifischer Sozialbeziehung ebenfalls konfrontiert. Er muss diese Spannung gleichsam produktiv für die Hilfe des Klienten gestalten (Oevermann 1999: 118). Er muss den Klienten immer als Klienten behandeln, also eine gewisse Distanz wahren und selbst seine Rolle als Professioneller einhalten. Er darf nicht eine tatsächliche diffuse Sozialbeziehung, z. B. eine freundschaftliche Beziehung, mit dem Klienten eingehen. Aber er muss versuchen, die »ganze Person«, die der Klient darstellt, zu verstehen und dessen Sicht und Situation genau zu ermitteln (Oevermann 1999: 116f; Oevermann 2005: 25f).

Diese Spannung kann auch mit Maiwald als Spannung zwischen alltäglichem routinisiertem Handeln des Professionellen und außeralltäglichem selbst krisenhaftem Handeln bezeichnet werden. Zum einen handelt der Professionelle rollenförmig und routinehaft im Umgang mit seinen Klienten. Die Gestaltung der Beziehung zum Klienten im Arbeitsbündnis stellt für ihn eine alltägliche Arbeit dar. Wegen der diffusen Anteile in der Beziehung zum Klienten und dem Umstand, dass dieser sich in einer Krise befindet, kann die Beziehung zum Klienten und das Handeln des Professionellen zum anderen selbst krisenhaft werden. Es wurde schon oben angemerkt, dass schon die Entscheidung für Diagnosen und Interventionen des Professionellen riskant und unsicher sind, da sie eben Entscheidungen sind und nicht durch gleichsam technisches Wissen vorbestimmt sind. Der Professionelle steht also selbst in der Wahl seiner Handlungen unter Entscheidungszwang und Begründungsverpflichtung.

Diese Leistung muss er alltäglich erbringen, und manche Professionen haben Kunstlehren entwickelt, die diese Leistungserbringung erleichtern. Zusätzlich gibt es bei Professionen oft eine Ausbildungsphase, die sich an die akademische Ausbildung anschließt, und in der den angehenden Professionellen diese Kunstlehren vermittelt und der Umgang mit den Klienten geübt wird.<sup>131</sup> Trotz allem bleibt die Wahl der Handlungen in dem Arbeitsbündnis immer riskant und selbst krisenhaft. Wenn sie wirklich adäquat für den Klienten mit seiner individuellen Fallgestalt sein soll, kann die Entscheidung für Diagnosen und Interventionen nicht gänzlich routinehaft geschehen. Dies ist der außeralltägliche Anteil im Arbeitsbündnis.

Darüber hinaus kann die Gestaltung des Arbeitsbündnisses aufgrund des Umstandes, dass der Klient als ganze Person involviert ist und sich in einer Krise befindet, gleichsam sehr außeralltäglich werden (Maiwald

131 Oevermann nennt dies Ausbildung eines Professionshabitus: Siehe Oevermann 1999: 123f.

2004: 50f). Eine Behandlung kann z. B. unerwünschte Nebenwirkungen haben, ein Patient kann sich weigern, die Medizin zu nehmen, ein Klient kann weitere strafbare Handlungen eingestehen usw.

Die Spannung zwischen diffusen und spezifischen Sozialbeziehungen kann nun als eine Spannung des Arbeitsbündnisses begriffen werden, die einen Aspekt der allgemeineren Anforderungen an den Professionellen bildet, auf der einen Seite die Außeralltäglichkeit des Arbeitsbündnisses für den Klienten und dessen Involviertheit als ganze Person in dieser Beziehung zu berücksichtigen und die potentielle Krisenhaftigkeit seiner eigenen Entscheidungen zu erkennen. Auf der anderen Seite ist dies alles Teil seiner alltäglichen Arbeit, und er muss für den Umgang mit Klienten Routinen entwickeln, die zu seiner Rolle werden und spezifisch sind in der Hinsicht, dass er nur als Professioneller agiert, nicht als ganze Person.

Auch für den Klienten stellt der Umstand, dass er sich einem Professionellen öffnen muss, ein außeralltäglicher Umstand dar. Trotzdem muss der Umstand, dass er in solch einer Behandlung ist, normalisiert werden. Der Klient hat im Normalfall noch andere soziale Beziehungen und Rollen. Dieses Leben muss er so weit wie möglich weiterführen. Der regelmäßige Besuch beim Professionellen wird in die Lebensführung integriert (Oevermann 2002a: 42f). In diesem Sinne ist ein Krankenhausaufenthalt ein ziemlich starker Eingriff in die Autonomie und das normale Leben eines Patienten, da ihm die Aufrechterhaltung der normalen Lebensführung sehr erschwert wird. Doch auch in diesen außeralltäglichen Situationen versuchen die Patienten, ein alltägliches »Krankenhausleben« zu führen, wie leicht in einem Krankenhaus zu beobachten ist.

Damit sind die wichtigsten Anforderungen des Arbeitsbündnisses genannt, die jeweils in Spannung zueinander stehen. Wie gesagt erwachsen sie alle aus der speziellen Aufgabe, stellvertretend für eine partikuläre krisenhafte Lebenspraxis, die Krise basierend auf abstraktem Wissen zu deuten und zu bewältigen. Faktisch professionalisiert ist das Handeln in einem Arbeitsbündnis, wenn es gelingt diesen Anforderungen einigermaßen gerecht zu werden (Oevermann 1999: 139f).

Es ist leicht nachzuvollziehen, dass es nicht immer einfach ist, diesen spannungsreichen Anforderungen gerecht zu werden. Aus welchen Gründen auch immer kann es manchmal nicht gelingen, den Fall wirklich zu ermitteln, den Klienten dazu zu bewegen sich wirklich zu öffnen, die richtige Therapie zu wählen, den unsympathischen Patienten genauso zu behandeln wie den sympathischen usw. Das professionalisierungsbedürftige Handeln ist also sehr anfällig für Scheitern. Außerdem ist nicht zu erwarten, dass jede Person, die über das theoretische Wissen ei-

nes Bereichs verfügt und vielleicht sogar die Anforderungen der Praxis kennt, umstandslos fähig ist, derartig anspruchsvolle Dienstleistungen in einem Arbeitsbündnis zu erbringen (Oevermann 1999: 123).

Nun lassen sich die besonderen Einrichtungen, die Professionen auszeichnen, dahingehend analysieren, ob sie geeignet sind, den Professionellen zu helfen, den spannungsreichen Anforderungen gerecht zu werden, beziehungsweise diese riskante Praxis so zu schützen, dass scheitern nicht immer sehr negative Folgen für die Professionellen hat. Zu nennen ist hier vor allem die professionelle Autonomie und der Umstand, dass die professionelle Dienstleistung nur von Kollegen kontrolliert wird. Das Handeln im professionellen Arbeitsbündnis ist nur von Personen zu beurteilen, die selbst diese riskante Praxis kennen. Nur diese könne erkennen, was tatsächlich schlechtes professionelles Handeln war und was als Scheitern angesehen werden kann, das nicht vorherzusehen war.

Es dürfte deutlich sein, dass dies auch ein Schutz der Professionellen vor negativen Folgen für sie persönlich bezüglich Status und Einkommen bei Scheitern in ihrer Praxis ist. Wenn z. B. Mediziner immer mehr in der Gefahr stehen, persönlich für gescheiterte Behandlungen zu haften, könnten sie irgendwann nicht mehr bereit sein, riskante Behandlungen auszuführen. Dieses Privileg der Professionen hat also einen funktional bestimmbar Grund.

Professionelle Kodices, als weitere Einrichtung von Professionen, beziehen sich meistens auf das individuelle Handeln der Professionellen im Arbeitsbündnis (Abbott 1983: 860). Sie stellen das Produkt eines Selbstverständigungsprozesses der Professionellen dar, der klärt, welchen Standards das professionelle Handeln zu folgen hat (Maiwald 2004: 51). Es geht z. B. um Fragen der Art, ob sich ein Professioneller bedingungslos an dem Wohl des Klienten zu orientieren hat oder auch übergeordnete allgemeine Ziele und Standards berücksichtigt werden sollten. So geben die Kodices ebenfalls Kriterien für die Beurteilung des Handelns der Professionellen an die Hand.

Darüber hinaus lassen sich einzelne Regeln der Kodices auch auf die Spannung zwischen Heteronomie und Autonomie beziehen. Sie geben unter anderem Leitlinien wieder, die dem Professionellen helfen zu beurteilen, wieweit er die Autonomie des Klienten respektieren muss und ab wann er in diese eingreifen darf, um den Klienten beziehungsweise allgemeine Interessen zu schützen.<sup>132</sup> In der Tat haben die Kodices auch

---

132 Siehe z. B. die Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Psychologie. Einzusehen unter: <http://www.dgps.de/dgps/aufgaben/003.php> (Stand 13.8.2007).

die Funktion, den besonderen Status der Profession zu legitimieren, indem in ihnen versprochen wird, dass die Angehörigen der jeweiligen Profession das Gemeinwohl, das Wohl einzelner Menschen oder andere Werte befördern (Abbott 1983: 868). Dies ist aber nicht unbedingt ihre einzige Funktion.

Die akademische Ausbildung und die daran anschließende zweite Ausbildung in der Praxis lassen sich allgemein auf den Umstand beziehen, dass die Tätigkeit recht anspruchsvoll ist und nicht durch Bücher theoretisch erlernt werden kann. Noch spezifischer lässt sich die zweite Phase der beruflichen Ausbildung, die durch Teilnahme an der beruflichen Praxis unter Anleitung eines erfahrenen Professionellen gekennzeichnet ist, als Bearbeitung der Spannung zwischen Alltäglichkeit und Außeralltäglichkeit (Seyfarth 1989: 392ff) interpretieren.

Professionelle müssen die Außeralltäglichkeit ihrer Praxis in alltägliches Handeln überführen, indem sie Routinen entwickeln z. B. Kunstlehren für Diagnosen, die eben wegen der potentiellen Außeralltäglichkeit und dem notwendigen Einzelfallbezug der Praxis nicht formalisierbar sind, aber trotzdem in vielen Fällen funktionieren (Abbott 1988: 42ff). Außerdem wird den Berufsanwärtern ein bestimmtes professions-spezifisches Rollenverständnis oder eine Haltung beigebracht, indem es/sie ihnen vorgelebt wird. Auch dies lässt sich, wie die in der Praxis vermittelte Kunstlehre, als Einrichtung ansehen, die die Funktion hat, mit der Außeralltäglichkeit der Praxis alltäglich umzugehen (Maiwald 2004: 51).

Die Darstellung der Spannungen des Arbeitsbündnisses kann damit hier abgeschlossen werden und wieder zum Thema wissenschaftliche Politikberatung zurückgekehrt werden. Mit dem Konzept des Arbeitsbündnisses und dem der Professionalisierungsbedürftigkeit sollen die Beratungsbeziehung und ihre strukturellen Probleme analysiert werden. Dies wird hier auf theoretischer Ebene geschehen. Dafür werden die spannungsreichen Anforderungen des Arbeitsbündnisses mit den strukturellen Problemen der Beratungsbeziehungen, die wissenschaftliche Politikberatung etabliert, verglichen. Wenn es Ähnlichkeiten gibt, ist dies Anlass zu vermuten, dass es sich bei der wissenschaftlichen Politikberatung ebenfalls um eine Tätigkeit handelt, in der eigenlogisch, aus der speziellen Aufgabe Rat auf wissenschaftlicher Basis zu geben, Anforderungen erwachsen, mit denen die Rollenträger umgehen müssen.

Weiterhin ist es dann möglich anzugeben, welche Anforderungen es sind, mit denen in der wissenschaftliche Politikberatung umgegangen werden muss. Die Anforderungen beziehungsweise die Probleme dieser Praxis wären dann nicht mehr als kontingent anzusehen. Weiterhin wären auf diese Weise die Anforderungen identifiziert, die wissenschaftli-



che Politikberatung zu einer problematischen Praxis machen. Die Probleme der Praxis wären dann als solche identifizierbar, die darin begründet liegen, dass es den Rollenträgern schwer fällt, den Anforderungen selbst gerecht zu werden, oder die sich dadurch erklären lassen, dass es den Rollenträger gerade nicht gelingt, den Anforderungen gerecht zu werden.

Wenn die Beratungsbeziehung und das Arbeitsbündnis verglichen werden, so ist erst einmal vorweg festzustellen, dass in beiden Fällen der »Klient« eine partikulare Lebenspraxis darstellt, die in die Krise geraten ist und die diese Krise nicht mehr selbst bewältigen kann. Oben wurde schon dargelegt, dass auch ein Politiker oder ein Teil einer Entscheidungstätigkeit einer politischen Organisation als in Teilen autonome Lebenspraxis angesehen werden kann, die in eine Krise geraten kann. Wenn solch ein Politiker oder eine Politikerin beziehungsweise eine Organisation beziehungsweise ihre Vertreter nach Hilfe bei der Wiederherstellung ihrer Fähigkeit autonom begründbare Entscheidungen zu treffen, fragen, wird er oder sie zu einer partikularen krisenhaften Lebenspraxis.

Gerade politisches Handeln ist von Entscheidungszwang und Begründungspflicht geprägt, und es wird da nach Beratung gefragt, wo eine Bearbeitung dieser Anforderungen den betreffenden Politikern oder Organisationen schwer fällt. Da es sich hier jetzt um bestimmte Politiker oder bestimmte Teile von politischen Organisationen handelt, sind es eben je individuelle abgrenzbare und damit partikulare Lebenspraxen. Bei professionalisierungsbedürftiger Tätigkeit entsteht für die Krisenbewältigung dieser partikularen Lebenspraxis ein Arbeitsbündnis. Es liegt nahe anzunehmen, dass es bei der wissenschaftlichen Politikberatung durch die Nachfrage nach Beratung auch zu so etwas wie einem Arbeitsbündnis kommt.

Das Arbeitsbündnis der professionalisierungsbedürftigen Dienstleistung ist geprägt von der allgemeinen Spannung zwischen der Anforderung, den Fall des Klienten aufgrund des allgemeinen Expertenwissens zu beurteilen und der Anforderung die individuelle Besonderheit des Falles zu berücksichtigen. Das Problem der wissenschaftlichen Beratung, die Sicht des Politikers oder der Vertreter der politischen Organisation auf ihr Problem zu ermitteln, die Verhaltensmöglichkeiten dieser Rollenträger zu ermitteln und eine Außensicht auf das Problem zu behalten, ähnelt dieser Spannung des Arbeitsbündnisses.

Die wissenschaftlichen Berater nutzen dafür ebenfalls abstraktes esoterisches Wissen, das sie auf das Problem der Klienten beziehen. Eine technokratische Wissensanwendung, in der das abstrakte Wissen gleichsam die Problemlösung direkt vorgibt, gibt es auch in der wissen-

schaftlichen Politikberatung sehr selten. Ähnlich wie bei der Anforderung der professionellen Praxis, die Klientensicht zu ermitteln, um den Fall zu ermitteln und damit den Bezug zu ihm herzustellen, ist es auch für die wissenschaftliche Beratung notwendig, das Problem »mit den Augen« des Politiker zu sehen, um das Problem richtig zu ermitteln.

Die Spannung zwischen Autonomie und Heteronomie, die im professionellen Arbeitsbündnis besteht und balanciert werden muss, gibt es in ähnlicher Weise auch in den Beratungsbeziehung der wissenschaftlichen Politikberatung. In der Rekonstruktion der Probleme der wissenschaftlichen Beratung wurde dieses unter dem Begriff Asymmetrie diskutiert.

Gerade politische Personen und Organisationen stehen, wie oben schon angedeutet, vor dem Problem, dass sie in der Öffentlichkeit nicht als fremdbestimmt durch Berater wahrgenommen werden dürfen, weil es die Unterstellung hervorrufen würde, sie wären nicht mehr fähig, autonom zu entscheiden. Aus der Sicht des Beraters bedeutet dies, dass die Autonomie des Beratenen ebenfalls wie beim Arbeitsbündnis respektiert werden muss, wenn der Berater wirklich beraten will, also helfen will, dass der Beratene sein Entscheidungsproblem lösen kann.

Weiterhin muss der Beratene ebenfalls mit dem Umstand leben, dass in der Beratung – allerdings auch nur da – dem Berater überlassen bleibt, was er unternimmt, um zu beraten. Die Beratungsbeziehung ist also ebenfalls eine Situation, in der der Beratene teilweise fremdbestimmt ist und trotzdem die Autonomie des Beratenen erhalten bleiben muss. Die Wiederherstellung der vollen Autonomie ist das Ziel vieler Fälle der wissenschaftlichen Beratung, in dem Sinne verstanden, dass es darum geht den politischen Personen und Organisationen dazu zu verhelfen, selbst wieder zwischen Entscheidungsoptionen begründet zu wählen.

Die Spannung zwischen Alltäglichkeit und Außeralltäglichkeit lässt sich mit dem Problem der Unsicherheit vergleichen, die in den Beratungsbeziehungen bestehen. Auch für die wissenschaftlichen Berater ist die Ermittlung des Problems, die Anwendung des Wissens und der Umgang mit den Klienten eine Tätigkeit, die als außeralltäglich bezeichnet werden kann, weil die Problemerkennung und der Bezug des Wissens auf diese Probleme ebenfalls oft ein Moment der Entscheidung unter Begründungspflicht haben. Selten gibt das abstrakte Wissen die Lösung eines Problems einfach vor.

Die Krisen der Entscheidungsfindung der Beratenen mögen vielleicht nicht immer so dramatisch sein wie bei Patienten, aber trotzdem stellt die Beratung für die politischen Personen oder Organisationen einen Zustand dar, der insofern außeralltäglich ist, als es nicht zu deren

Normalzustand gehört, beraten zu werden und Wissenschaftlern Einblicke zu geben, die sonst nicht eröffnet würden. Daher stellt diese Situation besonders für die Beratenen eine riskante Situation dar. Wie die Beratenen in diesen potentiell außeralltäglichen Situationen reagieren, ist für die wissenschaftlichen Berater schwer steuerbar, und mit den Reaktionen umzugehen, kann schwierig werden. Daher kann auch der Umgang mit den Beratenen für die Berater außeralltäglich werden. Auf der anderen Seite läuft, wie oben schon ausgeführt wurde, wissenschaftliche Beratung häufig sehr routiniert und in manchen Fällen unbeobachtet von der Öffentlichkeit ab. Den wissenschaftlichen Beratern und den politischen Personen und Organisationen gelingt es also, Alltäglichkeit in ihren Beratungsbeziehungen zu erreichen.

Auch wenn es bei der wissenschaftlichen Politikberatung nicht um so riskante und tiefgreifende Interventionen geht wie in der Medizin und der Psychotherapie und es auch nicht um Rechtsfragen geht, die tendenziell ebenfalls krisenhaft für die Klienten werden können, gibt es doch Ähnlichkeiten auf der Ebene der strukturellen Anforderungen des Arbeitsbündnisses und der Interaktionssysteme, die Beratung vollziehen. Dass Beratung manchmal sehr routiniert abläuft und die Spannungen kaum bemerkt werden, zeigt nicht unbedingt, dass sie nicht vorhanden sind, sondern kann auch als Hinweis dafür interpretiert werden, dass es gelingt, diese anspruchsvolle Beziehung erfolgreich zu gestalten.

Weiterhin gibt es bestimmte Fälle, in denen Beratung von Wissenschaftlern nachgefragt wird, ohne dass wirklich eine Krise der Entscheidungsfindung besteht. Auch bei solchen Fällen kann, wie oben schon einmal angemerkt, angenommen werden, dass diese Krise von den Beratern aber unterstellt wird, oder sie werden darüber aufgeklärt, beziehungsweise sie erkennen und akzeptieren, dass es um eine reine Inszenierung von wissenschaftlicher Beratung geht, und beraten nicht ernsthaft.

Es gibt also Ähnlichkeiten zwischen der Praxis wissenschaftlicher Berater und dem Arbeitsbündnis von professionalisierungsbedürftigen Dienstleistungen. Diese lassen vermuten, dass es sich bei der wissenschaftlichen Politikberatung auch um eine professionalisierungsbedürftige Tätigkeit handelt. Mit den spannungsreichen Anforderungen der professionalisierungsbedürftigen Praxis würden dann auch die wissenschaftlichen Berater konfrontiert sein. Dies würde erklären, warum die wissenschaftliche Politikberatung so problematisch für die Berater ist.

Es ist nicht nur, wie bei den Professionellen, schwierig mit diesen Anforderungen adäquat umzugehen, sie haben auch nicht die Institutionen der klassischen Professionen, die die Praxis schützen und ermöglichen. Sie haben nur in manchen Fällen Strukturen, die die Probleme be-

arbeiten. Diese Strukturmerkmale der Beratungssysteme lassen sich nun den Spannungen des Arbeitsbündnisses zuordnen, wie es in Tabelle 5 dargestellt wird.

*Tabelle 5: Spannungen und Strukturmerkmale des Arbeitsbündnisses*

Arbeitsbündnis	
Spannungen	Strukturmerkmale
Expertenwissen – Fallbezug	Supervision
Autonomie – Heteronomie	Freiwilligkeit Zeitliche Befristung Überlegenes Wissen Problembezug Unabhängigkeit
Alltäglichkeit – Außeralltäglichkeit	Vertrauen Routinen

Supervision wäre somit auf die Spannung zwischen Expertenwissen und Fallbezug zu beziehen. In einer Supervision, die neben einer Beratung mit anderen wissenschaftlichen Beratern stattfindet, könnte durch Diskussion des Beratungsprozesses versucht werden, zu überprüfen, ob die Vermittlung von abstraktem Wissen und Fall gelingt. Allerdings gibt es genau derartige Einrichtungen kaum in der wissenschaftlichen Beratung. Dass es aber den bedarf an Einrichtungen gibt, die den Erfolg oder Misserfolg der Vermittlung beschreiben und analysieren, kann daran abgelesen werden, dass es, wie schon erwähnt wurde, eine Diskussion über Wege der Qualitätssicherung der wissenschaftlichen Politikberatung gibt.

Die Strukturmerkmale überlegenes Wissen und Problembezug müssten auf den ersten Blick ebenfalls auf diese Spannung bezogen werden. Diese beiden Merkmale werden hier aber als Problembearbeitung der zweiten Spannung zwischen Autonomie und Heteronomie eingeordnet, weil es in der ersten Spannung genau um die Vermittlung von Problem und Wissen geht. Dass dafür beides vorhanden sein muss, ist bei dieser Spannung vorausgesetzt.

Bei der Spannung zwischen Autonomie und Heteronomie übernehmen diese Struktureigenschaften eher die Funktion, wahrscheinlich zu machen, dass der Beratene die Heteronomie erträgt und freiwillig in diese Situation geht und letztendlich den Rat annimmt. Der Rat sollte unabhängig sein, damit nicht die Heteronomie ausgenutzt wird und der Be-

ratene Rat bekommt, die eher dem Berater nützt. Die Außeralltäglichkeit der wissenschaftlichen Beratung lässt sich durch Routinen in vielen Fällen in Alltäglichkeit überführen. Allerdings darf dies nicht in reine Routine führen. Insgesamt muss der Beratene einen Vertrauensvorschuss in den Berater investieren, um in die für ihn außeralltägliche Situation einzutreten.

Wie schon gesagt, lassen sich nicht in allen Fällen wissenschaftlicher Beratung diese Strukturmerkmale finden. Dies bedeutet nun, dass entweder eventuell funktionale Äquivalente gefunden wurden, oder in der Beratungsbeziehung die Spannungen ohne solche Strukturen ausbalanciert werden müssen. Wenn dieses Balancieren nicht gelingt, kann es zu Problemen in der Beratungsbeziehung kommen, die es unwahrscheinlicher machen, dass Beratung Erfolg hat. Erfolg bedeutet dabei, dass dem Beratenen dabei geholfen wird, auf der Grundlage besseren Wissens und Urteilsfähigkeit wieder autonom zu entscheiden.

Damit wäre ein Konzept der wissenschaftlichen Politikberatung entwickelt, das Beratung als System sieht, das Anforderungen für die Rolle des Beraters und des Beratenen vorsieht, die sich in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander befinden. Diese Spannungen machen die Tätigkeit zu einer professionalisierungsbedürftigen Praxis, die sehr unsicher und riskant ist. Diese Praxis bedarf daher der besonderen Sicherung durch professionelle Institutionen oder funktionale Äquivalente.

Die spannungsreichen Anforderungen erwachsen aus der besonderen Tätigkeit, wissenschaftliches Wissen auf die Probleme einer partikularen Lebenspraxis zu beziehen. Das Ausbalancieren der Anforderungen obliegt zu einem großen Teil dem wissenschaftlichen Berater. Wenn dies gelingt, ist es wahrscheinlicher, dass die beratende Kommunikation auf Annahmefähigkeit bei der politischen Person oder Organisation trifft. Ob und wie die betreffende Person oder Organisation danach entscheidet, bleibt aber immer ihr überlassen. Keine Beratung kann dies letztendlich direkt steuern, will sie Beratung bleiben. Diese Konzeptionalisierung von Beratungssystemen lässt sich folgendermaßen schematisch darstellen.

*Tabelle 6: Das professionalisierungsbedürftige Arbeitsbündnis der wissenschaftlichen Politikberatung*

Spannungen	Erwartungen an die Rollen	Strukturmerkmale
Expertenwissen – Fallbezug	Berater: Vermittlung dieser beiden Anforderungen Beratener: -	(Supervision)
Autonomie – Heteronomie	Berater: Besitzt überlegenes Wissen, stellt Problembezug her, ist unabhängig Beratener: Fragt die Beratung freiwillig nach	Wissenschaftliches Wissen Problembezug Unabhängigkeit
Alltäglichkeit – Außeralltäglichkeit	Berater: Kann mit der Außeralltäglichkeit umgehen, besitzt Routinen zum managen der Beziehung und der unsicheren Tätigkeit Berater: Muss vertrauen investieren	Routinen
<b>Funktion: Annahmewahrscheinlichkeit von Beratungskommunikation erhöhen</b>		

Es lässt sich Folgendes zusammenfassend festhalten: Die Theorie der Interaktionssysteme, die Auffassung von Beratung als System und die Professionstheorie werden hier zur Beschreibung und Analyse der wissenschaftlichen Politikberatung zusammengeführt. Die Beratungssysteme stehen immer vor der Notwendigkeit, sich zu reproduzieren und damit vor der Notwendigkeit, Annahmefähigkeit für die Kommunikation zu erzeugen. Dies gilt für alle der vier Arten, Beratungssysteme mittels mehr oder weniger stark organisierten Interaktionen zu vollziehen.

Da es sich nicht um beliebige Kommunikation in diesen Systemen handelt, sondern um solche, die auf der Grundlage wissenschaftlichen Wissens beraten soll, lassen sich spezifischer die funktionalen Erfordernisse angeben, die bearbeitet werden müssen, damit Annahmefähigkeit für die beratende Kommunikation im Beratungssystem erzeugt werden kann.

Auf der Grundlage der empirischen Beschreibungen von Beratungsprozessen und dem Vergleich mit der Theorie professionellen Handelns lässt sich annehmen, dass diese funktionalen Erfordernisse recht gut mit den drei Spannungen des Arbeitsbündnisses erfasst werden. Daraus folgt die Vermutung, dass die wissenschaftliche Beratung selbst eine professionalisierungsbedürftige Tätigkeit ist. Die Institutionen, die Professionelle entwickeln, wie interne Kontrolle durch Kollegen, Vermittlung ei-

ner Kunstlehre in der Praxis oder abstrakte Wissensbasis, helfen bei der schwierigen Aufgabe, diese Spannungen auszubalancieren. Diese Einrichtungen bearbeiten also die funktionalen Erfordernisse der professionellen Praxis.

Auf ähnliche Art ist es möglich, unterschiedliche Fälle der wissenschaftlichen Politikberatung daraufhin zu untersuchen, ob und welche Strukturen sich auf die funktionalen Erfordernisse der Interaktionssysteme, die Beratung vollziehen, beziehen lassen. Welche Strukturen bearbeiten die Probleme der Beratungsinteraktionen, so dass die Kommunikation gelingt? In den Interaktionssystemen der Beratungsbeziehung ist zu erwarten, dass diese Strukturen als Erwartungen an das Verhalten der Rolleninhaber zu beobachten sind, unabhängig davon, ob die Rolleninhaber diesen Erwartungen auch folgen.

Was in diesen Fällen konkret passiert, ist empirisch zu klären. Hier soll nun vorgeschlagen werden, dies mit dem Konzept zu tun, das gerade entwickelt wurde. So kann untersucht werden, ob es gelingt, Fälle des Scheiterns von Beratung darauf zurückzuführen, dass die Anforderungen an die Rolleninhaber nicht beachtet wurden. Allerdings muss erst einmal gezeigt werden, dass das erarbeitete Konzept von Beratung überhaupt empirische Fälle von wissenschaftlicher Politikberatung angemessen beschreibt. Es ist noch nicht geklärt, ob die theoretischen Überlegungen, die hier angestellt wurden, nicht vielleicht den Gegenstand eher verfehlen. Dies führt nun zum nächsten Kapitel. In diesem soll das erarbeitete Beratungskonzept zur Analyse der Praxis wissenschaftlicher Politikberater genutzt werden, wie sie von diesen in Interviews dargestellt wurde.

